

DER KRIEG UND DIE ARBEITERKLASSE

So hieß unsere Zeitschrift, als sie vor 40 Jahren, im Juni 1943, zum ersten Male erschien. Das war zu einer Zeit, als es in erster Linie darauf ankam, standzuhalten und zu siegen. Sie beteiligte sich am ideologischen Kampf.

Nach dem Krieg hörte der Kampf der Ideen aber nicht auf. Die Zeitschrift bekam einen neuen Namen, aber das Thema "der Krieg und die Arbeiterklasse" wich nicht aus ihren Spalten.

Was ist heute am allerwichtigsten? Die Verhütung einer thermonuklearen Katastrophe. Auch dabei muß die Arbeiterklasse, müssen die Werktätigen ihr gewichtiges Wort sprechen, und das tun sie auch.

Schon Marx und Engels legten die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wurzeln der Kriege bloß, sie wiesen nach, daß Kriege keineswegs unvermeidliche Begleiterscheinungen der Zivilisation, sondern Ausgeburten des Privateigentums und der sich auf seiner Grundlage entwickelnden antagonistischen Klassengegensätze sind. Marx und Engels betonten, daß die Arbeiter die Möglichkeit haben, der aggressiven Politik der Bourgeoisie tatkräftig entgegenzuwirken.

Als durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Kette des Imperialismus durchbrochen wurde, bekam die Arbeiterklasse der ganzen Welt dank dem Entstehen des Sowjetstaates die Möglichkeit, ihre Interessen direkt im Bereich der internationalen Beziehungen zu wahren. Lenin wies auf die Besonderheiten der Politik dieses neuen Staates hin und schrieb, daß sie erstens keinem einzigen Land, keinem einzigen Volk in irgendeiner Weise schaden kann, weil sie sich gegen die imperialistischen Bestien richtet, und daß zweitens die Arbeiterklasse und ihre revolutionären Parteien diese Politik so benutzen müssen, daß "zuletzt der Sozialismus dabei gewinnt", der Sozialismus, dessen Ideal die Abrüstung ist.

Natürlich verläuft der Klassenkampf im Bereich der internationalen Beziehungen anders als auf Landesebene. Lenin betrachtete z. B. folgende Aktionen für die Außenpolitik des Proletariats als revolutionär: die Enthüllung des Geheimnisses, in dem der Krieg geboren wird, die Unterstützung der Antikriegsbewegung der Volksmassen, die

dazu angetan ist, "der Kriegspolitik der Imperialisten die Spitze abzubreaken", die Notwendigkeit, die internationale Einheit der Kommunisten zu festigen. Derartige Aktionen haben ihre revolutionäre Quintessenz nicht eingebüßt, sie gehören auch jetzt zum Rüstzeug der von den Kommunisten betriebenen Antikriegspolitik.

Der Kampf um internationale Sicherheit fußt objektiv auf der gegenseitigen Anziehung aller für die Gewährleistung des Friedens eintretenden Kräfte. Im Beschluß des ZK der KPdSU "Über den 80. Jahrestag des II. Parteitags der SDAPR" ist folgendes hervorgehoben: "Als wichtigste Triebkraft des revolutionären Kampfes, der gesamten demokratischen und antiimperialistischen Bewegung tritt die internationale Arbeiterklasse auf. Unsere Partei solidarisiert sich mit dem tapferen Kampf der Arbeiterklasse der nichtsozialistischen Länder für ihre Lebensinteressen, gegen die Allmacht der Monopole, für Demokratie und sozialen Fortschritt. Die KPdSU hält konsequent Kurs darauf, die Positionen der kommunistischen Weltbewegung und ihre Geschlossenheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus um der Konsolidierung des Friedens und sozialen Fortschritts willen zu festigen."

Die Sowjetunion, alle sozialistischen Länder ergreifen Friedensinitiativen, die darauf abzielen, die Kernkriegsgefahr zu verringern, die Erde von Kernwaffen zu befreien und alle Streitfragen am Verhandlungstisch und nicht auf dem Schlachtfeld zu bereinigen. Die UdSSR vertritt die friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Sie kennt aber die Unvernunft der imperialistischen Bestien und muß deshalb das Pulver trocken halten und, wie es in der Erklärung der Sowjetregierung vom 28. Mai heißt, Gegenmaßnahmen zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit treffen. Es wird dem Imperialismus nicht gelingen, das erlangte Kräftegleichgewicht zu stören.

Gleich nach dem Sieg, als die Zeitschrift "Der Krieg und die Arbeiterklasse" in "Neue Zeit" umbenannt wurde, schrieb sie in einem Leitartikel (Heft 1, November 1945) über die große Verantwortung der Arbeiterklasse: "Die Arbeiterklasse der freiheitliebenden Völker hat im Kampf gegen den schlimmsten Feind der Menschheit — den Hitlerfaschismus — sowohl an den Kriegsfrenten als auch bei den Arbeitsleistungen im Hinterland eine hervorragende Rolle gespielt... Keine geringere, sondern eine noch größere Rolle muß die Arbeiterklasse als Avantgarde aller Werktätigen in der Nachkriegszeit spielen." Und weiter: Von ihrer Einheit und Geschlossenheit, "von ihrer Aktivität und Unnachgiebigkeit im Kampf gegen wie immer geartete Ränke der Feinde der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens hängt in höchstem Grade die Zukunft der Menschheit ab".

Diese Worte sind auch jetzt aktuell.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 23 JUNI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTYSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Der Krieg und die Arbeiterklasse	1
Erklärung der sowjetischen Regierung	5
Eigenbericht — USA. Kostspieliges Risiko	6
S. A. Kishmand — Afghanistan. Im Aufbau und im Kampf	7
I. Stepanowa — UdSSR—Afrika. Solidarität	9
A. Tolpegin — BRD. „Unsere Existenz steht auf dem Spiel“	10
D. Kartaschew — UdSSR—Finnland. Klare Perspektiven	10
L. Makarewitsch — Italien. Vor den Wahlen	12
L. Skuratow — Südliches Afrika. Neue Untat der Rassisten	12
D. Sgerski — Stütze des Aggressors	13
M. Fjodorow — Das Wort — unsere Waffe	14
D. Pogorshelski — Das Gesicht der CDU	15
Notizen + Glossen	16
F. Burlazki — Karl Marx und unsere Zeit	18
S. Dardykin — „Interlichter“ in Aktion	20
J. Gudkow — USA—Mittelamerika. Untaugliche Formel	22
L. Gonzalez-Mata — Unsichtbare Machthaber	24
Georges Simenon: „Ich hoffe dennoch“	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32
Dokumente der VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder	33



Die "Neue Zeit" begeht ihren 40. Gründungstag. Am 1. Juni 1943 erschien das erste Heft der Zeitschrift "Der Krieg und die Arbeiterklasse". Nach dem Sieg über Nazideutschland, im Juni 1945 wurde die Zeitschrift umbenannt. Den neuen Namen, "Neue Zeit", kennen heute Millionen Menschen in vielen Ländern (siehe S. 14).

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 27. Mai wurde eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU veröffentlicht. Erörtert wurden innenpolitische Fragen sowie Fragen des Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, der Festigung des Friedens und der Völkersicherheit.

Am 28. Mai brachte die sowjetische Presse eine Erklärung der Sowjetregierung zum US-Plan, in Westeuropa neue amerikanische Kernraketen zu stationieren: Die UdSSR warne, daß sie, falls keine Vereinbarung über die Reduzierung der Kernrüstungen in Europa zustande komme, rechtzeitige und wirksame Gegenmaßnahmen treffen werde (S. 5).

Am 29. Mai traf der spanische Außenminister Fernando Moran Lopez zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Andrej Gromyko verhandelte mit dem hohen Gast. Unterzeichnet wurden ein Programm für die bilaterale kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für 1984 und 1985 und ein bilaterales Regierungsabkommen über die Seefahrt.

Vom 18. bis zum 25. Mai weilte in der UdSSR auf Einladung des ZK der KPdSU eine Delegation von Veteranen der Italienischen KP. Sie besuchte Moskau und Leningrad, hatte Gespräche in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU sowie im Gebietskomitee der KPdSU Leningrad, nahm Einblick in politische und sozialökonomische Errungenschaften der UdSSR. Die Delegationsmitglieder schätzten den Kampf der UdSSR gegen das Wetrüsten und die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges, für die Erhaltung des Friedens und die Festigung der Entspannung, der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern hoch ein.

Am 28. Mai veröffentlichte TASS eine Erklärung, worin der Empörung über das am 23. Mai vom Rassistenregime Pretorias begangene Verbrechen — den barbarischen Überfall auf einen Vorort von Maputo (Mocambique) — Ausdruck gegeben wird (S. 12).

Am 25. Mai begannen in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) Tage der Sowjetunion. In ihrem Rahmen werden Künstlerensembles und Sportler auftreten sowie sowjetische Filme vorgeführt werden.

Vom 24. bis zum 26. Mai tagte in Belgrad zum 21. Male das sowjetisch-jugoslawische Regierungskomitee für

"NEUE ZEIT" 23.83



Die Arbeitslosigkeit bleibt das akuteste Problem der kapitalistischen Welt. In den USA sind nach amtlichen Angaben etwa 11 Millionen Personen, nach Schätzungen der Gewerkschaften sogar 15-18 Millionen Personen arbeitslos. In Großbritannien sind es über 3 Millionen. Bild oben: Auf dem "Marsch für das Recht auf Arbeit '83" in Großbritannien. Unten: Arbeitslose in Milwaukee stehen Schlange.
Fotos: TASS



wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Es erörterte die Aufgaben, die sich aus den im März unterzeichneten "Haupttrichtungen der Realisierung des Langzeitprogramms für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ bis 1990" ergeben. Der sowjetische Delegationsleiter war Iwan Archipow, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, die jugoslawische wurde von Borisav Srebric, stellvertretender Vorsitzender des Bundesexekutivrates der SFRJ, geleitet.

Vom 25. bis zum 31. Mai fand in vielen Ländern, auch in der UdSSR, eine von der UNO-Vollversammlung proklamierte Woche der Solidarität mit den kämpfenden Völkern des südlichen Afrikas statt (S. 9).

Am 30. Mai begann in Budapest die 5. Interparlamentarische Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa. Die Teilnehmer vertraten 28 Länder, darunter auch die UdSSR.

Vom 25. bis zum 27. Mai fand in Ho-chi-Minh-Stadt die internationale Konferenz

"Gewerkschaften der Welt im Kampf gegen die chemischen und bakteriologischen Waffen" statt. An ihr beteiligten sich Delegationen aus mehr als 60 Ländern. In dem "Appell an die Werktätigen der Chemieindustrie und des Gesundheitsschutzes, an die Werktätigen der ganzen Welt" verurteilten die Delegierten die Tatsache, daß in den USA neue C-Waffen, darunter binäre, entwickelt und produziert werden. Ferner protestieren sie in ihrem Appell gegen die vom Pentagon betriebene B-Krieg-Vorbereitung.

Im Gericht des Warschauer Militärbezirks kam ein Prozeß gegen Zdislaw Najder, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Warschau, der sich seit Dezember 1981 im Ausland befindet, zum Abschluß. Gegenwärtig leitet Najder die sogenannte polnische Sektion von "Free Europe" in München. Er wurde der Spionage zugunsten der USA angeklagt. Das Gericht des Warschauer Militärbezirks verurteilte Najder in Abwesenheit zum Tode sowie zur Aberkennung der Bürgerrechte und Vermögenseinziehung.

In Peking schloß die erste Tagung der vereinigten chinesisch-amerikanischen Handelskommission. Wie US-Handelsminister Baldrige, der die US-Delegation führte, erklärte, wurden die bei den Verhandlungen erörterten Fragen — Aufhebung der Beschränkungen für den Import chinesischer Textilien in die USA, Übermittlung moderner amerikanischer Know-hows — nicht gelöst.

Am 24. Mai sprach sich das Repräsentantenhaus des US-Kongresses unter dem Druck der Reagan-Administration dafür aus, im laufenden Finanzjahr dem Pentagon 625 Mio Dollar für die weitere Ausarbeitung und das Testen eines qualitativ neuen nuklearen Waffensystems — der ballistischen Interkontinentalrakete MX, einer Erstschlagwaffe — bereitzustellen. Am 25. Mai wurde diese Bewilligung vom Senat gutgeheißen (S. 6).

Vom 24. bis zum 26. Mai fand in Köln der CDU-Parteitag statt. Zum Parteivorsitzenden wurde Bundeskanzler Helmut Kohl wiedergewählt (S. 15).

Am 26. Mai brachte Frankreich auf dem Mururoa-Atoll eine weitere nukleare Anlage von 70 Kilotonnen zur Explosion.

Am 27. Mai führten 15 Millionen Werktätige Italiens einen Generalstreik zum Schutz ihrer Rechte, gegen die Offensive der Unternehmer auf die mit großer Mühe erkämpften sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, für eine radikale Änderung der Wirtschaftspolitik der herrschenden Kreise durch.

Am 27. Mai beauftragte der portugiesische Präsident Ramalho Eanes den Generalsekretär der Sozialistischen Partei Mario Soares mit der Bildung einer neuen Regierung. Sie wird sich aus Vertretern der Sozialistischen und der Sozialdemokratischen Partei zusammensetzen.

Die Teilnehmer eines Friedensmarsches, der am 21. Mai in Palermo (Sizilien) startete und von vielen Parteien, Gewerkschaften, öffentlichen und religiösen Organisationen unterstützt wurde, passierten Messina, Rom, Florenz, Mailand, Turin und trafen am 28. Mai in Genf ein. Wie es in ihrem Appell heißt, diese Stadt sei als Endziel des Marsches gewählt worden, weil dort die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen laufen, von deren Ausgang die Abrüstung in Europa abhängt. Im Dokument wird die geplante Stationierung neuer US-Kernraketen in Europa verurteilt.

Arvid Janowitsch PELSCHE

Von 28. bis 30. Mai fand in Williamsburg (USA) eine Gipfelkonferenz der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der BRD, Italiens, Japans und Kanadas statt.

In Libanon wird die Lage immer gespannter. Israel verlegt ununterbrochen Geschütze, Panzer, Schützenpanzerwagen und Rüstungen zur Bekaaebene, zur Entflechtungslinie des syrischen Kontingents der arabischen Sicherheitsstreitkräfte in Libanon. Die israelische Armee wurde in den Zustand der vollen Gefechtsbereitschaft versetzt. Auf die libanesischen Küste zu bewegt sich eine weitere Gruppe von US-Kriegsschiffen. Hohe US-Militärs reisen immer häufiger nach Libanon. In Washington und Tel Aviv wird damit gedroht, daß der Krieg auch mit Syrien unvermeidlich sei und daß die Syrier, die sich dem berüchtigten libanesisch-israelischen "Friedensabkommen" nicht angeschlossen haben, dazu gezwungen werden müßten.

Vom 28. bis zum 30. Mai konferierten in Panama die Außenminister Mexikos, Panamas, Kolumbiens und Venezuelas über die Lage in Mittelamerika, die sich in letzter Zeit durch Verschulden der US-Administration stark verschärft hat (S. 22).

Laut France Presse bildeten 9 führende Gewerkschaften Chiles einen Nationalen Rat der Werktätigen, der sich das Ziel setze, für die Wiederherstellung der Demokratie und der Bürgerrechte im Lande zu kämpfen.

Die Regierung Nigerias gab bekannt, ein Abkommen über den Abzug der Truppen von Tschad aus den von ihnen besetzten nigerianischen Gebieten sei erzielt worden. Die Streitkräfte des gegenwärtigen Regimes in N'Djamena versuchten im April, fünf zu Nigeria gehörige Inseln des Tschad-Sees, über den die Grenze zwischen beiden Ländern verläuft, zu annektieren. Der nigerianischen Zeitung "National Concord" zufolge beteiligten sich an den Kämpfen auf seiten Tschads französische Söldner.

In Addis Abeba nahm eine Panafrikanische Presseagentur ihre Tätigkeit auf. Sie wird täglich eine Information von 25 000 Wörtern in Englisch, Französisch und Arabisch übermitteln.

Am 26. Mai kam es in Nordjapan zu einem Erdbeben (Stärke 7,7). Nach vorläufigen Angaben gingen 54 Personen zugrunde.



Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR teilen in tiefer Trauer mit, daß Arvid Janowitsch Pelsche, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, zweifacher Held der Sozialistischen Arbeit, am 29. Mai 1983 im 85. Lebensjahr nach schwerer Krankheit verschieden ist.

In dem von den führenden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates sowie den Leitern der Partei-, Verwaltungs- und Massenorganisationen unterzeichneten Nachruf heißt es:

Von uns gegangen ist ein angesehener Funktionär der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, ein begeisterter Internationalist und einer der ältesten Repräsentanten der ruhmreichen Schar Leninscher Bolschewiki.

Arvid Janowitsch Pelsche wurde am 7. Februar 1899 im Landkreis Grunwald (jetzt Rayon Bausba, Lettische SSR) als Bauernsohn geboren. 1914 bezog er in Riga einen polytechnischen Lehrgang. Dort trat er bald darauf mit der illegalen kommunistischen Organisation in Verbindung. 1915 trat er der Kommunistischen Partei bei. Von diesem Zeitpunkt an war sein Wirken unlösbar mit dem Kampf und den historischen Leistungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verbunden.

Im ersten Weltkrieg arbeitete Arvid Janowitsch Pelsche in Werkstätten von Riga und Witebsk, als Fräser in den Charkower Lokomotivwerken, als Stanzer in Petrograd und als Schauer-mann im Hafen Archangelsk und führte dort überall im Auftrag der Parteikomi-

tees revolutionäre Agitation und Propaganda durch. Nach der Februarrevolution von 1917 wurde er in den Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gewählt. Im Juli und August 1917 nahm er als Delegierter der Parteiorganisation von Archangelsk am VI. Parteitag der Kommunistischen Partei teil.

Arvid Janowitsch Pelsche beteiligte sich rege an der Vorbereitung und Durchführung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. 1918 war er in Moskau bei der WtschK tätig. 1919 trat er in die Rote Armee ein, diente zehn Jahre und kämpfte an den Bürgerkriegsfronten bei Riga und in der Ukraine, wonach er in politischen Organen der Armee tätig war. Von 1929 bis 1931 studierte er an der Hochschule der Roten Professur. Ferner unterrichtete er.

Anfang 1941 wurde Arvid Janowitsch Pelsche zum Agitprop-Sekretär des ZK der KP Lettlands gewählt. Im Großen Vaterländischen Krieg befaßte er sich neben der Propagandarbeit mit der Schulung von Partei- und Verwaltungskadern. Im November 1959 wurde er zum Ersten Sekretär des ZK der KP Lettlands gewählt. Unter seiner Leitung erzielten die Parteiorganisationen bei der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der Republik große Erfolge.

Arvid Janowitsch Pelsche war zum XX. und XXII. bis XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion delegiert. Auf dem XXII. bis XXVI. Parteitag der KPdSU wurde er ins Zentralkomitee der KPdSU gewählt. Ab 1966 war er Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU.

Auf allen Partei- und Staatsposten stellte Arvid Janowitsch Pelsche seine ganze Kraft, seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse rückhaltlos in den Dienst an den hohen Idealen des Marxismus-Leninismus. Er steuerte zur Entwicklung der Theorie und Praxis des Parteaufbaus, zur Organisation und Ausübung der Parteikontrolle und zur Festigung der Partei- und Staatsdisziplin bei. Rege beteiligte er sich an der Tätigkeit der KPdSU zum Ausbau der Verbindungen mit den verbündeten kommunistischen und Arbeiterparteien.

Die sowjetischen Menschen werden Arvid Janowitsch Pelsche, diesem treuen Sohn der Kommunistischen Partei, der sein ganzes Leben dem großen Werk des kommunistischen Aufbaus weihte, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

ERKLÄRUNG DER SOWJETISCHEN REGIERUNG

Ein Bestandteil der Bemühungen der USA-Administration, die militärische Überlegenheit zu erringen, ist die für Ende 1983 geplante Stationierung neuer amerikanischer Nuklearraketen mittlerer Reichweite auf dem Territorium Westeuropas. Diese Raketen, die Objekte tief im Territorium der Sowjetunion erreichen können, sollen eine direkte Ergänzung des Arsenal der strategischen Kernwaffen der USA bilden und das bestehende regionale und globale Gleichgewicht zugunsten des Westens verändern. Die Aufstellung der erwähnten Raketen würde die Situation in Europa schwerwiegend verändern, die nukleare Konfrontation rapide verschärfen und das Risiko des Ausbruchs eines Krieges vergrößern.

Bei allen Verhandlungen, die direkt oder indirekt mit der Eindämmung des Wettrüstens verbunden sind, verfolgt die USA-Administration einen destruktiven, obstruktionistischen Kurs. Das betrifft das Auftreten der USA bei den Verhandlungen sowohl in Genf als auch in Wien, in Madrid und in anderen internationalen Gremien.

Die Haltung der USA in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen ist nicht auf eine ehrliche Übereinkunft, sondern voll und ganz auf die Erzielung einseitiger militärischer Vorteile gerichtet. Washington schlägt vor, auf sowjetischer Seite die modernsten Waffenarten sogar in einem wesentlich größeren Umfang als auf Seiten der USA zu reduzieren. Damit enthüllt es seine Absicht, die Grundlagen eines Kernwaffenarsenals und die umfangreichen Programme zur Stationierung neuester strategischer Mittel, darunter der Flügelraketen aller Stationierungsarten, praktisch unberührt zu lassen. Die amerikanischen Vorschläge in den SALT-Verhandlungen zielen nicht auf die Einstellung des strategischen Wettrüstens, sondern im Grunde genommen darauf ab, das strategische Wettrüsten weiter anzukurbeln in den Richtungen, die die USA für sich als vorteilhaft ansehen.

Angesichts der zunehmenden Gefahr, die durch die Entwicklung, Produktion und Indienstellung neuer amerikanischer land-, see- und luftgestützter strategischer Waffen für die Sicherheit der UdSSR und ihre Verbündeten entsteht, ist die Sowjetunion vor die Notwendigkeit gestellt, Gegenmaßnahmen zur Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit, unter anderem durch die Stationierung entsprechender neuer strategischer Systeme, zu ergreifen. Diese Schritte werden der Sowjetunion durch die real entstandene Lage diktiert, und sie werden die Antwort der Sowjetunion auf die Maßnahmen der USA sein. Ihr einziges Ziel besteht darin, eine Zerstörung des bestehenden Kräftegleichgewichts nicht zuzulassen.

Wenn die Sowjetunion diese ihr aufgezwungenen Schritte unternimmt, so bekräftigt sie gleichzeitig damit die Unveränderlichkeit ihres prinzipiellen Standpunktes zum Problem der Begrenzung und Reduzierung der strategischen Kernwaffen. Sie tritt für eine tiefgreifende Reduzierung dieser Waffen in ihrem gesamten Komplex ein, um die allgemeine militärstrategische Stabilität bei strikter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu erhöhen.

Die in Genf von der Sowjetunion unterbreiteten weitreichenden Vorschläge über die gegenseitige Reduzierung der strategischen Trägermittel und ihrer Kernsprengladungen bilden dafür eine gute Grundlage.

Eine ebenso konstruktive Haltung nimmt die Sowjetunion in der Frage der Begrenzung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa ein. Bekanntlich schlägt die Sowjetunion vor, die Reduzierung dieser Waffen in der Weise vorzunehmen, daß sie nicht über mehr Raketen mittlerer Reichweite und über mehr Sprengköpfe verfügen wird als Großbritannien und Frankreich. Dies wäre bei Trägermitteln wie auch bei Sprengköpfen bedeutend weniger, als die UdSSR im Jahre 1976 in Europa hatte, als die Modernisierung der sowjetischen Raketen noch nicht begonnen hatte. Die Sowjetunion beansprucht auch nicht ein Flugzeug mittlerer Reichweite und auch nicht eine von Flugzeugen transportierte Kernsprengladung mehr als die NATO-Länder.

Die USA beharren aber weiterhin auf einer Lösung, nach der sie in jedem Falle Ende 1983 mit der Stationierung ihrer neuen Raketen in Westeuropa als Ergänzung zu den dort vorhandenen amerikanischen vorgeschobenen Kernmitteln beginnen würden. Die Sowjetunion indes soll ihr Einverständnis zu deren Stationierung geben, außerdem noch einseitig ihre Kernwaffen mittlerer Reichweite reduzieren, und dies nicht nur im europäischen, sondern auch im asiatischen Teil des Landes. Und dabei soll sie entsprechende Waffensysteme der Vereinigten Staaten ignorieren, die in bedeutender Anzahl in Gebieten stationiert sind, die im Osten an unser Land grenzen.

Die Unannehmbarkeit derartiger Vorschläge ist beabsichtigt und so offensichtlich, daß ihre Unterbreitung durch die Vereinigten Staaten nur von einem zeugt, nämlich vom ausdrücklichen Unwillen, gegenseitig annehmbare, auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit basierende Lösungen zu suchen.

Die Sowjetunion erachtet es für notwendig, mit aller Entschiedenheit zu warnen: Wenn eine Vereinbarung über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa, die die Stationierung neuer amerika-

nischer Raketen in diesem Gebiet ausschließt, verhindert wird und dadurch eine zusätzliche Gefahr für die Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten entsteht, dann wird die Sowjetunion auch auf diesem Gebiet rechtzeitig effektive Gegenmaßnahmen ergreifen.

Der Beschluß der USA und der NATO, mit der Stationierung der neuen amerikanischen Raketen in Europa zu beginnen, wird — sollte er verwirklicht werden — die UdSSR zwingen, ihren im vergangenen Jahr gefaßten Beschluß über ein einseitiges Moratorium der weiteren Stationierung von Waffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil zu überprüfen. Ferner würde es sich als notwendig erweisen, in Absprache mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auch andere Maßnahmen zur Stationierung zusätzlicher Mittel zu verwirklichen, um das notwendige Gegengewicht zu der zunehmenden Anhäufung von vorgeschobenen Kernwaffen der USA in Europa und nuklearen Rüstungen der anderen NATO-Länder zu schaffen. Wie die sowjetische Seite wiederholt gewarnt hat, müssen auch notwendige Gegenmaßnahmen in bezug auf das Territorium der USA selbst ergriffen werden.

Eine gerechte Vereinbarung bei den Verhandlungen in Genf zu finden ist möglich. Zweifellos würde es der Erreichung dieses Zieles dienen, wenn die USA und die NATO auf die tatsächliche Stationierung von neuen amerikanischen Raketen in Westeuropa verzichten.

Die Sowjetunion erklärt, daß es noch nicht zu spät ist, die gefährliche Zuspitzung der Lage zu stoppen. Sie bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die USA und ihre NATO-Verbündeten sorgfältig die Folgen abwägen, die die Realisierung ihrer Stationierungspläne für neue amerikanische Raketen in Westeuropa unweigerlich mit sich bringen würde, und daß sie auf die konstruktiven sowjetischen Vorschläge reagieren.

Als einen ersten, am leichtesten durchführbaren und gleichzeitig effektiven Schritt, bis eine Vereinbarung über die Reduzierung sowohl von Kernwaffen in Europa als auch von strategischen Waffen erreicht ist, schlägt die Sowjetunion erneut vor, diese Waffen quantitativ einzufrieren und ihre qualitative Modernisierung maximal zu begrenzen.

Es ist die Pflicht aller Staaten, für die unaufschiebbaren Aufgaben der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen, vor allem der nuklearen, eine Lösung zu finden und auf den Weg der Entspannung — der politischen und militärischen — zurückzukehren. Das erfordern die Interessen aller Völker und Staaten, unabhängig davon, in welcher geographischen Region der Welt und in welchem sozialökonomischen System sie leben, welcher politischen Gruppierung oder Strömung sie angehören.

KOSTSPIELIGES RISIKO

Der US-Kongreß stimmte dafür, im laufenden Finanzjahr dem Pentagon 625 Mio Dollar für die weitere Entwicklung und das Testen von MX-Raketen bereitzustellen.

Der Ausdruck "Fenster der Verwundbarkeit" tauchte zuerst in militärischen Fachschriften auf, dann, während des Kampfes gegen die Ratifizierung von SALT 2 durch den Senat, griffen ihn die Falken auf. Weit bekannt wurde die Theorie des "Fensters", nachdem Präsidentschaftsanwärter Reagan sie zum Clou seines Wahlprogramms gemacht hatte. Am 31. Januar 1980 sagte er: "Das Wachstum der sowjetischen strategischen Nuklearmacht gefährdet die Fähigkeit der bodengestützten Nuklearkräfte der USA, bei einem sowjetischen Erstschoß zu überleben, da alle amerikanischen ICBM in Betonbunkern sind, was die Sowjets befähigt, die Treffgenauigkeit des Schlasses im voraus zu sichern. Deshalb sind sofort Schritte zu tun, um die Überle-

zwischen 4600 Startrampen hin und her zu bewegen. Der Plan wurde als äußerst kostspielig und nicht real verworfen. Später lehnte der Kongreß auch Reagans beide Konzepte ab, die die Unterbringung von MX in den bisherigen Minuteman-Bunkern sowie eine zusammengeballte Unterbringung vorsahen. Zugleich wurden 560 Mio Dollar auf Eis gelegt, die für die Entwicklung einer neuen Rakete bestimmt waren. Damals wurde die Kommission des verabschiedeten Generalleutnants Brent Scowcroft ("save MX"-Kommission) eingesetzt.

Sie verringerte die Raketenzahl von 200 auf 100 und schlug vor, Anfang der 90er Jahre eine neue mobile Rakete "Midgetman" (Zwerg) mit nur einem Sprengkopf zu entwickeln. Was den Aufstellungsmodus von MX betreffe, so müsse man auf die alte, vom Kongreß schon abgelehnte Variante zurückgreifen und die bestehenden Silos benutzen. Im Schlußdokument der Kommission heißt es: "Die verschiedenen Bestandteile unserer strategischen Kräfte sind nicht jeder für sich, sondern in ihrer Gesamtheit zu beurteilen." Anders gesagt, wird der Haupteinwand der MX-Gegner zugegeben: Die Asymmetrie im Aufbau der strategischen Kräfte beider Seiten untergräbt nicht die bestehende Parität und kann nicht als Rechtfertigung für neue außerordentliche Programme dienen.

Wo bleibt da das "Fenster der Verwundbarkeit", die einzige amtliche Rechtfertigung für die MX-Raketen und das ganze undenkbar teure Umrüstungsprogramm der USA? Der Schluß bietet sich von selbst an: Die erneute Lüge Washingtons wurde zu dem einzigen Zweck in Umlauf gesetzt, das weitere Wettrüsten zu rechtfertigen.

Die Scowcroft-Kommission gab das Offensichtliche zu — warum empfahl sie dann trotzdem die Stationierung von MX, und warum stimmten die beiden Häuser des Kongresses dafür, 625 Mio Dollar für die Durchführung von MX-Tests und die Modifizierung der bestehenden Anlagen bereitzustellen?

Auf diese Frage antwortete Senator Scowcroft in einem Interview: Die MX-Rakete sei nötig, um den nationalen Willen der USA zu demonstrieren und bei Verhandlungen einen Trumpf in der Hand zu haben. Würden die USA jetzt darauf verzichten, so würden sowohl ihre Gegner als auch ihre Freunde glauben, daß das Land gelähmt sei.

Hier die Meinung von Arthur Macy Cox, einem bekannten US-Rüstungskontroll-experten: Die Stationierung von MX ist ein "ungerechtfertigtes und kostspieliges" Risiko. Außerdem: "Für die MX-Rakete zu stimmen, bedeutet, für den Untergang zu stimmen... Man kann sich schwerlich einen anderen Schritt vorstellen, der die nukleare Labilität noch mehr erhöhen würde."

Das wird die größte Rakete der USA sein: 22 m lang, 95 t schwer und somit doppelt so schwer wie die Minuteman 3. Sie kann zehn Sprengköpfe tragen (Minuteman: 3 Köpfe) und ist doppelt so treffgenau wie diese. Kurz, die MX ist eine Erstschoßwaffe, "am meisten destabilisierend im ganzen Rüstungsspektrum", wie sich der ehemalige CIA-Direktor Stansfield Turner ausdrückte. Nicht von ungefähr sagte General Davis, der Befehlshaber der strategischen Luftstreitkräfte, in Erläuterung der Ziele des Pentagon: "Wenn wir von der Strategie der gegenseitigen garantierten Vernichtung zu einer Strategie übergehen, in der die Betonung auf der Fähigkeit zur Kriegführung liegt und der Vorrang der Vernichtung von Militär- und Kommandozielen gegeben wird, gibt es keine treffgenauere Waffe."

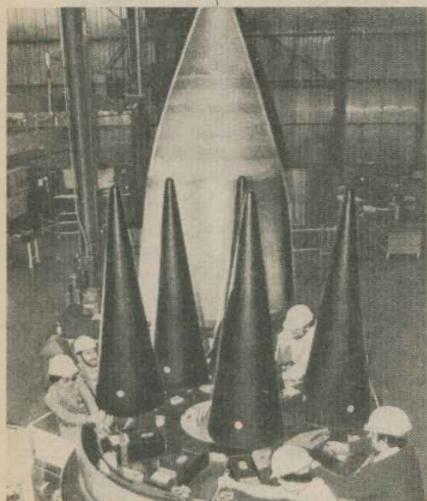
Präsident Reagan nannte die MX-Rakete den "Friedenswart", was, wie hier öfters gesagt wird, ungefähr dasselbe ist, wie wenn man Adolf Hitler einen Heiligen nennen würde. Dabei ist die MX, die die Steuerzahler mindestens 20 Md. Dollar kosten wird, nur ein kleiner Teil des strategischen Rüstungsprogramms. Vorgesehen ist darin der Bau von 20 U-Booten "Trident" (30 Md.), 480 D-5-Raketen (über 30 Md.), die für die U-Boote dieser Klasse bestimmt sind und vom Kongreßmitglied Thomas Downey eine "Erstschoßwaffe von A bis Z" genannt wurden, von 100 strategischen B-1B-Bombern (40 Md.) und 150 "Stealth"-Bombern (56 Md.) und von 6400 luft- und seegestützten Flügelraketen (15 Md.), ferner die Stärkung der bestehenden und die Schaffung neuer Kommando-, Lenk- und Nachrichtenzentralen (22 Md.). Das Kommando der Luftstreitkräfte gab Anfang Mai die Schaffung eines speziellen Leitzentrums auf dem Militärstützpunkt Northon, Kalifornien, bekannt; dort soll das Programm für die Entwicklung der ICBM "Midgetman" entwickelt werden. Vermutlich werden 1000 solche Raketen gebaut werden.

Immer wieder sagt Reagan: "Ich weiß, gewisse Leute können sich schwer mit dem paradoxen Satz — Friedenssicherung durch eindrucksvolles Nuklearpotential — abfinden." Davon weiß man auch in der Umgebung des Präsidenten, die darüber besorgt ist, daß er für die einfachen Amerikaner allmählich zu einem Kriegshetzer wird. Es werden Gegenmaßnahmen getroffen, Werbekampagnen und -reisen unternommen. Aber Wörter verfehlen ihre Wirkung, ebenso wie nicht eingehaltene Versprechungen. Die Amerikaner haben die Möglichkeit, einen Politiker nach seinen Taten zu beurteilen. Diese Taten sind heute die größte Gefahr für den Frieden.

Eigenbericht

New York

"NEUE ZEIT" 23.83



Kernsprengköpfe einer MX werden montiert

Foto aus: "Time" (USA)

benschance unserer bodengestützten ICBM zu erhöhen. Der beste Weg dazu ist es, die nächste Generation von ICBM mobil zu machen, damit sie nicht im voraus als Ziel berechnet werden."

Also eine neue Runde im Wettrüsten als "der beste Weg". Ein Markstein auf diesem Weg wurde die MX-Rakete. Reagan versprach, einen Aufstellungsmodus zu finden, der das berüchtigte "Fenster" zu schließen vermöge. Die Suche nach Varianten begann schon unter Carter. Zuerst wurde vorgeschlagen, 200 MX-Raketen zu bauen und sie ständig

IM AUFBAU UND IM KAMPF

Interview mit dem Regierungschef der DRA, S. A. Kishmand

Anläßlich des 5. Jahrestages der Aprilrevolution gab der Vorsitzende des Ministerrates der DRA, Sultan Ali Kishmand, in seinem Amtssitz in Kabul unserem Sonderkorrespondenten A. Uswatow ein Interview. Er schilderte eingehend die Lage im Land, erläuterte den Kurs der DVPA und der DRA-Regierung in einigen wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Fragen.

Die fünf Jahre seit dem Sieg der nationaldemokratischen Aprilrevolution sind historisch gesehen eine sehr kurze Zeit. Aber auch in dieser Zeit vollzogen sich in Ihrem Land viele Wandlungen...

Wir haben eine rückständige Wirtschaft und große Schwierigkeiten geerbt, die durch den nichterklärten Krieg, den die reaktionären, durch den US-Imperialismus unterstützten Kreise gegen unser Land entfesselt haben, vielfach verstärkt wurden. Unserem Land, der Volkswirtschaft ist ein riesiger Schaden zugefügt worden, den wir auf 24 Md. Afghani schätzen.

Trotz dieser außerordentlichen Umstände und ungeheuren Schwierigkeiten errichten wir Industriebetriebe und andere volkswirtschaftliche Objekte, investieren für unsere Verhältnisse große Mittel in neue Projekte.

In welche konkret!

Es wurden neue Silos mit Mühlen und Bäckereien in Mazar-i-Sharif und Pul-i-Khumri gebaut. In verschiedenen Städten wurden Service-Stationen geschaffen — geplant sind 14. Sie sind vor allem für Großtransporter bestimmt. Von enormer Bedeutung für unsere Wirtschaft und für die Entwicklung der vielseitigen Beziehungen mit der Sowjetunion ist die im vorigen Jahr eröffnete Brücke über den Amudarja — den sowjetisch-afghanischen Grenzfluß. Die Errichtung der meisten Objekte erfolgt mit ökonomischem und technischem Beistand der Sowjet-

union und anderer sozialistischer Staaten.

Unentgeltlich oder gegen Bezahlung!

Das ist verschieden. Hauptsächlich auf der Grundlage langfristiger Kredite, aber zu Vorzugsbedingungen.

Erzählen Sie bitte: Wie erfolgt in der Republik die Wirtschaftsplanung!

Ab 1985 beabsichtigen wir, zu Fünfjahrplänen überzugehen, einstweilen aber arbeiten wir nach Jahresplänen. Am 21. März begann das Jahr 1362 nach afghanischem Kalender, und an diesem Tag trat auch der Plan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für dieses Jahr in Kraft. Er beruht auf den Beschlüssen des 11. Plenums des ZK der DVPA (März 1983), das die Wirtschaftspolitik der Partei erörterte.

Das Plenum orientierte uns auf den Wiederaufbau aller Betriebe, die durch die Diversionsakte der Duschmanen außer Betrieb gesetzt wurden, und auf die Wiederaufnahme der Produktion in vollem Umfang.

Kann es nicht passieren, daß diese Betriebe von den Duschmanen erneut zerstört werden!

Wir haben Maßnahmen zum verstärkten Schutz von Produktionsobjekten ergriffen: Wir bilden Sondertrupps, die den Schutz und die Sicherheit aller Bezirke gewährleisten. Gleichzeitig werden die Selbstverteidigungskräfte ausgebaut. Nicht nur Armee und Miliz verteidigen

gen die Betriebe, sondern auch die dort Beschäftigten.

Ich möchte noch einmal auf den Plan des laufenden Jahres zurückkommen. Welche Projekte sollen fertiggestellt werden!

Es gibt über 30 solche Projekte. Vor allem sind es Textilfabriken in Kandahar und Herat, das zweite Wärmekraftwerk in Kabul, eine große Fabrik zur Verarbeitung von Oliven in Jalalabad (Provinz Nangarhar), neue Wartungs- und Reparaturstationen für Tankwagen. Kurz vor dem 5. Jahrestag unserer Revolution wurden rekonstruierte und neu ausgerüstete Radiostudios Afghanistans in Betrieb genommen. Eine große Hilfe leistete hierbei die DDR, die moderne Studioeinrichtungen lieferte.

Die von mir genannten Betriebe, wie auch eine Reihe anderer, gehören zum staatlichen Sektor, der gemäß den Grundprinzipien der DRA — unserer provisorischen Verfassung — die führende Rolle in der Nationalwirtschaft spielen muß.

Und wie steht es heute mit dem privaten Sektor!

Für das laufende afghanische Jahr wird die Schaffung von über 40 neuen mittleren und kleineren Privatbetrieben geplant. Das werden vorwiegend Textilfabriken, Werkstätten zur Herstellung von Plasterzeugnissen u. a. m. sein.

Wird deren Schaffung von Privatunternehmern finanziert!

Selbstverständlich.

Haben die Privatunternehmer keine Angst, ihre Mittel zu investieren!

Nein. Der Staat unterstützt sie. Unsere Armee schützt und verteidigt Bezirke, wo Privatbetriebe geschaffen und eröffnet werden, vor Banditenüberfällen.

Welche Politik betreibt die Regierung der DRA gegenüber Privatunternehmen, gegenüber dem Privatssektor überhaupt! Diese Frage ist u. a. auf die Behauptungen der antiafghanischen Propaganda zurückzuführen, daß Privatunternehmer





in Afghanistan angeblich unterdrückt, ja Repressalien unterworfen und enteignet werden.

Die Verbreiter solcher Lügengeschichten sollten einmal durch die Straßen Kabuls oder jeder anderen Stadt gehen und in Geschäfte und Läden hineinsehen. Vielleicht würden sie dann so etwas nicht mehr skrupellos behaupten. Allerdings: Was schert die Verleumder die Wahrheit? Sie haben einen anderen Auftrag des Imperialismus zu erfüllen: Unser Land auf jede mögliche Weise in Verruf zu bringen.

Wie gesagt, wir fördern und unterstützen Privatinvestitionen. Wir tragen den Möglichkeiten des Privatsektors in unseren Plänen Rechnung und sind an seiner konstruktiven Mitarbeit bei der Versorgung interessiert. Unsere Linie richtete sich auf die Koexistenz des staatlichen, privaten und genossenschaftlichen Sektors in der Wirtschaft. Das Schergewicht legen wir selbstverständlich auf die Entwicklung des staatlichen Sektors, jedoch nicht auf Kosten der Benachteiligung der anderen.

Was ist für den Staatshaushalt dieses Jahres kennzeichnend?

Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist er wesentlich gewachsen, dabei ist der Löwenanteil dieses Zuwachses für die Entwicklung der Wirtschaft bestimmt. Sein Einnahmenanteil setzt sich zu 80 % aus inneren Quellen — aus den Einnahmen staatlicher Betriebe und Dienststellen, aus den Steuern u. a. — zusammen und zu 20 % aus anderen Quellen. Die wichtigsten davon sind die Wirtschaftshilfe und Kredite der UdSSR und anderer RGW-Staaten sowie von anderen Staaten und internationalen Organisationen.

Die Arbeiter des Baumwollverarbeitungswerkes in Kunduz gehören zu den Kämpfern der Selbstverteidigungstrupps.

Unsere wichtigste ökonomische Sorge, unser Engpaß ist das Verkehrswesen, dem die größte Aufmerksamkeit gilt und für das entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Das gilt vor allem dem Autopark. In Afghanistan gibt es nämlich keine Eisenbahnlinien. Wir hoffen, daß wir sie einmal haben werden. Die Dschamanen aber führen ihre Schläge in erster Linie gegen den Kraftverkehr, gegen die Verbindungswege.

Heute stehen die Hauptstraßen unter zuverlässigem Schutz. Sie werden sowohl von unserer afghanischen Armee als auch von den Verbänden des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents bewacht.

Die Entwicklung des Verkehrswesens und die Gewährleistung immer größerer Sicherheit der Straßen ermöglicht es uns, Handel zu treiben, darunter auch Außenhandel.

Der Handelsminister Mohammad Jalal sagte, daß Afghanistan kein Außenhandelsdefizit habe, es gebe sogar ein kleines Aktivsaldo.

Ganz richtig.

Ich habe in Kabuler Zeitungen gelesen, daß Sie am Vorabend des 5. Jahrestages der Aprilrevolution dem Kollektiv des Kabuler automechanischen Jungalak-Werkes für den Sieg im Arbeitswettbewerb ein Ehrenbanner und eine Geldprämie überreicht haben.

An diesem Wettbewerb nahmen über 150 große Betriebe und Organisationen teil. Das Jungalak-Werk, das den Jahresplan in zehneinhalb Monaten erfüllte, ist nicht der einzige Sieger. Mehrere andere Kollektive erhielten ebenfalls Prämien.

Wir haben uns davon überzeugt, daß ein solcher Wettbewerb eine effektive Rolle bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Produktionssteigerung, bei der Festigung der Arbeitsdisziplin spielt. Außerdem hilft er, breitere Schichten der Werktätigen in Staatsangelegenheiten einzubeziehen.

Und wie vollzieht sich dieser Prozeß auf dem Lande, wo die überwiegende Mehrheit der Afghanen lebt?

Schritt für Schritt erhöhen wir das Ansehen der Volksmacht an der Basis, unter den Bauern. Neben der Schaffung des Staatsapparats in Landkreisen werden dort Parteigrundorganisationen und Massenorganisationen der Jugend und der Frauen und der Vaterländischen Nationalfront gebildet.

Es geht aber nicht nur darum, sie zu bilden, es gilt, den tagtäglichen Kontakt zu den Einwohnern herzustellen und zu halten, durch Aufklärungsarbeit und praktische Taten ihr Vertrauen zu gewinnen, sie zur aktiven Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben heranzuziehen.

Die Straße über den Salangpaß wird ausgebaut

Fotos: TASS



Und der Kurs unserer Partei, unserer Regierung findet allorts zunehmende Unterstützung. Das kann ich mit aller Bestimmtheit sagen. Denn in der Masse verstehen die Menschen schon recht gut, wer Freund und Feind ist. Terroristen, Banditen plündern die Bevölkerung, ermorden rücksichtslos jene, die mit ihnen nicht zusammenarbeiten wollen. Die Volksmacht dagegen schützt die einfachen Menschen, ist bestrebt, ihnen im alltäglichen Leben zu helfen.

Worin äußert sich diese Hilfe?

Ihnen werden z. B. bestimmte Steuervergünstigungen gewährt. Sie werden von der Rückzahlung früherer Kredite oder hohen Zinsen befreit. Und liegt die Durchführung der Boden- und Wasserreform etwa nicht im Interesse der Bauern? Das ist aber noch nicht alles. Wir geben ihnen jetzt Kredite: Geld, Waren, z. B. Dünger, Saatgut, landwirtschaftliches Inventar. Das alles braucht natürlich Zeit.

Man bedenke, daß es sich um einen komplizierten Prozeß der Ausrottung der Feudalverhältnisse handelt. Das kann nicht auf Anhieb geschehen. Ungeduld ist in dieser ersten Sache unangebracht, einfach schädlich. Die in ihrer Mehrheit unwissenden, des Lesens und Schreibens unkundigen Menschen müssen allmählich begreifen, daß sie gemeinsam, Hand in Hand arbeiten müssen, um ihr Leben zu verbessern. In dieser Richtung entwickelt sich unsere Arbeit.

Gestatten Sie mir jetzt, einige Fragen zu außenpolitischen Themen zu stellen. Sie haben an der jüngsten Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Delhi teilgenommen. Bestimmte Kreise versuchten, den Status der DRA als eines nichtpaktgebundenen Staates in Frage zu stellen. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Konferenz vom Standpunkt des internationalen Ansehens der DRA?

Afghanistan war den Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit immer treu. Wir sind nie davon abgegangen. Die Konferenz von Delhi demonstrierte im großen und ganzen eine konstruktive Haltung gegenüber unserem Land. Immer mehr Länder begreifen die eigentlichen Wurzeln der sogenannten afghanischen Frage. Die Versuche, eine feindselige politische Offensive gegen das demokratische Afghanistan einzuleiten, der Konferenz eine Diskussion zu dieser berührigten Frage aufzuzwingen, sind völlig gescheitert. Die Hauptaufmerksamkeit galt der prinzipiellen Haltung der Regierung der DRA, die konsequent für eine Regelung der mit den Nachbarn bestehenden

Probleme am Verhandlungstisch eintritt.

Die aktive und konstruktive Teilnahme des demokratischen Afghanistan an der Konferenz erhöhte unseres Erachtens das internationale Ansehen unseres Landes, sein politisches Gewicht.

Meine Begegnungen und Gespräche mit vielen Staats- und Regierungschefs in Delhi waren im Hinblick auf die Festigung der Beziehungen zwischen der DRA und anderen nichtpaktgebundenen Ländern sehr nützlich.

Was können Sie zu den Ergebnissen der jüngsten Verhandlungen in Genf sagen?

Unser Standpunkt ist Ihnen gut bekannt. Er läuft auf eine Regelung der durch die feindlichen Kräfte um Afghanistan geschaffenen Situation mit politischen Mitteln hinaus. Zunächst müssen wir die Einstellung der ausländischen bewaffneten Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes erreichen und entsprechende Garantien für die Zukunft erhalten. Wenn dieses Ziel

erreicht ist, dann entstehen auch Voraussetzungen für den Abzug des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents.

Die Verhandlungen mit der pakistanischen Delegation in Genf unter Vermittlung eines Sondervertreters des UNO-Generalsekretärs konzentrierten sich auf die wichtigsten Fragen der bilateralen Beziehungen. Und sie waren nützlich. Wir werden auch in Zukunft diese Verhandlungen fortführen, um eine Regelung auf realistischer Grundlage zu erreichen. Doch der effektivste und kürzeste Weg dazu sind unseres Erachtens direkte Verhandlungen zwischen den interessierten Seiten.

Was möchten Sie abschließend den Lesern der "Neuen Zeit" sagen?

Ich möchte den Lesern und allen Sowjetmenschen sagen, daß wir der großen Sowjetunion sehr dankbar sind für ihre vielseitige internationalistische Hilfe und Unterstützung für das revolutionäre, sich erneuernde Afghanistan.
Kabul

UDSSR—AFRIKA

SOLIDARITÄT

Die nationale Befreiungsbewegung der afrikanischen Völker führte zur Liquidierung der Herrschaft der Kolonialmächte und zur Gründung unabhängiger Länder fast auf dem ganzen Kontinent. Der Befreiungskampf verlegt sich nun nach dem Süden Afrikas, wo die letzten Bollwerke des Kolonialismus und Rassismus noch bestehen.

Nicht nur die Völker dieser Region, sondern auch die friedliebenden Kräfte der ganzen Welt treten für die Befreiung des Südens Afrikas ein, dafür, daß das ganze Afrika zum Kontinent des Friedens, der Freiheit und des wirtschaftlichen Fortschritts wird.

Ebeneswegen wird jährlich der 25. Mai als Tag Afrikas gefeiert und anschließend die Woche der Solidarität mit den kämpfenden Völkern des südlichen Afrika durchgeführt. In diesem Jahr ist sie dem 20jährigen Bestehen der Organisation der afrikanischen Einheit gewidmet.

In der UdSSR pflegt man die Solidaritätswoche im ganzen Land zu begehen. An Lehranstalten in Moskau und in Hauptstädten der Unionsrepubliken, wo Afrikaner ausgebildet werden, fanden Kundgebungen statt.

Im Moskauer Haus der Völkerfreundschaft wurde die 2. internationale Ausstellung "Afrika kämpft, baut und siegt" eröffnet. Die vom sowjetischen Solidaritätskomitee der Länder Asiens und Afrikas vorbereiteten Fotoausstellungen öffneten auch im Säulensaal des Gewerkschaftshauses, an der Moskauer Universität, in Hauptstädten der Unionsrepubliken, in Leningrad und anderen Städten ihre Tore. Diese Ausstellungen vermitteln eine gute Vorstellung von dem Kampf der afrikanischen Völker für Unabhängigkeit und ihrem Bestreben, die tiefgreifenden Umwälzungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich herbeizuführen.

Vom Willen des sowjetischen Volkes, die Solidarität mit dem afrikanischen Volk auch weiterhin zu stärken, zeugt die Grußadresse der Sowjetregierung an die Staats- und Regierungschefs, an die Völker Afrikas anläßlich des Tages Afrikas. Darin wird betont, "das sowjetische Volk werde nach wie vor die notwendige Hilfe für den Kampf der Patrioten Namibias und Südafrikas leisten, die unter Leitung der SWAPO und des Afrikanischen Nationalkongresses für ihre unveräußerlichen Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen".

I. STEPANOVA

„UNSERE EXISTENZ STEHT AUF DEM SPIEL“

Bundesdeutsche Wissenschaftler über die Gefahr eines Nuklearkrieges

„Als Genetiker weiß ich sehr wohl, welchen Einfluß radioaktive Strahlung auf den Menschen hat, weiß ich, was geschieht, wenn in einer dichtbesiedelten Gegend eine Atom- oder Neutronenbombe explodiert. Und ich spreche darüber mit meinen Studenten. Der Öffentlichkeit zu erklären, zu welchen Folgen ein Nuklearkrieg führen würde, ist die Pflicht der Wissenschaftler.“

Mein Gesprächspartner ist Prof. Peter Starlinger vom Institut für Genetik an der Kölner Universität. Seinerzeit unterzeichnete er als einer der ersten den Krefelder Appell, der von der BRD-Regierung verlangt, ihre Zustimmung zur Stationierung neuer US-Atomraketen zurückzunehmen. Heute ist Prof. Starlinger einer der Initiatoren des Kongresses der bundesdeutschen Wissenschaftler „Verantwortung für den Frieden“, der Anfang Juli in Mainz stattfinden wird.

„In beängstigender Weise werden seit zwei Jahren Pläne diskutiert, einen begrenzten Atomkrieg zu führen und zu

gewinnen. Schauplatz eines solchen Atomkrieges wären Europa und insbesondere unser Land...“, heißt es in dem Aufruf der Initiatoren des Kongresses. „Ein künftiger Atomkrieg wäre aber mit früheren Kriegen nicht mehr zu vergleichen... Jetzt stehen wir ... vor einer für unser Land folgensweren Entscheidung. Unsere nationale Existenz steht auf dem Spiel. Für dieses Jahr ist die Stationierung neuer, weitreichender, zielgenauer ... US-Mittelstreckenraketen vorgesehen. Sie werden die Kriegsgefahr ... erhöhen.“

Der Aufruf wurde bereits von an die tausend Wissenschaftlern unterzeichnet, darunter von über 200 Professoren. An einigen Instituten haben alle oder fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiter den Aufruf unterstützt.

„Die Teilnahme bundesdeutscher Wissenschaftler an der Friedensbewegung hat ihre Traditionen“, sagt Prof. Starlinger. „Ich möchte da nur an den Göttinger Appell von 1957 erinnern, in

dem sich 18 Nuklearphysiker gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr wandten. Doch besonders aktiv begannen sich die Wissenschaftler nach Annahme des NATO-„Doppelbeschlusses“ gegen die Nuklearkriegsgefahr zu wenden. An vielen Universitäten entstanden Foren von Naturwissenschaftlern, die für Frieden und Abrüstung eintreten.“

Das erste derartige Forum entstand im April 1981 an der Universität von Münster. Seine Teilnehmer setzten sich das Ziel, Wissenschaftler gegen die Stationierung neuer Raketen in der BRD zu gewinnen. Der entsprechende Aufruf wurde bereits von mehr als 1200 Personen unterzeichnet. Kürzlich veröffentlichten die Wissenschaftler aus Münster ein Dokument, in dem Reagans Pläne zur Schaffung eines gigantischen Komplexes von Antiraketenwaffen, die den USA angeblich vollständige Sicherheit geben würden, eingehend analysiert und kritisiert werden.

In dem Dokument werden Behauptungen des Präsidenten widerlegt, ein mit Laserwaffen ausgerüstetes Raketenabwehrsystem würde defensiven Charakter haben. Im Gegenteil würde es die Fähigkeit der USA zu einem nuklearen Erstschatz wesentlich erhöhen. Zweifelsohne wurde dieses System in den USA gerade in dieser Absicht erdacht.

Entgegen Reagans Behauptungen würde die Verwirklichung seines Programms die Gefahr eines Nuklearkrieges nicht verringern, sondern vergrößern, würde sie die Sicherheit der USA selbst und der Verbündeten nicht stärken, sondern schwächen. Es sei unvorstellbar,

UdSSR—FINNLAND

KLARE PERSPEKTIVEN

Erst vor kurzem begingen wir den 35. Jahrestag des sowjetisch-finnischen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vom April 1948. Dieser Vertrag war von bleibender Bedeutung für beide Staaten, er veränderte die Beziehungen zwischen der UdSSR und Finnland von Grund auf und wurde zum Fundament der allseitigen Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen. Der Vorteil, den die konsequente Verwirklichung seiner Bestimmungen beiden Nachbarländern gebracht hat, ist unumstritten und gewichtig. Eine große Rolle spielte und spielt dieser Vertrag auch bei der Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit in Nordeuropa und auf dem ganzen Kontinent.

Verständlich ist daher die große Aufmerksamkeit, mit der die Worte des Präsidenten Finnlands, Mauno Koivisto, aufgenommen wurden, als jener im April, bei den Feierlichkeiten, erklärte, die Zeit

sei gekommen, die Frage zu erörtern, wann man den Vorschlag für eine Verlängerung des Vertrages und für welchen Zeitraum unterbreiten solle. Dieser Tage trifft Präsident Mauno Koivisto auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Bei dem Besuch wird nach dem Beschluß der Seiten ein Protokoll über die Verlängerung der Laufzeit des Vertrages unterzeichnet werden.

Die Mitteilung der Präsidentenkanzlei über den bevorstehenden Besuch und die Vertragsverlängerung fand ein starkes Echo in der finnischen Presse. „Die Regierung Finnlands in ihrer neuen Zusammensetzung bekundet ebenso wie das vorhergehende Kabinett volle Unterstützung für den Präsidenten bei dessen Tätigkeit zur Durchführung der Außenpolitik des Landes entsprechend der Paasiki-

vi-Kekkonen-Linie, dem sowjetisch-finnischen Vertrag und den Interessen der Festigung des Friedens“, betonte u. a. die Zeitung „Suomen Sosialidemokraatti“.

Mauno Koivisto unterstrich bei einer kürzlichen Begegnung in Helsinki mit einer Gruppe sowjetischer Journalisten: Die Verlängerung des Vertrages in seiner unveränderten Form ist unter den heutigen internationalen Bedingungen ein überzeugender Beweis dafür, daß keinerlei konjunkturelle Veränderungen in der internationalen Politik die finnisch-sowjetische Zusammenarbeit erschüttern können.

Der Präsident betonte zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit die konkreteste Form der gutnachbarlichen Beziehungen ist, die sich zwischen Finnland und der Sowjetunion herausgebildet haben. Die UdSSR ist heute der größte Handelspartner Finnlands, klar sind auch die Perspektiven unserer Zusammenarbeit.

Eine nicht geringe Rolle spielen die bilateralen Beziehungen auch in der gesamteuropäischen Politik. In diesem



sagen die Verfasser des Dokuments, daß die Sowjetunion der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum tatenlos zusehen würde. Alles, was die USA zu entwickeln vermögen, könne gleichzeitig oder mit geringer Verzögerung auch von der Sowjetunion geschaffen werden. Der einzige Weg, eine neue Runde des Wettrüstens zu verhindern, sei, wie die Wissenschaftler aus Münster meinen, die Laser-Raketenabwehrsysteme zu verbieten, noch bevor sie in Produktion gehen. Ihre Stationierung widerspreche dem

Auf dem Ärztekongreß in München. Es spricht Prof. Küchenhoff

Foto aus: "Unsere Zeit" (BRD)

Geist des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme von 1972. Zwar ist im Vertrag nicht von Laser-Raketenabwehrsystemen die Rede, da deren Entwicklung damals schwer vorstellbar war. Nichtsdestoweniger besteht der Sinn des Vertrages darin, eine Destabilisierung der strategischen Lage durch die Entwicklung neuer Raketenabwehrsysteme und die damit verbundenen riesigen Ausgaben zu verhindern. Deshalb schlagen die Verfasser des Dokuments vor, der bestehende Vertrag solle durch ein Abkommen ergänzt werden, das die Raketenabwehrsysteme unabhängig davon, welche Waffen eingesetzt werden — Raketen oder Laserwaffen —, verbietet.

Bekanntlich wurde der Entwurf eines solchen Abkommens bereits im August 1981 von der Sowjetunion in der UNO vorgelegt. Doch die USA nehmen auch zu dieser Frage bislang eine negative Haltung ein.

In die breite Antikriegsfront haben sich auch die Mediziner eingereiht. Ein in zwei Teile gespaltenes Rotes Kreuz — dieses Symbol wählten sie für ihre Bewegung, als sie Ende April in München zum 3. medizinischen Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges zusammenkamen. Das bayerische Rote Kreuz verbot die Benutzung dieses Symbols und drohte den Kongreßteilnehmern hohe Geldstrafen an. Daraufhin wurde das Rote Kreuz durch ein schwarzes ersetzt und gewann dadurch an Symbolträchtigkeit. Seinen Sinn erklärten die Worte: "Wir werden Euch nicht helfen können." Die Ärzte werden den Menschen wirklich nicht helfen können, wenn ein Atomkrieg entfesselt

wird — das ist die Wahrheit, die man wissen muß.

Unterdes beabsichtigt die derzeitige BRD-Regierung, ein Gesetz zu erlassen, dem zufolge sich die bundesdeutschen Ärzte in "Katastrophenschutzmedizin" ausbilden lassen müssen. Dr. Knuf Sroka, ein Arzt aus Hamburg, bewertete das als "Bestandteil einer offensiven Kriegsvorbereitung". Dr. Till Bastian, Sohn des Ex-Bundeswehrgenerals und jetzigen Bundestagsabgeordneten, der für sein Auftreten gegen die NATO-"Nachrüstung" bekannt ist, erklärte:

"Wir alle wissen, daß ein Atomkrieg ... auch das Ende der Medizin bedeuten würde." Mit Katastrophenschutzmedizin "wird Volksverdummung betrieben und die Aufrüstungspolitik abgesegnet".

Der Kongreß verabschiedete eine Resolution, die einen Ausschluß der "Katastrophenschutzmedizin" aus dem ärztlichen Ausbildungsprogramm und statt dessen die Einbeziehung des Themas "Friedenssicherung und atomare Bedrohung" verlangt.

Die Initiatoren des im Juli einberufenen Kongresses "Verantwortung für den Frieden" hielten kürzlich in Bonn eine Pressekonferenz ab. Dabei wurde erneut deutlich, daß die Stationierung der US-Raketen in Europa die Gefahr eines Nuklearkrieges erhöhen würde.

Prof. Dürr, ein Physiker aus München, betonte, ein Nuklearkrieg bedeute das Ende der menschlichen Zivilisation. Er lehnte die These ab, der zufolge ein solcher Krieg gewonnen werden könne. Die Einführung immer neuer Waffensysteme destabilisiere die Weltlage. Wir brauchen, betonte Prof. Dürr, eine Sicherheitspolitik, die sich nicht auf Konfrontation, sondern auf Zusammenarbeit zwischen Ost und West gründen würde.

Prof. Dittfurth erklärte, die neuen US-Raketen stellten eine Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik dar. Die Ergebnisse der kürzlichen Bundestagswahlen, meint er, bedeuteten keineswegs, daß die Regierung das Mandat für deren Stationierung erhalten habe. Erforderlich sei ein Referendum zur Raketenfrage.

Auf die Fragen der Korrespondenten, wie die Teilnehmer der Pressekonferenz den kürzlichen Aufruf der sowjetischen Wissenschaftler an alle Wissenschaftler der Welt einschätzten, sagte Prof. Dittfurth: "Ich begrüße die Initiative der sowjetischen Wissenschaftler und meine, daß sie von ihren Kollegen im Westen unterstützt werden wird. Wir sind an einem Dialog mit den sowjetischen Wissenschaftlern interessiert. Ich weiß: Was die Bewahrung des Friedens angeht, denken sie ebenso wie wir. Die Wissenschaftler in Ost und West müssen gemeinsam nach einem Weg suchen, um die Welt vor der Katastrophe zu bewahren."

A. TOLPEGIN
Eigenbericht

Bonn

Zusammenhang erinnerte Mauno Koivisto zur Frage der Erklärung Nordeuropas zur atomwaffenfreien Zone an den Vorschlag, den Urho Kekkonen vor 20 Jahren unterbreitet hatte. Er behält auch heute seine Aktualität. Der Präsident betonte, daß in Finnland mit großer Genugung die kürzlich vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Juri Andropow, abgegebene Versicherung aufgenommen wurde, daß die UdSSR den Vorschlag Finnlands für die Verwandlung Nordeuropas in eine atomwaffenfreie Zone vorbehaltlos unterstützt, sowie die Bereitschaft der Sowjetunion, die Frage einiger wesentlicher Maßnahmen bezüglich ihres eigenen Territoriums, das an diese Zone anschließt, zu prüfen. Das würde zweifellos zur Festigung des atomwaffenfreien Status Nordeuropas beitragen.

Der Präsident betonte, daß in Finnland die Ergebnisse der Zusammenarbeit beider Länder hoch eingeschätzt werden.

Zweifelsohne wird der bevorstehende Besuch einen großen Beitrag zur Festigung der sowjetisch-finnischen Zusammenarbeit in Europa leisten.

D. KARTASCHEW

VOR DEN WAHLEN

Italien ist wieder einmal vom Wahlfieber gepackt. Am 26. und 27. Juni werden 45 Millionen Italiener den Senat und die Abgeordnetenversammlung wählen. Danach wird die 44. Nachkriegsregierung Italiens gebildet werden.

Erinnern wir uns: Formeller Anlaß für den Rücktritt des vorhergehenden Kabinetts (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberale) waren Differenzen zwischen der Democrazia Cristiana (DC) und der Sozialistischen Partei Italiens (PSI). Die wirkliche Ursache aber war die chronische Unfähigkeit der herrschenden Klasse, eine politische Führung zu gewährleisten, die den im Lande entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Realitäten entsprechen würde.

Auf einer kürzlichen Tagung der Führung des Industriellenverbandes Confindustria wurden offen der Rücktritt der Regierung Fanfani, die Auflösung des Parlaments und vorgezogene Wahlen verlangt. Noch nie, selbst nicht unter Angelo Costa, dem harten und autoritären Confindustria-Führer der 60er Jahre, hatten sich die Unternehmer so gegen die Regierung aufgelehnt. Sie meinten, Regierungen zu stürzen, sei nicht ihre Sache. Doch die Unzufriedenheit über das Vierparteienkabinetts Fanfani wurde so stark, daß die ungeschriebenen Regeln einfach "vergessen" wurden.

Dafür gibt es mehr als genug Gründe. Über die Hälfte der Betriebe sind nur zu

50% ausgelastet. 1982 ging die Industrieproduktion um 6% zurück, und dieser Prozeß hält im laufenden Jahr an. Die Inflationsraten liegen bei über 16%, während sie in den EG-Ländern durchschnittlich auf 9% und in den USA auf 4% fielen. Italien liegt gegenüber anderen Industriestaaten technologisch weit zurück. Seine Erzeugnisse werden immer weniger konkurrenzfähig. So gehen Märkte und Profite verloren.

Die dringend notwendige Modernisierung der Produktion, die in den größten westlichen Ländern in vollem Gange ist, hat in Italien erst begonnen. Sie wird vor allem durch den akuten Geldmangel gebremst, der durch den Kapitalabfluß in die USA (wegen der dortigen hohen Diskontsätze) und das riesige Haushaltsdefizit hervorgerufen ist. 1983 wird es Prognosen zufolge 100 Billionen Lire übersteigen. Um ein derartig gigantisches Passivsaldo zu finanzieren (allein für die Kreditzinsen muß die Regierung jährlich 125 Md. Lire aufbringen), muß die Regierung ständig zu Anleihen Zuflucht nehmen, was die Möglichkeiten der Unternehmer beschränkt, Bankkredite aufzunehmen.

Natürlich könnte man für Ordnung in den Staatsfinanzen sorgen, einen ernsthaften Kampf gegen die Steuerhinterziehungen der Reichen aufnehmen, den aufgeblähten und ineffektiven bürokratischen Apparat verkleinern, die Unterschiede in den Formen und der Höhe der Entlohnung beseitigen, die Ver-



schleuderung von Mitteln im Interesse verschiedener "Pressure Groups" beenden. Das würde es erlauben, das Haushaltsdefizit zu decken und viele Billionen Lire aus den unproduktiven Bereichen in den Produktionsbereich zu überführen.

Doch gerade hier ist der Widerstand gegen die Veränderungen am erbittertesten. Vor allem seitens der DC. Der bürokratische Dschungel, das Lohnwarrumpel wie das verzweigte System der "sozialen Pflege" mit in Jahrzehnten herausgebildeten Methoden, bestimmten Gesellschaftsschichten Almosen zukommen zu lassen — all das ist nicht einfach das Fundament der DC. Das ist ihr Nährboden. Gerade über die Kanäle der staatlichen Finanzierung verbreitet sich die Macht der DC "vor Ort", und in entgegengesetzter Richtung kommen dann die Wahlzettel. Zudem verfügen die wichtigsten monopolistischen Gruppen innerhalb wie außerhalb Italiens einstweilen über keine politische Kraft, die in der Lage wäre, zumindest auf Zeit die DC zu ersetzen, die allein oder mit Juniorpartnern bereits über 35 Jahre regiert.

Ebendeshalb ist die scharfe Kritik der Unternehmer an den Christdemokraten eher ein Propagandatrick. In Wirklichkeit will die überwiegende Zahl der Bosse die

NEUE UNTAT DER RASSISTEN

Die Zahl der Opfer des "unerklärten Krieges", den die rassistische RSA gegen die Nachbarstaaten führt, nimmt zu. 7 Tote und 40 Verwundete, darunter Frauen und Kinder — das ist das Ergebnis des barbarischen Überfalls der RSA-Luftwaffe vom 23. Mai auf einen Vorort von Maputo, der Hauptstadt der VR Mocambique. An diesem Überfall nahmen AFP zufolge 5 bis 10 Kampfflugzeuge teil. Sie flogen in geringer Höhe, wobei sie Bomben abwarfen und aus MGs schossen. Die rassi-

stischen Raubvögel tauchten über dem Vorort von Maputo frühmorgens auf, als die Menschen zur Arbeit eilten.

Die RSA-Behörden brüsteten sich ungehört mit ihrem Überfall auf das Nachbarland. RSA-Verteidigungsminister Malan bestätigte den Luftüberfall, doch hierbei wiederholte er die für Pretoria bereits übliche Lüge, Militärlagerstützpunkte der südafrikanischen Partisanen seien bombardiert worden.

Der Präsident von Mocambique, Samora Machel, und die Führung des afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika wiesen kategorisch Malans Lüge zurück, indem sie erklärten, bei Maputo gäbe es keinerlei Militärlagerstützpunkte oder Lager der Partisanen. Nicht um nichtexistente Basen von Partisanen des ANC und der SWAPO zu zerschlagen, verüben die Rassisten ihre Überfälle auf Nachbarländer. Diese Operationen sind vom Streben Pretorias bestimmt, die freiheitliebenden Völker von Mocambique, Angola und anderen Ländern des südlichen Afrika in die Knie zu zwingen und seinem Diktat zu unterwerfen, sie zu stören, ihre Wirtschaft zu entwickeln und die Unabhängigkeit zu festigen. Die RSA-Behörden wollen die Frontstaaten ferner zwingen,

Schwierigkeiten auf "klassische Weise" überwinden — durch ein "Programm von Blut und Tränen": durch die Kürzung der Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen, für kommunale Belange, durch die Beschränkung der Rechte der Gewerkschaften und die Anhebung der Steuern. Seit 1979 sind die Einkommensteuern von 41 auf 75% der Gesamtsteuersumme gestiegen. Zugleich sank der Anteil der Immobiliensteuern von 18 auf 3,4% und der der Betriebssteuern von 23 auf 19,3%.

All das brachte die PSI in eine sehr schwierige Lage. Ende April wurde den meisten PSI-Führern klar, daß sie nicht weiter in der Regierung verbleiben könnten. Die Sozialisten wurden nicht nur immer stärker isoliert und ihnen die Möglichkeit genommen, "von links" Einfluß auf die Regierungspolitik auszuüben. Als Koalitionsmitglied hätte die PSI die Verantwortung für das Scheitern der Wirtschaftspolitik Fanfanis tragen müssen. In der Partei begann es zu gären, die Unzufriedenheit in den von der PSI kontrollierten Gewerkschaften und anderen Organisationen nahm zu und ein Stimmenverlust bei den Wahlen drohte.

Einige PSI-Führer meinen, es sei notwendig geworden, eine breite Übereinstimmung zwischen allen fortschrittlichen und linken Kräften zu erreichen. Ein solcher Block könnte, wie Beobachter meinen, ca. 50% der Wähler vereinen. Das würde es, wie eine Reihe von PSI-Führern meinen, der Partei erlauben, eine Rolle zu spielen, wie die Sozialisten in anderen westeuropäischen Ländern. Für eine solche Übereinstimmung treten auch die Kommunisten

ein. Doch die Führung der PSI lehnt die Bildung eines Kabinetts ab, dem beide Parteien angehören würden. In ihrer Wahltaktik setzt sie auf eine Schwächung der Positionen der DC, wobei sie hofft, mehr Stimmen als früher und den Sessel des Premiers zu erhalten.

Was die DC angeht, so unternimmt ihre Führung, in der der Einfluß des rechten Flügels immer stärker zu spüren ist, jetzt nicht wenige Anstrengungen, um zu beweisen: Die Christdemokraten seien eine moderne, pragmatische, dynamische Partei, die die breite Unterstützung der Wähler zu gewinnen vermöge, besonders in den Industrieregionen, den Großstädten und bei den Mittelschichten, daß sie den Erfolg der CDU/CSU in der BRD werde wiederholen können. Zu den Wahlen geht die DC mit einem Programm, das den Stempel des Thatcherismus und der Reaganomics trägt. Das politische Hauptziel ist, die Rechtswende fortzusetzen und bei den Wahlen Ergebnisse zu erzielen, die entweder ihr erlauben, ohne Sozialisten zu regieren, oder die PSI zwingen, sich mit einer untergeordneten Stellung in der künftigen Koalition abzufinden.

Ob diese Rechnungen aufgehen werden? Die jüngsten Meinungsumfragen signalisieren eine sich vertiefende Kluft zwischen Staatsinstituten und Land, zwischen Regierung und Volk und daß — eine für Italien neue Erscheinung — die Zahl derjenigen zunimmt, die an den Wahlen nicht teilnehmen wollen. Das ist eines der deutlichsten Symptome dafür, daß die Italiener der endlosen Versprechen überdrüssig sind, daß sie tatsächliche Veränderungen erhoffen.

L. MAKAREWITSCH

nicht mehr den gerechten Kampf des afrikanischen Volkes der RSA gegen das Apartheid-Regime und der Namibier gegen die RSA-Herrschaft über ihre Heimat zu unterstützen.

Die RSA verstärkte ihre Aggressionsakte gegen die Nachbarländer, nachdem in den USA die Reagan-Administration an die Macht gekommen war, die offen einen Kurs auf Zusammenarbeit mit dem Rassenregime proklamierte. Der jüngste Überfall wäre nicht verübt worden, wenn das RSA-Regime nicht die Unterstützung der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, hätte. Washington hat auch diesmal die Untaten seines Schützlings nicht verurteilt und sich auf eine heuchlerische Beileidsbekundung wegen der

Gewalt im südlichen Afrika beschränkt. Allein die Duldung seitens der USA erklärt Pretorias unverhohlene Drohung, auch in Zukunft derartige Strafaktionen "zu jedem Augenblick und an jedem Ort" zu unternehmen.

In der Sowjetunion wurde ebenso wie in anderen Ländern die Nachricht von der neuen Untat der Rassisten mit Empörung aufgenommen. Die UdSSR, heißt es in der TASS-Erklärung vom 28. Mai, hält es für notwendig, ein weiteres Mal ihre Solidarität mit Volksmocambique, ihre feste Unterstützung für das mocambiqueische Volk in dessen unbeugsamen Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus, des Kolonialismus und des Rassismus zu bekunden.

L. SKURATOW

NZ

KOMMENTAR

STÜTZE

DES AGGRESSORS

Am 5. Juni begeht die Weltöffentlichkeit den Internationalen Tag der Solidarität mit den arabischen Völkern. An diesem Tag im Jahre 1967 entfesselte Israel seinen Aggressionskrieg gegen die arabischen Länder. Vor einem Jahr verübte Tel Aviv an diesem Datum eine weitere Aggression — gegen Libanon.

Jetzt wie früher, stützen sich die israelischen Zionisten in ihrer Aggressionspolitik auf die USA als Verbündeten und Beschützer.

Israel, das von den USA großzügig ausgerüstet wird, agiert faktisch als Stoßtrupp des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten, der den Weg zur Errichtung der US-Hegemonie in der Region bahnt. Die USA und Israel sind "strategische Verbündete". Sie wollen keine gerechte Nahostregelung, keine Lösung der Palästina-Frage, die ohne die Schaffung eines selbständigen Palästina-Staates undenkbar ist.

Erinnern wir uns an die Vorgänge des vergangenen Jahres. Nachdem der zionistische Militärklüngel Südlibanon besetzt hatte, übten die Emissäre des Weißen Hauses brutalen Druck auf Beirut aus, um ihm das "Friedensabkommen" mit Israel aufzuzwingen. Dieses "Abkommen" legt nicht dem Aggressor Verpflichtungen auf, sondern dessen Opfer, Libanon, dessen Souveränität verletzt ist. Washington sichert Tel Aviv in Fortführung der Politik von Camp David ein Hinterland jetzt schon vom Norden her für neue Überfälle auf die arabischen Länder, vor allem auf Syrien. Doch das Hauptziel der USA bestand in der Stärkung der eigenen Militärpräsenz im Nahen Osten. Jetzt entstand — ebenso wie nach Camp David auf der ägyptischen Sinaihalbinsel — eine weitere Bastion des US-Imperialismus, und zwar auf libanesischem Boden. Die Reagan-Administration, die das eigene Versprechen brach, US-Truppenkontingente würden nur begrenzte Zeit in Libanon stehen, beabsichtigt jetzt, einen Teil libanesischen Territoriums durch eigene Truppen unter der Flagge der "multinationalen Kräfte" faktisch fristlos zu okkupieren.

Der amerikanisch-israelische Anschlag auf die souveränen Rechte der Araber, die volle Ignorierung der Nöte und Hoffnungen des leidgeprüften palästinensischen Volkes und die wachsende Gefahr einer neuen israelischen Aggression gegen Syrien — all das verlangt die verstärkte Unterstützung der Friedenskräfte für die Völker des arabischen Ostens.

D. SGRSKI

DAS WORT — UNSERE WAFFE

40 Jahre „Neue Zeit“

Am 1. Juni wurde unsere Zeitschrift 40 Jahre alt. Natürlich ist das nicht das wichtigste Ereignis. Doch für uns Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ ist das eine bedeutende Etappe unserer Arbeit, unseres Lebens. Wurden ja in vier Jahrzehnten 1981 Nummern der Zeitschrift herausgebracht. Und in jede von ihnen legten wir unsere schöpferische Arbeit... Natürlich ist da der Wunsch, das Vergangene zu überschauen und sich Gedanken über die Zukunft zu machen.

In einer für das Sowjetvolk schweren Zeit entstand unsere Zeitschrift. Zu Ende ging das zweite Jahr des schweren, verlustreichen Krieges gegen Hitlerdeutschland. Hinter uns lagen die Niederlage der Hitlerfaschisten bei Moskau und der große Sieg der Roten Armee an der Wolga. Die Legende von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Horden war in sich zusammengebrochen, eine grundlegende Wende des Krieges eingeleitet. Es war deutlich: Würden die Verbündeten von Westen her eingreifen, würden sie die zweite Front eröffnen, dann würde der Krieg bald ein Ende nehmen. Das verstanden natürlich die führenden Politiker Großbritanniens und der USA. Sie verstanden es — und zögerten. Als folgten sie dem Rat eines Senators, der später Präsident der Vereinigten Staaten wurde: Man müsse so agieren, daß sich Russen und Deutsche „je mehr, desto besser“ umbrächten. Natürlich wurde die zweite Front zum Gegenstand scharfer Polemiken zwischen Moskau einerseits, Washington und London andererseits.

Auch andere Streitfragen tauchten auf. Wie würde die Macht auf den Territorien der vom Faschismus befreiten Länder aussehen? Wie sollte Deutschland nach der Niederlage der Hitlerfaschisten werden? Wie sollte man sich zum nationalen Befreiungskampf stellen, der sich in verschiedenen Weltregionen entfaltete? Was waren die aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung, der Tätigkeit der Gewerkschaften unter den Bedingungen des zweiten Weltkrieges? Man darf nicht vergessen, daß, obgleich die UdSSR, die USA und Großbritannien militärische Verbündete waren, es sich um Länder mit unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung handelte.

Viele Fragen verlangten eine Erörterung nicht nur über geheime diplomatische Kanäle, sondern auch offen — in der Presse. Die Presse der Alliierten äußerte die widersprüchlichsten Meinungen zu verschiedenen internationalen Fragen. In dieser Lage eben wurde es notwendig, ein Presseorgan der sowje-

tischen Öffentlichkeit zu schaffen, in dem man die brennendsten Fragen aufwerfen und erörtern konnte. Dieses Organ wurde eine Zeitschrift unter dem denkwürdigen Titel „Der Krieg und die Arbeiterklasse“. Ihre ersten Nummern, die Anfang Juni 1943 an den Moskauer Kiosken auftauchten, lösten eine Sensation aus.

Die Zwei-Wochen-Zeitschrift hatte einen bescheidenen Umschlag, einen dünnen Umfang und ein kleines Format. Doch jede ihrer Nummern war sofort ausverkauft. Ausländische Korrespondenten stürzten sich auf die Zeitschrift, oft wurde sie zitiert und wurden die erschienenen Artikel referiert.

Dieses Interesse war verständlich. Die neue Zeitschrift analysierte die internationale Lage und die Situation an den Fronten von Klassenpositionen, sie war nicht durch diplomatische Regeln beengt und nannte die Dinge bei ihrem Namen, selbst wenn das für unsere Verbündeten unangenehm war. So schrieb die Zeitschrift über die wahren Ursachen der Verzögerung bei der Eröffnung der zweiten Front in Europa, über Gerüchte betreffend Separatkontakte der westlichen Verbündeten mit den Hitlerfaschisten und äußerte ihre Meinung zur reaktionären Politik der Besatzungsbehörden der Westmächte in den vom Faschismus befreiten Staaten — wie z. B. in Italien und Griechenland.

Natürlich waren die Beiträge der Zeitschrift nicht gerade nach dem Geschmack der führenden Politiker der Westmächte. So hielt es der britische Premier Winston Churchill für nötig, sich beim sowjetischen Regierungschef in einer Botschaft vom 24. Januar 1944 zu beschweren: „Jeden Tag erhalte ich lange Auszüge aus der Zeitschrift 'Der Krieg und die Arbeiterklasse', die offenbar ständige Attacken von links auf unsere Verwaltung in Italien und die Politik in Griechenland

verübt.“ Worauf Josef Stalin in einer persönlichen Botschaft an Winston Churchill vom 29. Januar 1944 so antwortete: „Von der Zeitschrift 'Der Krieg und die Arbeiterklasse' kann ich sagen, daß es eine Gewerkschaftszeitschrift ist, für deren Artikel die Regierung nicht die Verantwortung tragen kann. Im Übrigen ist die Zeitschrift wie auch unsere anderen Zeitschriften dem Hauptprinzip treu — der Festigung der Freundschaft mit den Verbündeten, was freundschaftliche Kritik nicht ausschließt, sondern vielmehr voraussetzt.“

Doch dann kam der Tag des Sieges — der Große Vaterländische Krieg endete mit der Zerschlagung Hitlerdeutschlands. Natürlich mußte der Name der Zeitschrift geändert werden. Im Juni 1945 erschienen auf ihrem Titelblatt die Worte „Neue Zeit“. Dieser Name brachte das Streben der sowjetischen Öffentlichkeit wie aller ehrlichen Menschen der Erde zum Ausdruck, die Beziehungen zwischen den Staaten auf der neuen Grundlage, die die gemeinsamen Anstrengungen der Staaten und Völker im Kampf gegen den Faschismus gelegt haben, zu entwickeln. Von den ersten Nachkriegswochen an wurde zur Devise der Zeitschrift der Kampf für dauerhaften Frieden, für die Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern.

Dieser unserer Hauptlinie blieben wir auch treu, als die herrschenden Kreise des Westens den kalten Krieg entfesselten. Viele bürgerliche Massenmedien starteten eine skrupellose Hetzkampagne gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. Den Erfindungen und Verleumdungen setzte unsere Zeitschrift die Wahrheit über die sozialistischen Länder, über ihr Streben nach Frieden und Zusammenarbeit entgegen. In jeder Nummer setzte sich die Zeitschrift für die Zügelung der Kräfte des Krieges, für Abrüstung und Entspannung ein, und als diese dann Anfang der 70er Jahre kam — für deren Entwicklung und Vertiefung.

Die Zeitschrift fand immer mehr Leser. Im Januar 1945 begann sie auch in

Die deutsche Ausgabe unserer Zeitschrift ist in Arbeit



Englisch, im April 1945 in Französisch, im Juli 1945 in Deutsch, im November 1951 in Spanisch zu erscheinen. 1978 kam die portugiesische Ausgabe, 1980 die italienische hinzu. Jetzt erscheint die "Neue Zeit" in 7 Sprachen in Moskau. Ferner wird sie in Prag, in Tschechisch, und in Warschau, in Polnisch, verlegt. Die Gesamtauflage liegt bei 600 000. Die Zeitschrift wird in 113 Ländern vertrieben. Mit Aeroflot-Flugzeugen geht sie in alle Welt.

Einige andere technische Einzelheiten, die den Leser möglicherweise interessieren werden. Die Zeitschrift wird in der Druckerei des Verlages Moskowskaja Prawda gedruckt, mit dem uns langjährige freundschaftliche Beziehungen verbinden. Wir arbeiten im Wochenrhythmus. Mittwochs, auf der Redaktionskonferenz, kann jeder ihrer Teilnehmer seine Vorschläge für den Inhalt des nächsten Heftes machen. Die Entscheidung trifft dann das Redaktionskollegium, das zweimal die Woche tagt. Freitags bestätigt es den ursprünglichen Plan für die laufende Nummer, und am Montag nimmt es daran Änderungen unter Berücksichtigung der internationalen Ereignisse vom Wochenende vor. Redaktionsschluß ist am Dienstag Mittag. Am Mittwoch geht das Heft in Druck, und ab Freitag gelangt es an die Kioske und zu den Abonnenten. Für die Fremdsprachenausgaben ist dieser Zyklus um einige Tage verschoben.

Die Qualität jeder Ausgabe hängt bekanntlich vor allem von deren Autoren ab. In dieser Hinsicht kann sich die "Neue Zeit" glücklich schätzen. In der Zeitschrift wurden Artikel solcher Persönlichkeiten der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung veröffentlicht wie Ho Chi Minh, Palmiro Togliatti, Jumshagin Zedenbal, Pham Van Dong, Rodney Arismendi, Dolores Ibarruri und vieler anderer. Unter den sowjetischen Autoren waren Otto Kuusinen, Justas Paletskis, die Akademiemitglieder Jewgeni Tarle, Jewgeni Wurga, Iwan Maiski, Stanislaw Strumilin, die Schriftsteller Konstantin Fedin, Nikolai Tichonow, Konstantin Simonow, Konstantin Paustowski, Ilija Ehrenburg, Boris Polewoi... Die Stafette wird weiter gereicht. Die "Neue Zeit" hat allen Grund, stolz zu sein auf ihre nebenberuflichen und hauptberuflichen Autoren, deren Namen in der Sowjetunion wie im Ausland wohl bekannt sind. In der Redaktion tritt die junge Journalistengeneration, die ihr Können vervollkommen, immer mehr hervor. Einen wichtigen Beitrag zur Zeitschrift leisten unsere ständigen Auslandsberichterstatter — es sind zehn.

Von welchen Kriterien läßt sich das Redaktionskollegium bei der Planung des Inhalts der Nummer leiten?

Vor allem von dem Streben, den Lesern zu helfen, die wichtigsten Ereignisse der Woche zu durchdenken. Unser Jahrhundert ist reich, ja überreich an Informationen. Sie dringen aus Presse, Rundfunk und Fernsehen auf uns ein. Oft ist es schwer, die Hintergründe zu verstehen. Und da

kommen Zeitschriften zu Hilfe. Die "Neue Zeit" informiert nicht nur über internationale Ereignisse, sondern analysiert sie auch, wobei sie das einzig richtige Kriterium, den Marxismus-Leninismus, anwendet. Wir berichten dem sowjetischen und dem ausländischen Leser über die außenpolitischen Schritte der KPdSU und der Sowjetregierung, darüber, welche aktuellen Aufgaben von den sozialistischen Staaten gelöst werden und was in der kapitalistischen Welt geschieht. Hierfür werden die verschiedensten Genres genutzt — von umfangreichen analytischen Beiträgen bis hin zu kurzen Notizen.

Die Aktualität der Themen, die Bereitschaft zum Disput mit unseren ideologischen Opponenten — das ist das wertvolle Erbe der Zeitschrift "Der Krieg und die Arbeiterklasse", das von der "Neuen Zeit" sorgsam bewahrt wird. Wir diskutieren mit Premiers, Außenministern, führenden Politikern und Journalisten des Westens. Es kommt vor, daß wir auch mit Freunden polemisieren müssen, besonders wenn es um die klassenmäßige Einschätzung bestimmter Ereignisse geht.

Die Tatsache, daß die "Neue Zeit" das Gespräch zugleich mit zwei Auditorien — dem sowjetischen und dem ausländischen — führt, stellt uns vor eine nicht leichte Aufgabe: die Beiträge so vorzubereiten, daß sie für die Leser sowohl in der UdSSR als auch im Ausland verständlich und interessant sind. Unsere Fremdsprachenausgaben folgen in der Regel dem russischen Original.

Und noch etwas: Wir sind für seriöse Journalistik. In der bürgerlichen Journalistik heißt es, wenn ein Hund einen Menschen beißt, dann sei das kein Thema. Nur umgekehrt werde daraus eine "Sensation". Uns aber interessiert nicht, wenn ein Mensch einen Hund beißt. Doch wenn das Teuerste, was die Menschen haben — ihr Leben — gefährdet wird, wenn unser Land, unser Volk verleumdet werden, dann schont die "Neue Zeit" niemanden.

Wovon wir träumen? Wir wollen mehr Leser in der UdSSR wie durch neue Fremdsprachenausgaben gewinnen. Wir träumen von einer Zeitschrift mit größerem Umfang, vorzüglich illustriert, mit vielfarbigen Titelbild, gedruckt auf ausgezeichnetem Papier. Wir wollen keine Schnitzer in unserer Arbeit zulassen — damit unsere Beiträge immer ins Ziel treffen, ein Echo, Briefe und Diskussionen auslösen.

Doch vor allem wünschen wir dauerhaften Frieden, die brüderliche Zusammenarbeit aller Völker der Erde, die Einstellung des Wetrüstens, daß die Atomwaffen auf dem Müllhaufen der Geschichte landen.

Um diese edlen Ziele zu erreichen, wird unsere Zeitschrift selbstlos und unermüdlich arbeiten, wobei sie eine mächtige Waffe in ihrem Arsenal benutzt, die Waffe des Wortes.

M. FJODOROW
Chefredakteur der "Neuen Zeit"

NZ

KOMMENTAR

DAS GESICHT DER CDU

Die größte bürgerliche Partei der BRD, die Christlich-Demokratische Union, hielt ihren ordentlichen 31. Parteitag als führende Kraft der Regierungskoalition ab.

Kurz vor Kongreßöffnung erklärte der CDU-Vorsitzende und BRD-Kanzler Helmut Kohl, der Parteitag solle das "Gesicht" der Union demonstrieren.

In seinem Referat vor den 781 Parteitage delegierten ging Helmut Kohl auf einige Aspekte der Innen- und Außenpolitik des von ihm geleiteten Kabinetts ein. Doch die Hauptprobleme wurden nur gestreift. Das CDU-Forum lieferte keinerlei Rezepte für eine Gesundung der Wirtschaft und die Lösung des Problems Nr. 1, der Arbeitslosigkeit — obgleich z. B. dem Thema "Jugendarbeitslosigkeit" eine Sondertagung gewidmet war. Wiederholt wurde auf dem Parteitag von "Gerechtigkeit" und "Harmonie" in der Gesellschaftspolitik, von der Notwendigkeit einer "Erneuerung der Marktwirtschaft" gesprochen. Doch in Wirklichkeit läuft all das darauf hinaus, die Unternehmertätigkeit zu fördern sowie staatliche Eingriffe in die Wirtschaft abzubauen und auf Kosten der ärmsten Schichten der bundesdeutschen Gesellschaft Einsparungen vorzunehmen. Von welcher Gerechtigkeit und Harmonie kann da die Rede sein?

Zum außenpolitischen Kurs der neuen Koalition, betonte Helmut Kohl, daß realistische, konstruktive Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion den Interessen der Völker beider Staaten entsprechen. Zugleich hob er die Treue der BRD zum Bündnis mit den Vereinigten Staaten hervor. Seinen Worten zufolge basiert auf dieser Grundlage auch die Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Zu einer Reihe von Fragen wurden in dem Referat Positionen bekräftigt, die keineswegs zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen der BRD und ihren Nachbarn im Osten beitragen.

Der CDU-Vorsitzende ging auch auf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa ein. Wie früher unterstützte er eindeutig die Haltung Washingtons, das bekanntlich eine Übereinkunft in dieser Schlüsselfrage unseres Kontinents blockiert.

Auf dem Parteitag wurden die Führungsorgane der CDU gewählt. Parteivorsitzender wurde erneut Helmut Kohl, der bereits zehn Jahre dieses Amt bekleidet.

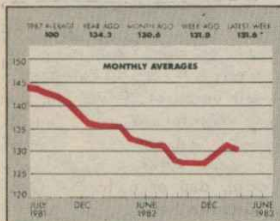
D. POGORSHELSKI

BALD KOMMT ER, BALD...

Amerika ist in die Periode "zuverlässigen wirtschaftlichen Wachstums" getreten, behauptet in der "Washington Post" US-Finanzminister Donald Regan. Es sei nur erforderlich, daß "der Aufschwung weltweit wird". Eben darin bestehe, schreibt der Minister, die "zentrale Aufgabe" des Gipfels der sieben bedeutendsten kapitalistischen Länder vom 28. bis 30. Mai. Die "amerikanische Strategie in Williamsburg" (ebenso heißt der Artikel Donald Regans) läuft auf die Formel hinaus — folgt uns, und dann wird alles okay.

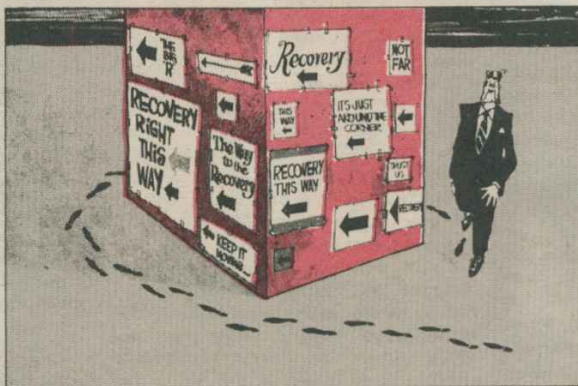
Verständlich ist daher das große Interesse für die Lage in den USA und der gesamten kapitalistischen Welt, die von einer in der Nachkriegszeit nie dagewesenen Wirtschaftskrise erfaßt wurde. Um so mehr, da das Weiße Haus wiederholt versicherte, der Aufschwung komme bald...

Einige Kennziffern zeigen: Am Ende des Tunnels der Krise, in die die US-Wirtschaft vor bereits drei Jahren gelangte, ist offenbar eine Lichtspur zu sehen. Dem Schaubild aus der Wochenschrift "Business Week" zufolge hat die geschäftliche Aktivität in den USA im ersten Quartal 1983 leicht zugenommen. Doch kaum hatte



die den Stand des Vorjahres erreicht, da sei sie wieder gefallen. Die Wochenschrift prophezeit: "Im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Jahres 1983 wird das zweite Quartal eine bescheidene Verbesserung bringen." Der Grund dafür sei, klagt die Zeitschrift, daß die Ver-

brauchernachfrage nicht zunimmt und das zweite Jahr hintereinander die Kapitalinvestitionen weiter zurückgehen. Bezeichnend sei auch, daß der überwiegende Teil der neuen Aufträge in der verarbeitenden Industrie auf Bestellungen des Pentagon entfiel,



An der Litfaßsäule die Aufschriften: "Aufschwung bereits um die Ecke", "Aufschwung auf dieser Seite", "Gehen Sie weiter", "Ne-benan" und "Glaubt uns". Zeichnung aus: "Business Week" (USA)

während in den zivilen Wirtschaftsbereichen das Auftragsvolumen seit letztem Sommer nicht zugenommen hat.

Nicht besser wird auch die Beschäftigungslage, wovon die wachsende Zahl von Anträgen auf Arbeitslosenunterstützung zeugt. Wie in den vergangenen Jahren wächst das Handelsbilanzdefizit weiter. Doch die größte wirtschaftliche Gefahr sei, betont die Wochenschrift, das Defizit des Bundeshaushaltes, das das Schatzamt zwingt, riesige Summen auf dem Kreditmarkt aufzunehmen. Das führe zur Aufrechterhaltung hoher Diskontsätze, was eine Belebung der geschäftlichen Aktivität bremsen. "Obgleich ein gewisser Aufschwung begonnen hat", meint die "Business Week", "erlangt er nichtsdestoweniger keine Kraft. Im Grunde stimmen alle Wirtschaftswissenschaftler, dar-

unter die in Washington, jetzt darin überein, daß das Wirtschaftswachstum im ersten Jahr des Aufschwungs verlangsamt sein wird."

Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler — um so mehr die in Washington — erkennen die marxistische Periodisierung der Phasen des Wirtschaftszyklus nicht an, der zufolge dem Aufschwung gewöhnlich eine

Depression vorausgeht. Je tiefer die Krise, desto länger dauert die Flaute. So war es vor einem halben Jahrhundert, als die "große Krise" der Jahre 1929–1933 von der lang anhaltenden Depression abgelöst wurde. So ist es auch heute — wie sehr die Gastgeber von Williamsburg ihren Gästen auch weismachen suchen, ein "weltweiter Aufschwung" komme bald.

Den Ergebnissen der Gespräche von Williamsburg zufolge glauben Reagans Partner nicht an einen "weltweiten Aufschwung". Statt dessen erklärten sie sich, um die "Einheit des Westens" zu bewahren, bereit, die vom Präsidenten vorgeschlagene gemeinsame Erklärung zu unterschreiben, neue Pershings und Cruise Missiles in Europa stationieren zu wollen, obgleich diese mit dem "Weltwirtschaftsgipfel" nichts zu tun haben.

Ob die Verbündeten wirklich hoffen, gerade die Euroraketen würden den langersehnten Aufschwung bringen?

F. GORJUNOW

KREISE IM WASSER

"Die Jagd auf die U-Boote" (lin-sowjetische) "ist beendet", meldet die schwedische Zeitung "Dagen Nyheter". Es wurde befohlen, die Suche und Verfolgung einzustellen. In der Region, wo die U-Boote aufgespürt werden sollten, gibt es sich offenbar nicht mehr. Doch einige Dienste sind nach wie vor in Bereitschaft, um erneut, falls erforderlich...

Anlässlich des Abschlusses der "Jagdsaison" wurde eine Pressekonferenz abgehalten. Generalmajor Rolf Wigur jammerte: Wir haben getan, was wir konnten, doch nichts entdeckt. Wir hatten Pech.

Ja Pech, da nicht die geringsten Beweise dafür gefunden wurden, daß es die U-Boote überhaupt gab. Und wenn es sie gäbe, dann müßten es unbedingt "sowjetische" gewesen sein. Oder doch zumindest von einem Land des Warschauer Paktes. Ob Herr Wigur trotz allem bereit sei zu behaupten, in schwedischen Ho-

RAKETEN

Das Bonner Innenministerium hat im Sommer 1982 starke Beruhigungsmittel eingekauft — über 500000 Ampullen und 2 Millionen Tabletten. Wen wollen die Bonner Behörden beruhigen? Diese Frage stellte die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Prof. Erika Hickel, an das Ministerium. Antwort: Die Präparate seien für Schwerverwundete im "Katastrophenfall" oder im "Kriegsfall" bestimmt. Es seien zwar schmerzstillende Mittel, doch könnten sie auch eingesetzt werden, um "Patienten vor Panik zu bewahren".

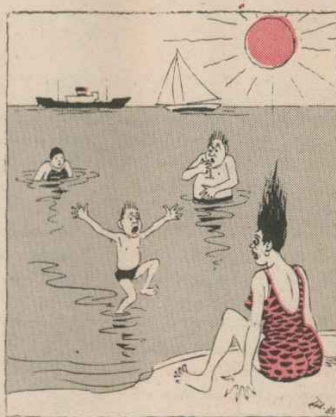
Prof. Hickel, selbst Pharmazeutin, sagte, diese Mittel würden vor allem zur Beruhigung von Menschen angewandt, die stark Erregung oder Angst empfinden. Davon ist auch in der vom Innenministerium herausgegebenen Anweisung die Rede, die vorschreibt, wie die Ärzte "in einer Katastrophensituation" zu handeln haben.

Prof. Hickel bezweifelte, ob die angekauften Ampullen und Tablet-

Heitsgewässern habe sich ein sowjetisches U-Boot aufgehalten, bohrten die Journalisten. Der Generalmajor antwortete mit einem forschen "Ja" — obgleich es keine Beweise dafür gibt.

Übrigens gab es die. Und mehr als überzeugende. In den ersten Maiagen, auf dem Höhepunkt der Hysterie, wurde Alarm geschlagen: Ein unbekanntes U-Boot steuere direkt auf die schwedische Küste zu. Ein Hubschrauber der U-Boot-Abwehr mit Wasserbomben an Bord startete. Wie der Hubschrauberpilot Sven Hallberg, der den Grenzverletzer entdeckte, dem Blatt "Göteborgs-Posten" berichtete, habe der Hubschrauber über dem U-Boot gehangen. Einige Zeit später sei es aufgetaucht, und man habe deutlich die Erkennungszeichen der Bundesmarine gesehen. Danach reichte das Boot ab und begann langsam, die schwedischen Hoheitsgewässer zu verlassen.

Dieser Zwischenfall ging in dem Anfall der antisowjetischen Hysterie unter. Die Presse übergibt den Vorfall. Warum? Ein Militär erklärte das so: Die Behörden hätten keinen Lärm geschlagen, weil ihren Informationen



"Mama! Mama! Ich bin über ein sowjetisches U-Boot gestolpert!"

Zeichnung von
Herluf Bidstrup
aus: "Norrskensflaman"
(Schweden)

nach das Boot an der Grenze der Hoheitsgewässer Schwedens gestoppt worden sei. Zudem seien solche Vorkommnisse eine Routinesache.

Letzten Herbst hatte sich ein unbekanntes U-Boot in der 12-Meilen-Uferzone unweit der schwedischen Hauptstadt aufgehalten. Die Presse verschwieg das wiederum, obgleich ermittelt wurde, daß das U-Boot aus einem NATO-Land stammte. So erklärt sich das Verbot, innerhalb von drei Stunden Wasserbomben gegen das Boot einzusetzen, damit es abdrehen konnte. Was es auch tat.

Merkwürdig: Einerseits bezichtigt der Untersuchungsausschuß für Verletzungen schwedischer Hoheitsgewässer durch ausländische U-Boote unbewiesenermaßen die Sowjetunion. Andererseits werden Zwischenfälle mit U-Booten aus NATO-Ländern als Routinesache abgetan...

Die Jagd ist vorbei. Doch immer noch bilden sich Kreise im Wasser. Und werden immer weiter. Die "sowjetische Bedrohung" ist nach wie vor Hauptthema der Presse. Gewisse Leute behaupten, die Gefahr liege nicht nur in dieser "Bedrohung", sondern auch darin, daß das neutrale Schweden nicht unter dem Nuklearschirm der NATO ist. Zugleich reißen manche Massenmedien auch den Vorschlag, Nordeuropa in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln. Da kann man in Washington und im NATO-Hauptquartier zufrieden sein. Doch braucht Schweden das?

D. MAXIMOW

ER BANGT UM SEINE HAUT

Geblichen ist nur die Brille. Sonst hat sich sein Aussehen völlig geändert. Gesicht und Figur sind geschrumpft. Die grauen Haare sind kastanienfarben — dank der exquisiten Schweizer Kosmetikindustrie. Unter der Nase tauchte ein Schnurrbart auf. Und nur an seiner Stimme eines alten Basarhändlers mit starkem toskanischem Akzent kann man noch Licio Gelli, den Anführer der geheimen Freimaurerloge "P 2" erkennen.

Nun sitzt der Logenhauptling Nr. 1 im Genfer Gefängnis "Champ-Dollon" (rechts) — in Erwartung der Entscheidung der Schweizer Behörden, ihn entweder an Italien auszuliefern oder gar freizulassen. Gelli erinnert sich, wie er den Damen auf diplomatischen Empfängen (links) die Händchen küßte sowie politische Morde und Umstürze auf der Apenninenhalbinsel plante, weshalb die italienische Rechtspflege jetzt so nach ihm gelüftet.

Nicht nur das verdirbt Signore Gelli die Stimmung. In letzter Zeit hat er oft Magenbeschwerden, klagt über das Herz, ein Exem und eine Entzündung am rechten Fuß, wegen der er sich eine Zeitlang wie Kater Basilio auf eine Krücke stützen mußte.



Natürlich ist ein Gefängnis, selbst mit Genfer Service, kein Sanatorium. Doch Gelli bangt vor allem um seine Haut. Wollen die Freimaurerbrüder ihn vielleicht vergiften, um ihm das Maul zu stopfen?

Deshalb schluckt er von den verordneten Pillen nur eine von fünf. Er nimmt nur Eier, Konserven, Pizza und Zwieback, die ihm verpackt und versiegelt verabreicht werden, zu sich. Geht stets in Begleitung der Wächter spazieren. Taucht aber am Horizont ein Hubschrauber auf, verkriecht er sich augenblicklich mit einer für sein Alter erstaunlichen Flinkheit... Gelli weiß sehr wohl, daß er nicht nur Gift, sondern auch eine Kugel zu fürchten hat.

Übrigens ist nicht alles so hoffnungslos. Eine Bande von Rechtsanwälten, in Gellis Auftrag für 3,5 Mio Lire täglich, kämpft als wahre Profis um Gellis Freilassung. In Rom versuchen treue, doch nichtentlarvte Mitstreiter, die Untersuchung der Aktivitäten der "P 2" durch einen Sonderausschuß des Parlaments zu begraben. Im Grunde glaubt Gelli an einen Erfolg: Wurden ja genug Skandale unter Italiens Teppiche gekehrt.

L. MAKAROW

Foto aus: "Panorama" (Italien)

TABLETTE

überhaupt in Friedenszeiten eingesetzt werden sollten. Reichen bei einem beliebigen Unfall die Mittel der 16 000 Apotheken in der BRD vollauf. Oberdies wies sie darauf hin, daß das Ministerium gerade die Präparate mit einer Lagerzeit von zehn und mehr Jahren angekauft habe.

Offenbar macht sich Bonn, das sich auf die Stationierung von nuklearen US-Erstschlagswaffen in der BRD vorbereitet, Gedanken über einen Gegenschlag, wobei man sich darum sorgt, die eigenen Landsleute "beruhigt" ins Innere zu befördern. Doch wer wird die Tabletten austreten? Die Ärzte der BRD warnten auf ihrem ärztlichen Kongreß, bei einem nuklearkrieg würden sie den Menschen nicht helfen können. Wäre es da nicht besser, auf die Tabletten zu verzichten? Dann rüßtrigten sich auch die Beruhigungstabletten.

Eigenbericht

Bonn

KARL MARX UND UNSERE ZEIT

Prof. Fjodor BURLAZKI

Das 20. Jahrhundert manifestiert den Triumph von Marx' Lehre. Seine Ideen haben im sozialistischen Weltsystem ihre Verkörperung gefunden. Der Marxismus hat den machtvollen Elan der nationalen Befreiungsbewegung geprägt, die das alte imperialistische Kolonialsystem hinwegfegte. Der Einfluß des Marxismus ist in der erstarkenden weltweiten kommunistischen und Arbeiterbewegung unverkennbar. Dennoch behaupten viele westliche Marxologen, Karl Marx und seine Ideen wären überholt, seine Schlußfolgerungen eigneten sich nicht mehr für die neuen Realitäten.

Warum ist die Lehre von Marx, die Generationen von Widerlegern beschämt, unvergänglich? Ihre Bedeutung liegt darin, daß sich die Welt gemäß objektiven Gesetzen entwickelt, die von Karl Marx und seinem Mitstreiter Friedrich Engels sowie von Marx' treuem Schüler und Nachfolger Wladimir Iljitsch Lenin entdeckt und formuliert wurden.

Die Gesetze sind objektiv, aber sie liefern keine fertigen Rezepte für den Aufbau der neuen Gesellschaft. Marx hat solche Rezepte nicht hinterlassen. Er gab sich mit Einzelheiten der künftigen Gesellschaft nicht ab, da er überzeugt war, daß das Leben reicher als sämtliche Prognosen ist. Geriete Karl Marx in unser Heute, so wäre er erschüttert durch den Aufschwung der Industrialisierung, der menschlichen Einbildungskraft und der Wissenschaft, die eine Produktivkraft geworden ist, um mit ihm zu sprechen. Die nicht zu übersehenden Begleiter unseres Lebens — Flugzeuge, Raketen, Computer, Mikroprozessoren — deuten darauf an, daß das Fundament des Alltags des Menschen von heute absolut neu ist.

Unvergänglich

In dem Jahrhundert seit Marx' Tod hat die Menschheit in ihrer Entwicklung einen Riesenschritt vorwärts getan und Erfahrungen gesammelt, die gewissermaßen mit ihren sämtlichen vorausgehenden Erfahrungen vergleichbar sind. Auf den ersten Platz sind wohl jene Umwälzungen zu setzen, die sich in der Wissenschaft und Technik, in der Entwicklung der Produktivkräfte vollzogen. Hier sei daran erinnert, daß es Karl Marx war, der erstmalig in der Geschichte der Wissenschaft feststellte: Gerade Veränderungen in den Produktivkräften geben letztendlich allen Bereichen des menschlichen Fortschritts einen Impuls. Das ist ein äußerst wichtiges Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung.

Der kolossale Fortschritt von Produktivkräften, Wissenschaft und Technik hat

gewaltige Veränderungen im sozialen und politischen Sein, im menschlichen Bewußtsein bewirkt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereiteten diese Veränderungen einen Entwicklungsgrad des Kapitalismus vor, bei dem die Verwirklichung der wichtigsten Voraussicht von Karl Marx und im Grunde seines Ideals — die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft — möglich wurde.

Die sozialen Revolutionen, deren Unvermeidlichkeit Marx und Engels bereits 1848 im Kommunistischen Manifest voraussagten, bestimmten die Entwicklung der Menschheit im 20. Jahrhundert. Wer anders als Marx konnte Mitte des 19. Jahrhunderts voraussehen, daß schon in einer historisch relativ kurzen Zeit ein Drittel der Menschheit den sozialistischen Entwicklungsweg einschlagen werde? Wer anders als Marx vermochte es, nicht nur die Hauptstraße zur neuen Gesellschaft zu weisen, sondern auch deren Hauptzüge zu skizzieren? Menschen, die den Marxismus als veraltet abtun, sollten sich das mal durch den Kopf gehen lassen. Übrigens: Kein einziger der Propheten aus der Vergangenheit, an die ein großer Teil der Menschen glaubt — weder Konfuzius noch Christus und Mohammed — keiner der sozialen Denker — weder Aristoteles noch Rousseau noch Hegel — konnte ein so erstaunliches Schicksal sein eigen nennen oder eine so tiefe Spur im Tun und Denken der Menschen hinterlassen.

Gewisse Leute könnten das als übertrieben empfinden und einwenden, daß das Christentum laut Statistiken über eine Milliarde Anhänger zählt. Es gibt außerdem eine ganze Moslemwelt.

Gewiß, das Christentum, der Islam oder das Konfuzianertum liegen bis heute dem gesellschaftlichen Bewußtsein vieler Völker zugrunde und beeinflussen enorm ihre Moral und Kultur. Der Marxismus-Leninismus aber ist keine Konfession, vielmehr eine wissenschaftliche Theorie, ebendeshalb hat er sich zu einem äußerst wichtigen Faktor nicht nur des gesellschaftlichen Bewußtseins entwickelt. Diese Theorie ist auch ein machtvoller Faktor der sozialen Praxis. Karl Marx gelang es, eine Lehre zu schaffen, die heute die Überzeugung, das Werk, die Lebensweise von anderthalb Milliarden Menschen ausmacht.

Die sozialistische proletarische Revolution und der wissenschaftliche Kommunismus als Ganzes — die von Marx stammenden Hauptideen — haben die Massen, haben deren fortschrittliche politische Kräfte ergriffen und zur Herausbildung dessen geführt, was wir den realen

Sozialismus nennen. Es wäre gewiß naiv und antimarxistisch, die Sache so hinzustellen, als hätte Marx die Völker gelehrt, die Geschichte nach ihrem eigenen Gutdünken zu schaffen. Der marxistischen Theorie und ihren Leitsätzen liegen reale Prozesse zugrunde. Daher rührt ihr starker Einfluß auf die soziale Praxis.

Die Arbeiterklasse — Schöpfer der Geschichte

Marx begründete die historische Mission der Arbeiterklasse und zeigte, daß das Proletariat die treibende Kraft des sozialen Fortschritts, der Erbauer der sozialistischen Gesellschaft ist. Im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) wird jedoch versucht, diesen marxistischen Schluß zu bestreiten: Heute sei die wissenschaftlich-technische Elite die treibende Kraft.

Die sozialen Folgen der WTR sind eine sehr komplizierte und umfangreiche Frage, die kaum eindeutig zu beantworten ist. Die WTR führt zu gewaltigen Wandlungen in den sozialen Strukturen der westlichen Gesellschaft. Aber diese Wandlungen erschöpfen sich nicht in dem im Westen modischen Begriff "postindustrielle Gesellschaft", denn er betont nur die eine Seite der Angelegenheit: den Grad der industriellen, wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Unverständlich bleibt dagegen, wodurch sich diese Gesellschaft in sozialer und politischer Hinsicht vom staatsmonopolistischen Kapitalismus unterscheidet. Der technische Fortschritt an sich hat in den kapitalistischen Ländern keine wesentlichen Veränderungen im Bereich des Eigentums an Produktionsmitteln, in den Produktionsverhältnissen, im politischen und kulturellen Leben oder in der Sphäre des menschlichen Geistes herbeigeführt.

Nichtsdestoweniger sind die Veränderungen in der sozialen Struktur zweifellos gewaltig. Es fragt sich nur, wohin sie führen: zur Aufweichung der Arbeiterklasse oder aber zur Hinwendung der sogenannten Mittelschichten zum Proletariat. Der Prozeß dürfte gerade in letzterer Richtung verlaufen. Wir sehen, wie stark die Mittelschichten in der westlichen Gesellschaft, darunter die wissenschaftlich-technische Intelligenz, vertreten sind.

Was bedeutet das? Daß sie sich der Eigentümerklasse angeschlossen haben? Oder doch der Arbeiterklasse? Erwerben sie Eigentum — oder verlieren sie es und spielen demnach eine ähnliche Rolle wie

das Proletariat? Es ist ja Fakt, daß gegenwärtig in den westlichen Industrieländern bis zu 90% der erwerbstätigen Bevölkerung im Lohnverhältnis stehen, daß sie also zu den "Nichteigentümern" von Produktionsinstrumenten und -mitteln gehören.

Es wäre falsch, all diese Gruppen der Arbeiterklasse zuzuordnen; wer würde sie jedoch zur Kapitalistenklasse rechnen? Wir wollen auch nicht über das quantitative Wachstum der Arbeiterklasse streiten. Die Zahlen hängen hier von Kriterien ab. Viel wichtiger ist, daß sich die sozialen Gruppen, die im Lohnverhältnis stehen und auf Arbeit als das einzige Existenzmittel angewiesen sind, faktisch in der Lage der Arbeiterklasse befinden. Sie sind in den verschiedensten Bereichen tätig, von den herkömmlichen Fabriken bis zu Forschungsinstituten, die sämtlich dem Kapital gehören. Was folgt daraus?

Zumindest zweierlei. Erstens sind jetzt nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch zahlreiche andere Gruppen der Gesellschaft objektiv in einer Lage, die den Sozialismus für sie zu einer erstrebenswerten Perspektive macht. Zweitens wird die Vorstellung vom Sozialismus immer vielfältiger. Jede soziale Gruppe trägt auch ihre Interessen, ihre Kultur und Weltanschauung in das sozialistische Ideal hinein.

In der Tat tun das neben den Industriearbeitern auch die Landarbeiter, die Beschäftigten der Dienstleistungssphäre, die ingenieurtechnische Intelligenz und die Freischaffenden. Ihre zahlenmäßige Stärke und ihr gesellschaftliches Gewicht sind im Wachstum begriffen. Aber all diese Prozesse heben Marx' Schluß über die führende Rolle der Arbeiterklasse im sozialen Fortschritt nicht auf. Die Arbeiterklasse war und bleibt die organisierteste und fortschrittlichste Klasse der Gesellschaft, weil sie mit der Großproduktion verbunden ist, weil sie beim Schutz ihrer Interessen auch die aller Werktätigen zum Ausdruck bringt und weil schließlich die Weltanschauung der Arbeiterklasse auf der Wissenschaft von der Gesellschaft und deren Gesetzen beruht. Wenn die Arbeiterklasse die Mittelschichten und Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in ihre Reihen aufnimmt oder mit ihnen zusammenarbeitet, bezieht sie nicht deren weltanschauliche Positionen. Umgekehrt gehen diese sozialen Gruppen dazu über, die Lebensprinzipien und Anschauungen der Arbeiterklasse zu akzeptieren.

Vom Standpunkt

des sozialistischen Ideals

Somit wird der Sozialismus in den kapitalistischen Ländern zum Ziel immer breiterer Schichten der Werktätigen. Was die Länder der sozialistischen Gemeinschaft angeht, so ist der Sozialismus hier längst Realität.

Im gegenwärtigen Ideenkampf gilt es, sich klar darüber zu sein, was realer Sozialismus ist. Er ist die praktische Verwirklichung des marxistischen Sozialismus im Unterschied zu den Ansichten, die z. B. seit Jahrzehnten von den Sozialdemokraten propagiert werden. Sie haben ihre Ideale nicht in soziale Praxis umgesetzt. Der reale Sozialismus hat diesen Namen zugleich auch deshalb, weil er noch nicht vollständig dem sozialistischen und erst recht nicht dem kommunistischen Ideal entspricht, das Marx vorschwebte. In aller Kürze formuliert, besteht das sozialistische Ideal darin, daß die Gesellschaft ein höheres Entwicklungsniveau der Produktivkräfte erreicht als die kapitalistische, auch ein höheres Entwicklungsniveau der Lebensqualität; daß in der sozialistischen Gesellschaft sich in allen Bereichen die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, Gleichheit, sozialistischen Demokratie, des Humanismus, der kollektivistischen Beziehungen zwischen den Menschen — alles Dinge, die der Kapitalismus nicht kennt — behaupten.

Wie man sieht, enthält schon die Charakteristik des Ideals eine Antwort auf die Frage. Uns, d. h. der UdSSR, den Ländern Osteuropas und erst recht den Ländern, die erst im Anfangsstadium des sozialistischen Aufbaus sind, bleibt, obwohl wir im Kampf für die Realisierung von Marx' Ideal schon einen weiten Weg zurückgelegt haben, noch viel zu tun.

Kann man uns daraus einen Vorwurf machen? Der reale Sozialismus entwickelt sich ja, sein heutiges Niveau hat er in historisch sehr kurzer Zeit erreicht. Zudem wurde diese Entwicklung fortwährend von außen gestört. Das Sowjetvolk begann mit dem Aufbau der neuen Gesellschaft buchstäblich auf den Trümmern, die der Welt- und der Bürgerkrieg hinterlassen hatten. Dann mußte unser Volk die imperialistische Intervention und den zweiten Weltkrieg erleben. Dieser bedeutete die Zerstörung enormer Produktivkräfte und den Tod von 20 Millionen Menschen. Jetzt wird unsere Entwicklung durch die uns ebenfalls von außen aufgewungenen immensen Rüstungsaufgaben gehemmt.

Und doch hat unsere Gesellschaft in allen Lebensbereichen eindrucksvolle Erfolge zu verzeichnen. Der industrielle Westen kann Probleme wie Arbeitslosigkeit, krasse Polarisierung von Lebensniveau und realer sozialer Stellung der verschiedenen Bevölkerungsschichten, die Probleme der zurückgesetzten nationalen und sozialen Gruppen (Neger u. Lateinamerikaner in den USA, Iren in Großbritannien, "Gastarbeiter" in Westeuropa) nicht lösen. Wir kennen solche Probleme nicht. Unsere Gesellschaft hat im Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen ein hohes Niveau erreicht. Bei uns gibt es keine Menschen, die ihrem Schicksal überlassen sind. Die Gesellschaft kümmert sich um alle. Natürlich läßt das Lebensni-

veau in der UdSSR in mancher Hinsicht noch zu wünschen übrig, das streitet niemand ab. Doch ebenso unbestreitbar ist, daß wir kein "Sozialgepäck", keine Menschen haben, die die Lebensperspektive verloren haben.

Im Westen wird häufig behauptet, der Marxismus habe das Problem der Gleichheit der werktätigen Klassen überbetont — zuungunsten des Problems des Individuums.

Sind solche Vorwürfe begründet? Nein. Wenn unsere Opponenten das behaupten, so sind sie in einem der tiefsten Irrtümer befangen. Menschen, die eine solche Ansicht vertreten, verwechseln oft den wirklichen Marxismus mit seiner falschen Interpretation in Theorie und Praxis.

Sinn des gesellschaftlichen

Fortschritts

In Wirklichkeit hat gerade Marx das Individuum so hoch erhoben wie wohl kein einziger Denker vor ihm. Als erster erklärte er, daß das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung der Mensch ist. Mehr noch, gemäß der Marx'schen Lehre besteht dieses Ziel nicht nur in der Befriedigung der primären materiellen oder auch der hohen geistigen Bedürfnisse des Menschen. Nein, es geht um etwas Größeres: Darum, daß das Endziel des historischen Prozesses die Entwicklung des Menschen selbst ist. Von Marx wurde endlich das Herzstück und zugleich der Sinn des menschlichen Fortschritts gefunden. All die Fähigkeiten, die die Natur uns beschert hat, zu entwickeln und neue zu erlangen, das Erreichte von Generation auf Generation zu vermitteln und zu bereichern, ununterbrochen voranzukommen bei der Erkenntnis der Welt und unser selbst, die höchste Fähigkeit der tätigen Menschenliebe zu entwickeln, die in Jahrhunderten kultivierten Tendenzen zur Gewalt, zur Unterdrückung und Unterordnung des Menschen durch den Menschen zu überwinden: Was kann in der Tat hochsinniger und bedeutsamer sein als dieses Ziel?

Wie ist es aber zu erreichen? Die überwiegende Mehrheit der Denker zu Marx' Lebzeiten und auch viele der heutigen meinen, das Hauptmittel dabei seien Kultur, Bildung, Erziehung. Marx betrachtete ein solches Herangehen an das Problem als vereinfacht, obwohl er zweifellos Kultur, Bildung und Erziehung sehr hoch schätzte. Er formulierte das Problem umfassender: Es gilt, das Fundament der gesellschaftlichen Struktur, vor allem das Wirtschaftssystem, zu ändern; das Privateigentum an Produktionsinstrumenten und -mitteln, das die überwiegende Mehrheit der Menschheit zu Unterdrückten degradiert, aufzuheben; das Privateigentum durch das gerechtere kollektive Eigentum zu ersetzen. Das ist die Schlüsselidee des Marxismus, das Wesen seiner revolutionären Theorie. Das dürfte allgemein bekannt sein.

Weniger bekannt ist anderes: Marx kämpfte gegen eine Vorstellung von Kommunismus, die das Ganze auf eine Veränderung der sozialen Struktur hinauslaufen läßt, die Lage des Individuums aber ignoriert. Da dieser Punkt umstritten ist, finden wir es opportun, uns direkt auf Marx' Worte zu berufen, die vielleicht nicht allen Lesern bekannt sind:

"Dieser Kommunismus — indem er die **Persönlichkeit** des Menschen überall negiert — ist eben nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums... Der Gedanke jedes Privateigentums als eines solchen ist **wenigstens** gegen das **reichere** Privateigentum als Neid und Niellierungssucht gekehrt... Der rohe Kommunist ist nur die Vollendung dieses Neides und dieser Niellierung von dem **vorgestellten** Minimum aus. Er hat ein **bestimmtes begrenztes** Maß. Wie wenig diese Aufhebung des Privateigentums eine wirkliche Aneignung ist, beweist eben die abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur **unnatürlichen** Einfachheit des **armen** und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist."

Wenn sich jemand einfallen läßt, Marx und den Marxismus etwa mit den Praktiken der Durchsetzung des Pol-Pot-"Kommunismus" in Kampuchea gleichzusetzen, wo die menschliche Persönlichkeit angeblich im Namen des Kommunismus zerdrückt wurde, wäre das ein schwerer Irrtum.

Karl Marx war ein großer Humanist. Der Humanismus durchdringt seine Lehre, er widerspiegelt die Persönlichkeit Marx' selbst, eines hochgebildeten, hochmoralischen Menschen, der seine persönlichen Interessen zurückstellte und sein ganzes großes Talent als Wissenschaftler und Revolutionär in den Dienst am werktätigen Menschen stellte.

Und schließlich zum schöpferischen Charakter von Marx' Lehre. Sie ist kein Satz toter Dogmen, sondern eine lebendige, ewig junge und sich entwickelnde Lehre. Lenin sagte, daß Marx das Fundament der Wissenschaft gelegt hatte, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln mußten. Er selbst lieferte ein glänzendes Beispiel dafür. Lenin hob den Marxismus auf eine neue Stufe und bereicherte ihn um außerordentlich wichtige Schlüsse aufgrund der neuesten russischen und weltweiten Erfahrungen der revolutionären Befreiungsbewegung und der Erfahrungen des Kampfes um den Sozialismus.

Die heutigen Nachfolger von Marx und Lenin sind am wenigsten Dogmatiker und Scholastiker. Sie wahren das große Erbe, indem sie es weiterentwickeln. Ohne jede Übertreibung kann man sagen: Keine andere Doktrin ist so für die neuesten wissenschaftlichen Ideen aufgeschlossen wie der Marxismus. Seine Entwicklung ist das Unterpfand seiner Unvergänglichkeit und der Unsterblichkeit seines Begründers.

„INTERLICHTER“ IN AKTION

- STETS TERMINGERECHT
- OHNE UMSCHLÄGE UND VERLUSTE
- NEUESTE TECHNOLOGIE IM FRACHTENTRANSPORT

Sein Foto machte die Runde durch die Weltpresse. Das ist ja nicht mehr ein Schiff, sondern ein ganzer Seehafen. Übrigens schwimmend.

Hier seine Arbeitsweise.

Vor einem Transport wird ein beladener Prahm ohne Eigenantrieb, also ein Leichter, an das Schleusenkanalähnliche Heck des Trägerschiffes angezurrt. Ein starker Aufzug hebt den Leichter bis zum Ladedeck und läßt ihn auf einem Gleis in den Laderaum fahren. Mit 26 Leichtern von je mehreren Hundert Tonnen an Bord macht sich der Leichterträgerschiff (Lash-Schiff) auf den Weg.

Leichter sind im Grunde schwimmende Container, aber mit eigener Elektroausrüstung, mit Anker- und Lüftungsanlagen. Sie können einen Fluß, aber ebensogut ein Meer befahren. Auf den ersten Blick nichts Erstaunliches. Dabei war das Aufkommen von Leichtern eine wahre Revolution im Verkehrswesen.

Seit jeher waren die Warentransporte aus den Donauländern nach Indien, Süd- und Südostasien vielstufig. Zuerst wurden die Waren per Eisenbahn an die Schwarzmeerküste gebracht, dann in Erwartung einer Transportgelegenheit gelagert. Kam sie, dann gelangten sie an den Bestimmungsort. Dort waren die gleichen Stufen, nur in umgekehrter Reihenfolge, durchzulaufen — Löschen, wiederum Beladung —, dann schließlich die Lieferung an den Empfänger. Sehr umständlich und vor allem recht teuer. Mit der Gründung von "Interlichter", einer internationalen Reederei der sozialistischen Länder Bulgarien, Ungarn, UdSSR und CSSR, hat sich das Transportschema im Prinzip gewandelt. Die Frachten legen diesen ganzen Weg ohne Umschlag zurück.

Aus den Flußhäfen des schiffbaren Donauteils — zwischen Regensburg in der BRD und Ismail in der UdSSR — werden die beladenen Leichter stromabwärts, zur Donaumündung, befördert, wo ein Lash-Schiff sie an Bord nimmt und in die Flußhäfen anderer Kontinente befördert. Dort empfängt die Besatzung den Gegenstrom von Leichtern und fährt das Schiff zur Donaumündung zurück. Dieses System wirkt mit der Regelmäßigkeit eines Pendels und spart im Vergleich mit dem herkömmlichen Schema Eisenbahn-Seehafen-Schiff mindestens die Hälfte der benötigten Zeit ein.

Die Idee der direkten Beförderung von Frachten von der Donau übers Meer ist an sich nicht neu. Die Fluß-Meer-Schiffe der Donauländer leisten diese große und notwendige Arbeit an der Mittelmeerküste seit langem. Um aber in hohe See zu stechen, sitzen solche Schiffe nicht tief genug, andererseits sind sie viel zu "sperrig", um die Häfen der launischen Donau jederzeit anlaufen zu können. Das Problem wird von "Interlichter" gelöst. Dieser Betrieb hat den ersten transozeanischen Weg aus Mitteleuropa zu den Küsten und Binnengewässern anderer Kontinente gebahnt.

Das Leichterbeförderungssystem entwickelte sich rapide. Im Mai 1978 unterzeichneten die Teilnehmerländer ein Abkommen über die Gründung des Betriebs, im Dezember kamen die ersten Leichter (gegenwärtig beträgt ihre Zahl 1200) an Bord eines bei der Sowjetischen Donaureederei gecharterten Lash-Schiffes. Im Jahre 1979 begannen die regelmäßigen Fahrten nach Bombay und Karachi. Die Donauroute war 2416 km, die auf hoher See 4310 Meilen (eine Seemeile = 1,852 km) lang. Bald wurde in die "Interlichter"-Flottille ein zweites sowjetisches Lash-Schiff aufgenommen, und eine ständige Route vereinigte die Donauhäfen direkt mit den Mekonghäfen Vietnams und Kampuchas sowie mit den Seehäfen Saigon in Ho-chi-Minh-Stadt (Vietnam) und Penang (Malaysia). Die Länge dieser Route beträgt 2846 km auf den Flüssen und 6760 Meilen auf hoher See.

Wladimir Uschakow, Generaldirektor von "Interlichter", berichtet: "Solche Betriebe brauchen günstige Bedingungen, besonders in ihrem Anfangsstadium. Wir hatten solche Bedingungen. Ich meine vor allem die Regelmäßigkeit und den guten Arbeitsrhythmus, was sich aus dem Wesen der sozialistischen Planwirtschaft selbst ergibt. In Anwendung auf "Interlichter" bedeutet das garantierte Aufträge, maximale Beladung der Leichter und folglich auch die Rentabilität des Betriebes und gewisse Vorteile für die Befrachter. Der gute Arbeitsrhythmus von "Interlichter" wird sowohl durch die bei der Sowjetischen Donaureederei gecharterten Leichterträgerschiffe "Tibor Szamuely"

und "Julius Fucik" als auch durch betriebseigene Leichter, Schlepper und Hafenausrüstungen gewährleistet. Eigens für "Interlichter" wurde in kurzer Zeit der Tiefwasserhafen Ust-Dunaisk angelegt, der auch von anderen Hochseeschiffen angelaufen werden kann."

Ein internationaler Wirtschaftsbetrieb, der voll und ganz mit wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeitet und Befugnisse zu selbständiger ökonomischer Betätigung hat, ist eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern. Im Transportwesen kommt sie überhaupt zum erstenmal vor. Um so auffälliger ist der sichere Start von "Interlichter", denn der Betrieb war schon im ersten Jahr seines Bestehens rentabel,

Unter Waren, die "Interlichter" zur Beförderung übernommen hat, sind Lokomotiven, Trafos, Busse, Baumaschinen und Zisternen. "Interlichter" hat die Häfen aller Donauländer merklich zusätzlich in Anspruch genommen. Die neue Transporttechnologie erforderte zwar viele Neuerungen in der Organisation des Flottenverkehrs und der Koordinierung

waren, lange Zeit in Erwartung der entsprechenden Transportgelegenheit. Jetzt werden sie dem Kunden laut einem festen Zeitplan termingerecht geliefert. Beispielsweise gilt das für Mineraldünger, den Bulgarien in großen Mengen nach Vietnam liefert.

Ein weiteres Beispiel zitierte Jan Hanusek, stellvertretender Generaldirektor von "Interlichter". Viele tschechoslowakische Leichtindustriebetriebe gehen eine Kooperation mit verwandten Betrieben Vietnams ein. So besteht jetzt eine gemeinsame Produktion von Schuhen und Herrenoberhemden. Aber die Rohware muß von Land zu Land regelmäßig, in genauen Zeitabständen geliefert werden, das ist eine unerläßliche Bedingung der Produktion. Beim früheren Transportsystem wäre das nicht leicht gewesen. Seit "Interlichter" da ist, besteht dieses Problem nicht mehr.

Wie sind die Aussichten der Leichterträgersysteme?

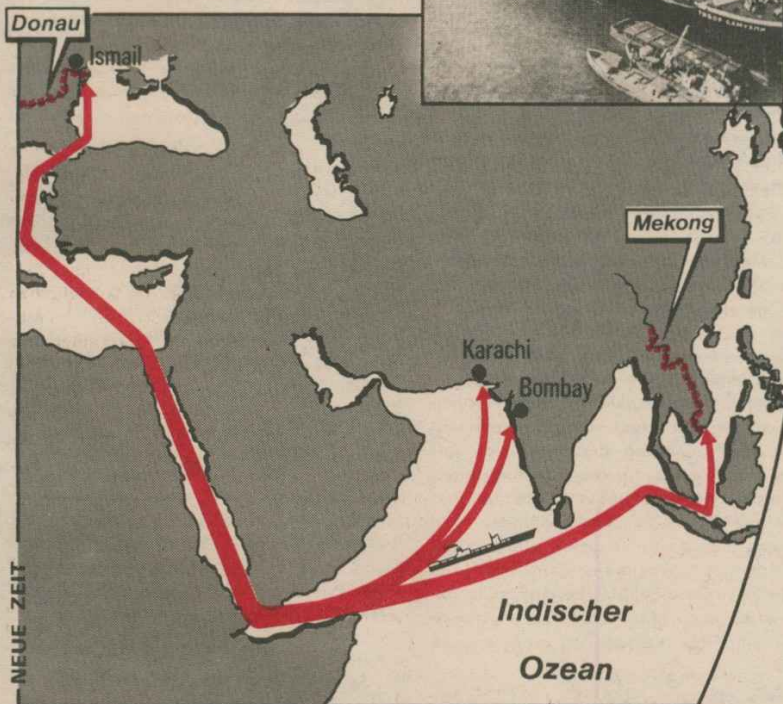
Nach Ansicht von Experten werden die Leichter in der Schifffahrt eine ebensolche Umwälzung herbeiführen wie seinerzeit Container im Eisenbahnverkehr. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder umreißen ein großangelegtes Programm für die Schaffung von Leichterträgersystemen auch in den Binnengewässern. Die UdSSR plant den Bau mehrerer Typen von Leichterträgerschiffen, darunter solchen für die hohen Breiten. Schon ab 1984 wird die sowjetische Seeflotte neue, in der UdSSR gebaute Leichterträgerschiffe erhalten. Das Leitschiff dieser Serie ist "Alexej Kossygin". Ein solches Schiff kann 82 Leichter an Bord nehmen. Für die Besatzung bestehen gute Bedingungen: Einbettkajüten, eine Bibliothek, ein Filmvorführungs- und ein Sportsaal, ein Schwimmbecken und eine Sauna. Die neuen Lash-Schiffe werden mit Anlagen zur biologischen Klärung von Abwässern, mit Ausrüstungen zur Vernichtung fester Abfälle und Brennstoffschlämme ausgerüstet.

Im Budapest Hauptquartier von "Interlichter" denkt man inzwischen schon an neue Routen und an eine Erweiterung der zu betreuenden Zone mit vorhandenen Leichtern. Hier eine aussichtsreiche Variante: Leichter werden an einen der heutigen Bestimmungsorte, etwa nach Bombay, befördert. Von dort sollen sie auf kleineren Lash-Schiffen die nahe gelegenen Häfen — Kalkutta, Colombo, Chittagong — erreichen...

Vorläufig liegt das noch in der Zukunft. Aber auch das neue System selbst ist der Zukunft zugewandt.

S. DARDYKIN

Budapest



wobei ein Teil des Gewinns für seine weitere Entwicklung bereitgestellt wurde.

Worauf beruht der Erfolg des ersten Leichterbeförderungssystems in Europa?

Vor allem auf der fortschrittlichen Transporttechnologie. Auf der Route Donau-Mekong-Donau befinden sich die Frachten durchschnittlich 46 Tage, auf der Route Donau-Indien-Pakistan-Donau 33 Tage. Beim üblichen Transportschema Eisenbahn-Seehafen-Bestimmungshafen beanspruchte der Seeweg 3-4 Monate.

Ein Vorzug der Leichter ist ihre Universalität. In solchen Behältern transportiert man Metalle, Dünger, Röhre, Papier, Holz, Baumwolle, Kautschuk und Ausrüstungen.

der Küstendienste, aber dieser internationale Betrieb, der die Flußhäfen Mitteleuropas mit den größten Häfen Asiens verbindet, hat nach Ansicht Miklos Hortobagys, Leiter der Handelsabteilung bei "Interlichter", dazu beigetragen, die Donau als Verkehrsader effektiver zu nutzen.

Die Ladekapazität von "Interlichter" ist so groß, daß in der CSSR über 20 000 und in Ungarn rd. 18 000 Eisenbahnwaggons aus dem Außenhandelsverkehr gezogen werden konnten. Selbst Bulgarien mit seinen großen Seehäfen erhielt spürbare Vorteile. Früher lagerten kleine Warenpartien, die für Vietnam, Kampuchea, Indien und andere Länder bestimmt

UNTAUGLICHE FORMEL

- INTERNATIONALER EINBRECHER
- REAGAN-DOKTRIN
- STÜTZPUNKTE FÜR INTERVENTION
- BERATER UND SÖLDNER

Das Dokument heißt: "Die Politik der USA in Mittelamerika und gegenüber Kuba für das Finanzjahr 1984". Es ist in einer trockenen Amtssprache abgefaßt und so farblos, wie es nur das Werk einer großen und formlosen Kanzlei sein kann. Doch seine Veröffentlichung in der "New York Times" versetzte das offizielle Washington wirklich in Aufregung, löste einen Schock aus. Auch jetzt, nach anderthalb Monaten, hat sich die Aufregung nicht gelegt, wovon die jüngste Mitteilung des FBI über die "Untersuchung des Falls" zeugt.

Man muß zugeben, daß die amerikanischen sensationslüsterne "große Presse" diesmal ungewöhnliche Zurückhaltung auch vor dieser Untersuchung übte. Man war bemüht, das Dokument so schnell wie möglich zu "vergessen".

Das Dokument ist das Resümee der Sitzung der Planungsgruppe für Sicherheitsfragen, die Mitte 1981 für die Erörterung und Ausarbeitung außenpolitischer Lösungen geschaffen wurde. Die Zusammensetzung der Gruppe ist auf ein Mindestmaß reduziert. Ihr gehören Präsident, Vizepräsident, Außenminister, Verteidigungsminister, CIA-Chef und der Leiter des Apparats des Nationalen Sicherheitsrates (NSR), sowie drei Hauptberater des Präsidenten an. Diese Personen treten oft mit Reden, Erklärungen und Erläuterungen zu Fragen der Außenpolitik im allgemeinen und der mittelamerikanischen im besonderen auf. Der Charakter ihrer Aussagen läuft nicht selten dem Inhalt des Dokuments zuwider, das als Grundlage der Politik dient.

Bei der Festlegung der "Interessen und Ziele" betonte die Gruppe die "tiefe Interessiertheit, daß das Entstehen von Staaten nach kubanischem Vorbild verhindert wird". Mit anderen Worten beabsichtigen die USA, die Regierungsform in anderen Staaten zu bestimmen. Der Abschnitt "gegenwärtige Lage" beginnt mit der Aufzählung "positiver Veränderungen", u. zw.: "Der jüngste Offiziersumsturz in Guatemala eröffnet uns Möglichkeiten für eine Verbesserung der Beziehungen zu diesem Land... Der Mini-Umsturz in Panama brachte einen neuen, dynamischeren, proamerikanischen Befehlshaber der Nationalgarde an die Macht... In Nicaragua werden die Sandi-

nisten einem wachsenden Druck infolge unserer heimlichen Bemühungen ausgesetzt."

Auf der anderen Waagschale — die Bereitschaft Nikaraguas, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, Standhaftigkeit und Massencharakter des Befreiungskampfes in El Salvador und — das wird besonders hervorgehoben — "ernste Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung in den USA und dem Kongreß, die unsere Fähigkeit schwächen, den gewählten Kurs zu verfolgen. Die Weltmeinung, insbesondere in Europa und Mexiko, arbeitet gegen unsere Politik."

Der zentrale Abschnitt — "Strategie" — sieht eine "Verbesserung der militärischen Möglichkeiten demokratischer Staaten vor" (in erster Linie Guatemalas, Honduras und El Salvadors, die in blutige Folterkammer für ihre Völker verwandelt sind), "direkte Förderung einer regionalen Verteidigung und Sammlung von Aufklärungsinformationen ... verstärkten Druck auf Nicaragua und Kuba, Stimulierung der regionalen Zusammenarbeit ... für die Schaffung einer Grundlage der kollektiven Sicherheit und feste Haltung zu Verhandlungen und Kompromissen unter amerikanischen Bedingungen". Was diejenigen betrifft, die "gegen unsere Politik arbeiten", so ist die "Härte" auch hier notwendig: "aktivere diplomatische Kampagnen einleiten, um

Mexiko und die Sozialdemokraten in Europa um 180 Grad zu drehen und sie von lateinamerikanischen Problemen isolieren zu halten."

Außenpolitische Maßnahmen werden praktisch auf militärische Mittel beschränkt, angefangen von Geheimoperationen unter der CIA-Ägide und bis hin zur "aktiven Mithilfe" bei der Bewaffnung von Straßtrupps und der Durchführung militärischer Operationen. Das ist das Arsenal eines internationalen Einbrechers.

Mittelamerika, das man im hiesigen politischen Sprachgebrauch den "Hinterhof der USA" nennt, wird die Rolle eines Anhängsels und gleichzeitig eines Prüfsteins bei der Verwirklichung der Einmischungspolitik zugedacht. "Wenn Mittelamerika fällt, wie werden die Folgen für unsere Positionen in Asien, Europa und für solche Bündnisse wie die NATO sein?" fragt Reagan. "Wenn die Vereinigten Staaten keine Antwort auf die Bedrohung in der Nähe ihrer eigenen Grenzen finden können, warum sollten dann die Europäer oder Asiaten glauben, daß wir die vor ihnen stehenden Gefahren ernst nehmen?"

Selbstverständlich ist das alles kalter Kaffee. Der bekannte amerikanische Politologe Robert Osgood nannte dieses Herangehen eine Rückkehr zur "Doktrin der Eindämmung", die in den 40er Jahren, an der Schwelle des "kalten Krieges" zur Staatspolitik erhoben wurde. Ihre Wiederbelebung unter der Bezeichnung "Reagan-Doktrin" fiel mit dem Kurs auf militärische Überlegenheit und der offenen Proklamierung des "Rechts" auf Einmischung zusammen. Die heutige Administration hat mit den Prinzipien der

Washington gab diesen Banditen die Waffen in die Hand. Sie kennen nur ein Ziel: in Nicaragua einzufallen und die vom Volk gewünschte Ordnung, die gesetzmäßige Regierung, zu stürzen.

Foto: "Time" (USA)



Diplomatie gebrochen, die die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung diktieren", konstatiert der ehemalige US-Botschafter in El Salvador Robert White.

Die jüngsten Reden des Präsidenten sind ein Versuch, die Gewaltanwendung in Mittelamerika und in anderen Teilen der Welt zu rechtfertigen und Anhänger unter einfachen Amerikanern zu gewinnen. "Der Einsatz in der Karibik und in Lateinamerika sind keine hohlen Nüsse. Es geht um die nationale Sicherheit der USA", warnte der Präsident. Und weiter: "Ziel der professionellen Guerillabewegung in Mittelamerika ist es, ... die ganze Region vom Panamakanal bis Mexiko zu destabilisieren." Doch Äußerungen dieser Art, den Amerikanern seit der Zeit des Vietnamkrieges bekannt, sind mit den Jahren nicht viel überzeugender geworden. Nach wie vor gelingt es nicht, Bestätigungen für reale "Bedrohung" zu finden. Nach Einschätzung des bekannten Beobachters Anthony Lewis ist es kein Zufall, daß "der Präsident lediglich ein demagogisches Gemisch aus Halbwahrheiten, Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und Chauvinismus den Zuhörern anzubieten vermochte". Nach Auffassung Christopher Dodds, eines Mitglieds des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, bedeutet der Kurs, auf dem der Präsident besteht, eine "untaugliche Formel". "Das amerikanische Volk weiß, daß wir diesen Weg schon einmal gegangen sind und daß er in den dunklen Tunnel einer endlosen Intervention führt."

In der Tat ist Reagans Amerika in den dunklen Tunnel einer Intervention eingetreten. Das von der "New York Times" veröffentlichte Dokument ist ein Zeugnis dafür, daß Nicaragua und El Salvador zwei Fronten sind, wo es den Krieg organisiert, finanziert und führt.

Die heutigen Ereignisse kündigten sich bereits im März 1981 an, anderthalb Monate nach dem Amtsantritt Reagans, als der CIA-Chef William Casey die einschlägigen Kongreßausschüsse wissen ließ, daß die Operationen der US-Geheimdienste in Lateinamerika für die "Gewährleistung der nationalen Sicherheit" erforderlich seien.

Am 16. November fand eine Sitzung des NSR statt, in der ein umfassendes Einmischungsprogramm angenommen wurde. Es sieht eine drastische Erhöhung der Militärhilfe für El Salvador, Honduras und Guatemala vor, die Entwicklung von Plänen für den Fall einer Notstandssituation und die militärische Bereitschaft der USA zur direkten Einmischung, eine "Zusammenarbeit mit ausländischen Regierungen" mit dem Ziel der Durchführung politischer und paramilitärischer Operationen, die Schaffung einer "Oppositionsfront" sowie die Aufstellung von Sonderformationen für Spionage- und Mi-



US-Berater bilden Soldaten in El Salvador aus.

Foto:
"U. S. News and World Report" (USA)

litäraktionen. Für die Aufstellung solcher Formationen wurden 19 Mio Dollar bereitgestellt, zugleich wurde jedoch darauf hingewiesen, daß "mehr Geldmittel und Menschenreserven erforderlich sein werden".

Zum Hauptstützpunkt für die Stationierung und Ausbildung der interventionistischen Kräfte sowie zum Durchführen "paramilitärischer Operationen" gegen Nicaragua wurde Honduras gewählt, weil es sowohl an Nicaragua als auch an El Salvador grenzt. Das Personal der US-Botschaft in Tegucigalpa wurde auf 115 Mann erhöht (das größte in Lateinamerika). Man hat 100 Militärberater ins Land entsandt (doppelt soviel wie nach El Salvador) und eine unbekannte Zahl Kommandos der "grünen Barette". Hier sind auch 200 CIA-Agenten tätig. Die Militärhilfe wuchs von 4 auf 30 Mio Dollar, damit steht Honduras in dieser Hinsicht an zweiter Stelle in Lateinamerika nach El Salvador. Kürzlich wurden weitere 21 Mio Dollar für die "Modernisierung" honduranischer Flugplätze bereitgestellt, auf denen jetzt US-Düsenjäger und große Transportflugzeuge landen können.

Die Kräfte der Intervention sind in der "Nikaraguanischen Demokratischen Front" vereint. Ihre genaue Stärke ist unbekannt, doch den Mitteilungen zufolge sind sie von einer 500 Mann starken Formation, die in Übereinstimmung mit einer NSR-Direktive aufgestellt wurde, im Sommer 1982 bis 1500 und nach letzten Schätzungen bis auf 7000 Mann gewachsen.

Das Kommando über diese Kräfte ist mehrstufig, um die Teilnahme der USA zu verschleiern. Es gibt drei Kommandogruppen. Der ersten gehören Offiziere der einstigen Nationalgarde Somozas an, der zweiten — honduranische Generale und Oberst Bermudez, Hauptanführer der Somozistas, der sich in den USA, in Florida, befindet. An der Spitze der Gruppe steht, der Zeitschrift "Time" zufolge, der geheimnisvolle "Carlos" — CIA-Resident in Tegucigalpa. Die dritte Gruppe — das "Hirn" der ganzen Kommandohier-

archie — besteht aus Vertretern der CIA und des Südkommandos des Heeres der USA mit dem Stab in Panama. Die Aufgabe des Koordinators wurde dem US-Botschafter in Honduras, John Negroponte, übertragen.

In Washington selbst sind für die Ausarbeitung und Verwirklichung der Einmischungspolitik in Lateinamerika verantwortlich: der ehemalige Assistent des Außenministers, Thomas Enders, der Chef der Verwaltung für mittelamerikanische Angelegenheiten Craig Johnstone und der stellvertretende Assistent des Verteidigungsministers für interamerikanische Angelegenheiten Nestor Sanchez, der von der "New York Times" als "kalter Krieger seiner Natur nach" bezeichnet wurde, "dem der Antikommunismus nach 30 Jahren Dienst in der CIA in Fleisch und Blut übergegangen ist". Sie, auch Botschafter Negroponte, haben Interventionserfahrungen in Vietnam gesammelt.

Bis vor kurzem wurde der Schwerpunkt im Kampf gegen die Regierung Nikaraguas auf die militärische Ausbildung der Invasionstruppe gelegt. Jetzt ist die Operation in die entscheidende Phase eingetreten: das Eindringen in das Land und die Schaffung von Stützpunkten für den nachfolgenden Angriff auf Managua.

Gleichzeitig wurde in Kostarika die Schaffung der "Revolutionären Demokratischen Allianz" bekanntgegeben, einer weiteren Terroristengruppierung, die eine Front im Süden Nikaraguas eröffnen soll.

Die Einmischung der USA in El Salvador wird erweitert. Bisher erfolgte die Kampfausbildung der Regierungstruppen sowohl in El Salvador als auch in den USA. Jetzt werden eilends Ausbildungslager in Honduras und Guatemala geschaffen. Entsprechend wächst auch der Zustrom an Waffen und "Ausbildern". In vollem Gange ist die Planung einer großangelegten Operation gegen die Zivilbevölkerung nach dem Vorbild der bekannten "Operation Phönix" während des Vietnamkrieges. Vor kurzem forderte General Wallace Nutting, der an der Spitze des Südkommandos der USA steht, die Zahl der Berater und die Militärhilfe für El Salvador stark zu erhöhen. Der General teilte mit: Die von den USA verfolgten Ziele in diesem Land können eine direkte Teilnahme der US-Truppen erfordern.

Am 20. Mai ließ der Präsident seinen antikommunistischen Instinkten noch einmal freien Lauf. Er sprach in Miami vor einer Zusammenrottung des antikubanischen Abschaums und rief offen zur Wiederbelebung der Politik des "großen Knüppels" auf, die von Theodore Roosevelt proklamiert wurde, als der US-Imperialismus noch die ersten Schritte tat. Wie man sieht, hat sich in Washington seither wenig geändert.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York

UNSICHTBARE MACHTHABER

Luis GONZALEZ-MATA

"Bilderberg-Klub", "Dreierkommission", "Freimaurerlogen", "Roundtable Business Council" — die Namen dieser Körperschaften stehen manchmal in der Presse, sie selbst halten sich jedoch lieber im Schatten. Eigentlich sind sie finanzielle und politische Machtzentren, die die Strategie der westlichen Staaten bestimmen und konkrete Aktionen planen. Luis M. Gonzalez-Mata, ein ehemaliger Agent westlicher Geheimdienste, nennt sie in seinen in Frankreich erschienenen Aufzeichnungen eine Superregierung.

Fast 20 Jahre war er bei der Hauptsicherheitsverwaltung Spaniens tätig und arbeitete zugleich mit dem US-Geheimdienst zusammen.

Fangarme des "schottischen Rituals"

Nach dem Krieg konnten es die von der Wiederherstellung ihrer Wirtschaft in Anspruch genommenen Länder Westeuropas im Kampf um die Weltherrschaft nicht mit den USA aufnehmen. Außerdem war es ihnen als "Bevormundeten" kaum möglich, der "verwandten" Großmacht entgegenzuwirken.

Zu Anfang der 50er Jahre mußten die USA jedoch zugeben, daß ihre Schutzherrschaft — die eines allmächtigen Herrschers — in Europa gewissen Unmut erweckte. Deshalb meinten sie, neben den Methoden einer direkten Einmischung andere, weniger notorische anwenden zu müssen, die ihre Herrschaft durch die multinationalen Konzerne und mit Hilfe proamerikanischer Politiker, Finanziers und Geheimagenten Westeuropas sicherstellen könnten.

Im Jahre 1952 ging der aus den USA zurückgekehrte Joseph H. Retinger, der Generalsekretär der mit dem Beistand des US-Geheimdienstes gebildeten "Europäischen Bewegung", daran, intensiv die "Notwendigkeit einer europäischen Körperschaft zu propagieren, in der Amerikaner und Europäer gemeinsam an einer Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten arbeiten könnten".

Das Fundament dafür wurde auf einer Gründungsstagung in Paris mit der Bildung eines Organisationskomitees gelegt. Die Initiatoren und ersten Mitglieder waren Prinz Bernard von Holland, der belgische

Außenminister Van Zeeland, Präsident der Assoziation für europäische Einheit, ferner W. Donovan, ein ehemaliger Leiter des US-Amts für strategische Dienste (des Vorgängers der CIA in den Jahren 1942–1945), der ehemalige CIA-Direktor Bedell-Smith, der Unilever-Präsident Paul Rijkens, die französischen Politiker Guy Mollet und Antoine Pinay, die portugiesischen Bankiers Espirito Santo und Nogueira, ferner Nicolas Franco, ein Bruder des spanischen Caudillo, der ehemalige Nazibankier und -finanzier Hermann Abs, Joseph Luns, ehemaliger holländischer Außenminister, Generalsekretär der NATO, der ITT-Präsident Sosthene Behn, der Geschäftsmann Oberst a. D. Mertens, der bundesdeutsche Finanzier, Sohn der zweiten Frau von Goebbels Harald Quandt, der in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilte ehemalige IG-Farben-Direktor Gunther F. Fahle und ein Leiter des Lockheed-Konzerns.

Außer einem wütenden Antikommunismus und einer tiefen Sympathie für die USA verband die künftigen Mitglieder der später Bilderberg-Klub benannten Körperschaft noch eins: Die meisten waren namhafte Mitglieder der Freimaurerlogen "mit schottischem Ritual", die unter US-Kontrolle stehen und seit 1945 eine starke Handhabe der internationalen Rechten sind.

Was ist von der kaum bekannten Körperschaft zu sagen?

Die "schottischen" Freimaurer arbeiten neben Geheimdiensten, Politikern, der Mafia und profaschistischen Elementen aktiv in zahlreichen antikommunistischen

Gonzalez-Mata kennt Einzelheiten der Komplotte, die zur Ausschaltung des spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco, zur Ermordung John Kennedys, zur Entführung des italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro u. a. führten. Er weiß auch von anderen Operationen, die die "Superregierung" plante und die unter Beteiligung der US-Geheimdienste ausgeführt wurden. Er begnügt sich aber nicht damit, das Kriminelle dieser Schandtaten zu schildern, sondern sieht in ihnen einen Aspekt der verbrecherischen Beschaffenheit der Politik des Imperialismus und stellt ihn mit Sachkenntnis unter Beweis. Wir bringen hier Fragmente aus seinem Buch, das russisch im Moskauer Progress-Verlag erscheint.

Organisationen Europas mit, die von der CIA unterstützt werden: in der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in der Europäischen Bewegung, im Europäischen Kulturzentrum, im Europäischen Kongreß, in der Assoziation für europäische Einheit, im Amerikanischen Komitee für ein Vereinigtes Europa usw.

Viele Jahre war die kleine italienische Loge P 2 (Propaganda 2) der Stoßtrupp der "schottischen" Freimaurerbewegung in Europa. Wie die Untersuchung von Verbrechen ergab, die in Italien und einigen anderen kapitalistischen Ländern Europas die Spannungen aufheizten, waren einflußreiche Mitglieder der P 2 durch viele Fäden mit Extremisten aller Schattierungen verbunden und benutzten diese für ihre eigenen Zwecke.

Meditationsklub oder Superregierung!

Vom 29. bis zum 31. Mai 1954 tagte in Osterbeck (Holland), im Hotel Bilderberg die erste internationale Konferenz, die die Gründung eines "Meditationsklubs" für Politiker, Finanziers, Industrielle, Militärs, Journalisten und andere Repräsentanten der herrschenden Elite aus den NATO-Ländern beschloß. Zum Klubvorsitzenden wurde Prinz Bernard von Holland gewählt. Der damals gebildete zehnköpfige Führungsausschuß sollte eine "transnationale Regierung" werden.

Dieser Ausschuß (offiziell Generalsekretariat genannt) hat zwischen den Sitzungen seiner Mitglieder (den Jahrestagungen) alle Befugnisse in Angelegenhei-

ten des Klubs und ergreift kraft der ihm von der Tagung eingeräumten Rechte "die Initiative zu Aktionen im Sinne des Klubs und führt sie aus".

Der Klub, auch seine oberste Leitung und das ständige Sekretariat, wird aus "Spenden seiner Mitglieder, Sympathisierender wie auch verschiedener Organisationen" finanziert. Anfangs hatte der Klub ein Jahresbudget von 250 000 Dollar. Später wurden es einige Millionen Dollars (nach Schätzungen unter Berücksichtigung der Ausmaße, die das Eingreifen des Klubs in die inneren Angelegenheiten einiger westlicher Länder in den 60er Jahren annahm, 20–25 Mio). Der größte Teil der Gelder kam von den Multis und den westlichen Geheimdiensten. Sie wurden (namentlich solche für bestimmte Operationen) dem Klub hauptsächlich über allerlei Deckgesellschaften und Banken zugeleitet, die sich im "Steuerparadies" der Bahamas, Liechtensteins, Luxemburgs und der Schweiz niedergelassen hatten, so daß die genauen Namen der "edlen Spender" schwer festzustellen sind.

Dokumentarisches über die ersten Jahre des Klubs ist rar, Genaueres über ihn für

Der Klub hatte es sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht, ins politische Leben der kapitalistischen Staaten Europas einzugreifen. Im Rahmen seiner "harmlosen" alljährlichen Debatten wurden dank dem Bemühen des Führungsausschusses und des (sowohl US-amerikanischen als auch bundesdeutschen und italienischen) Geheimdienstes Pläne für bisweilen blutige Provokationen geschmiedet. Sie standen im Zeichen eines "Schutzes des Westens vor dem Weltkommunismus", wobei es der Zweck der Übung war, ganze Kontinente unter US-Herrschaft zu halten. Bezeichnenderweise war der Klubvorsitzende, Prinz Bernard, zugleich Präsident der Föderation euroamerikanischer Organisationen, die verschiedene "Gesellschaften der Freundschaft mit den USA" (eine französische, belgische, niederländische u. a.) erfassen.

Der Klub ist ganz exklusiv, über seine Debatten gelangt fast nichts an die Öffentlichkeit, und die Mitglieder treten als "Privatpersonen" auf. Er leugnet sein Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der in ihm repräsentierten Länder, obwohl es immer intensiver wird. Sein Einfluß wächst mit jedem Jahr.

Den Sitzungen wohnen auch manche Gewerkschaftsführer, Journalisten und andere Personen bei, die diesem imperialistischen Machtzentrum nicht direkt angehören. Der amerikanische Forscher William Guy Carr stellt dazu folgendes fest:

Ähnlicher Ansicht ist der britische "Observer", er schrieb am 7. April 1963: "Die Bilderberg-Gruppe strebt eine unumschränkte Herrschaft über die Völker mit Hilfe von Marionettenregierungen an, deren Führer käufliche Politikaster sein sollen." Der italienische "Europeo" äußert sich so: "Trotz seiner bunten Zusammensetzung ist der Bilderberg-Klub eine Superregierung, die die Regierungen der westlichen Länder nach ihrer eigenen Fassung ummodelliert."

Also:

Erstens sind die meisten Klubmitglieder US-Amerikaner; zweitens nehmen alle die Interessen der Multis und der Rüstungskonzerne oder der Geheimdienste wahr; drittens streben sie in Europa ein enges militärisches, politisches und finanzielles Bündnis unter der "naturgegebenen" Führung der USA an.

Und nach de Gaulle!

Nachdem Frankreich 1966 aus der Militärorganisation der NATO ausgetreten war, berief Prinz Bernard schleunigst eine Sondersitzung des Bilderberg-Klubs ein. Sie tagte vom 8. bis zum 10. März.

Die offiziellen Gäste trafen per Sonderflugzeug auf dem Militärstützpunkt in Wiesbaden ein. Den Prinzen begleiteten Manlio Brosio, Generalsekretär der NATO, General Walters, Vizedirektor der CIA, der stellvertretende US-Außenminister Ball, Klosson vom US-Außenministerium und der US-General Donovan. Von



die 60er und die folgenden Jahre berechtigt jedoch zu der Feststellung, daß für die "Bilderberger" Politik enorme Summen ausgegeben wurden. In Italien allein stellte ein US-Ölkonzerne, der dem Klub angehört, über 50 Mio Dollar für "befreundete" Parteien, für Politiker und Presseorgane zur Verfügung.

"Anscheinend merkten einige Teilnehmer der Sitzungen der Bilderberg-Gruppe gar nicht, daß sie manipuliert wurden... Aber auch wenn sie nichts von deren technokratischen und globalistischen Zielsetzungen wußten, traten sie in ihren eigenen Ländern als objektive Anhänger einer Weltdiktatur dieser Gruppe auf."

französischer Seite kamen Baumgartner, Villiers, Massigli, Plevin, Pflimlin, Faure, Mollet, Pinay und Baumele.

Die Tagesordnung lautete schlicht und einfach: Reorganisation der NATO.

Im Mai desselben Jahres trat, auf den ersten Blick ohne jeden Zusammenhang

mit der Bilderberger Zusammenkunft, in Paris eine Konferenz von Vertretern der Geschäftskreise Frankreichs und der USA über "die französisch-amerikanischen Differenzen" und Mittel und Wege zu ihrer Überwindung zusammen.

Der Pariser Presse zufolge "debattierten sie hauptsächlich darüber, was nach de Gaulle sein wird ..., da der ausgeprägte Nationalismus der Fünften Republik eine vorübergehende, in Raum und Zeit begrenzte Erscheinung" sei.

Auf dieser Konferenz waren von französischer Seite anwesend: Villiers (Präsident des Landesrats der französischen Unternehmer), Baumgartner und Huvelin (von der Kleber-Colombes-Gruppe), Roux (Präsident und Generaldirektor der Compagnie generale d'electricite), Grandpierre (vom Konzern Pont-a-Mousson) und Guerlain (von der Guerlain-Gruppe); die USA repräsentierten Dillon (Bankier, Exminister, Exbotschafter), Blough (Präsident und Generaldirektor der United Steel Corp.), Borch (Präsident und Generaldirektor von General Electric), Murphy (Präsident und Generaldirektor vom Cambells Soup), Gates (Präsident und Generaldirektor des Morgan Guaranty Trust), Trippe (Präsident und Generaldirektor der Panamerican Airways) und Boesvhenstein (Präsident und Generaldirektor der Bechtel Corp.). Zwei von ihnen, Murphy und Gates, gehören zu den Spitzenfunktionären der amerikanischen Unternehmerverbände, die 200 größte Firmen der USA erfassen. Dieser Klub, der "Business Roundtable", steuert die gesamte industrielle Betätigung der USA, sein Einfluß erstreckt sich über seine "Vertreter" im "World Business" (einem internationalen Klub von Geschäftsleuten) und im Bilderberg-Klub auf die Rüstungsindustrie (Coinmil), die Zivilindustrie (World Business Council) sowie auf die Politik (Bilderberg-Klub). Der von Gates geleitete Morgan Guaranty Trust seinerseits kontrolliert unmittelbar 27 größte internationale Konzerne und gehört zu den Hauptaktionären von 56 anderen transnationalen Monopolen, die Zweigstellen in mehr als 20 Ländern haben*.

Fast gleichzeitig tagte in Genf eine andere Konferenz unter dem Patronat des sogenannten Atlantik-Instituts, dessen Vizepräsident damals der Belgier Spaak, ein führender Mann im Bilderberg-Klub, war.

Beide Konferenzen kamen zu dem gleichen Schluß: "Europa kann ohne

Amerika nicht existieren." Deshalb müsse man alles daransetzen, den Zufluß amerikanischen Kapitals auf die EG-Märkte zu fördern.

Anfang 1967 entwickelten die "Atlantiker" eine ebenso fieberhafte Betriebsamkeit. Zwei "selbständige" Konferenzen wurden abgehalten, eine vom 19. bis zum 22. Januar in Cannes (Frankreich), einberufen vom "Atlantik-Institut" (Villiers), Ko-Vorsitzende: Baumgartner (Frankreich) und Rolle (USA). Die Teilnehmer waren weltbekannte, einflußreiche Geschäftsleute einiger Länder. Erstmals erschienen dort auch Vertreter Japans. Während der vier Tage debattierte man über "Änderungen der Gesamtstrategie wegen der Haltung Präsident de Gaulles". In der Schlußresolution heißt es: "Die Konferenzteilnehmer erkennen einstimmig die Notwendigkeit an, die Zusammenarbeit auf Regierungsebene wie auch zwischen Vertretern der Geschäftskreise und Geldinstitute sowie im Handel enger zu gestalten."

Liest man zwischen den Zeilen (was bei "Resolutionen" derartiger Konferenzen stets am Platze ist), so wird man sich völlig über den Sinn klar: Amerikanischen Kapitalien soll freier Zugang zu Europa verschafft werden.

Wie die Mai-Krise benutzt wurde

Man schrieb April 1968. In Mont-Tremblant (Kanada) fand unter dem Vorsitz Prinz Bernards eine turnusmäßige Tagung des Bilderberg-Klubs statt. Unter den 110 Teilnehmern waren: Giscard d'Estaing, Mendes France, Nogueira (Außenminister Portugals), Nicolas Franco (spanischer Botschafter in Lissabon), Luns (Außenminister der Niederlande), Pearson (ehemaliger Außenminister Kanadas), Parizeau (Vertreter des Wirtschaftsrats von Quebec), Franz Josef Strauß und Harald Quandt (beide BRD), aus den USA Ball, McNamara, Henry Ford und Angleton (CIA); Rosonneky (Generaldirektor der Bank von Kanada), de Rothschild (Frankreich), Powell (England) und Agnelli (Fiat).

Der Leser erinnert sich gewiß an die damaligen Unruhen im bürgerlichen Europa, die eine "Krise der Beziehungen zwischen den Generationen" bloßlegten. Bekanntlich nahmen diese Vorgänge in Frankreich, das im Westen schon immer zur Avantgarde sozialrevolutionärer Bewegungen gehört hat, außergewöhnliche Vehemenz und Breite an. Viel weniger bekannt ist, wie sich die US-Geheimdienste diese Vorgänge zunutze machten. Ihre Strategen erblickten in der "Stu-

dentenrevolution" nicht allein eine Gefahr für die bürgerlichen Machtinstitute, sondern auch eine Gelegenheit zu einem entscheidenden Schlag gegen den Mann, der jahrelang immer hartnäckiger danach strebte, die nationale Unabhängigkeit zu erhöhen, nämlich Präsident de Gaulle.

Dessen "gefährlicher Nationalismus" zeigte sich in Frankreichs Austritt aus der Militärorganisation der NATO (noch früher mußten die US-Truppen Frankreich räumen, und das Hauptquartier der NATO wurde nach Belgien verlegt) und in seinen "europäischen" außenpolitischen Anschauungen. De Gaulle ging davon aus, daß Europa vom Atlantik bis zum Ural reicht (was einen Dialog mit der UdSSR voraussetzte. — **Ann. d. Red.])**

Der Bilderberg-Klub behielt die "gaullistische Gefahr" ständig im Auge. Auch in Madrid beunruhigten sich Politiker Francos über die Situation in Frankreich. In den Nachkriegsjahren hatte sich eine große antifränkistische Kolonie gebildet, "gefährliche" Organe wie das ZK der KP Spaniens, eine Delegation der von den Putschisten gestürzten Spanischen Republik, die Baskenregierung, die Präsidentenkanzlei der autonomen Regierung Kataloniens, die Führung der nationalistischen Baskenorganisation ETA und die Leitung einiger extremistischer Organisationen und Gewerkschaften wurden "inoffiziell" in Frankreich zugelassen.

Die spanischen Teilnehmer des Bilderberger Treffens waren Oberst Rodriguez (Leiter der Hauptsicherheitsverwaltung), Oberst Ternero Toledo (Leiter des Informationsdienstes), Oberst Cortezo und Junquera (ehemaliger Leiter der Europaabteilung im Informationsdienst), Gonzalez Campos (Leiter der spanischen Geheimdienstagenten in Toulouse), Conesa (Chef des Aktionsdienstes für Koordination, Organisation und Verbindungen), Wayne (Assistent von General Walters für Europa, Spezialist für Elektronik, in Paris tätig), Kommissar Maturana und der Schreiber dieser Zeilen.

Maturana und ich hatten Auftrag, unsere Leute bei den "Linken" einzuschleusen, die Kontrolle über diese Gruppen zu erlangen und zu klären, wie sie namentlich für Spanien gefährlich werden könnten.

Wir mußten die Leitung der illegalen Arbeit an uns bringen, gestützt auf das schon von den US-Geheimdiensten in Paris gebildete Agentennetz. Dieses sollten wir nach Madrider Richtlinien benutzen, ohne amerikanische und spanische Dienststellen erkennbar heranzuziehen. Dank seiner Stellung als Verbindungsmann zwischen den spanischen

*Gewöhnlich sitzt der Präsident des Business Roundtable als "inoffizieller Berater" im Weißen Haus



"Trotz des Befehls auseinanderzugehen und der Aufforderungen, sich nicht provozieren zu lassen, ging die Manifestation weiter, und die Teilnehmer gerieten in Wut. Die entschlossensten bewaffneten sich mit Eisenstäben, und der Rauch von den Barrikaden erinnerte an die Fantome eines anderen Mai."

So schilderte die Wochenschrift "Paris Match" den Pariser Zusammenstoß zwischen jungen Menschen und der Polizei vom Mai d. J. Anlaß zu der Aktion war eine Debatte in der Nationalversammlung über eine Vorlage

betreffs einer Hochschulreform, über die die Rechtsopposition sehr ungehalten war. Der Vergleich mit dem Mai 1968 brachte die Wochenschrift zu dem Schluß, die Lage der Jugend habe sich unter der gegenwärtigen Regierung ebenso wenig wie unter de Gaulle verändert.

Es ist nicht neu, daß Jugendunruhen zur Destabilisierung der Lage im Land benutzt werden. Sowohl im Mai 1968 als auch im Mai 1983 wiegelten Provokateure der Reaktion die Jugend zu Ausschreitungen auf. Diese "Fantome" hat "Paris Match" aber nicht erwähnt.

und den französischen Geheimdiensten sollte Maturana durch seine eigenen Kanäle Informationen (oder, falls nötig, Desinformationen) je nach den zu erfüllenden Aufgaben den französischen Nachrichtendiensten zuleiten.

In Paris angekommen, nahm ich Verbindung mit einem offiziellen US-Vertreter auf, der für die Koordination der Tätigkeit der CIA-Agenten und des Spionagedienstes in Frankreich zuständig war. Es war Oberst Graham, er arbeitete in einem Flügel der US-Botschaft in Paris, Rue Boétie 83. (1974 wurde er zum Assistenten des Leiters des Nachrichtendienstes beim US-Verteidigungsministerium ernannt.)

Wir trafen uns in der Pariser Wohnung des CIA-Vertreters in Frankreich. Außer Graham waren da General Walters, Wayne, Stabler (Leiter der CIA-Abteilung für Frankreich, die Schweiz und Italien), Clark (vom Aufklärungs- und Forschungsbüro des US-Außenministeriums) und Molisani (vom US-Gewerkschaftsbund AFL/CIO).

Obwohl die Amerikaner bei dem Treffen kurz auf eventuelle Folgen der Geschehnisse für Spanien und Portugal

eingingen, war es ganz klar, daß sie sich am meisten für die Möglichkeit interessierten, die Situation gegen Präsident de Gaulle auszunutzen. Die USA schienen bereit zu sein, de Gaulle "den Linken aufzuopfern". Ich äußerte Graham gegenüber mein Befremden, und er erwiderte:

"Es handelt sich gar nicht darum, den Linken zur Macht zu verhelfen. Unsere Freunde sollen Unruhen stiften und für möglichst viele Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei sorgen. Man muß bei der 'schweigenden Mehrheit' und der Bourgeoisie eine Gegenreaktion auslösen, sie sollen, nachdem sie die Gefahr erkannt haben, de Gaulle zur Änderung seiner Politik und dazu zwingen, von den Ländern Osteuropas abzurücken und in den Schoß des Bündnisses Europas mit den USA zurückzukehren. Darauf können und müssen wir mit Hilfe unserer Freunde, die sich in den Staatsapparat eingeschleust haben, hinarbeiten. Möglicherweise wird ein Druck von rechts de Gaulle zwingen, zurückzutreten und einer Regierung Platz zu machen, mit der leichter zu reden ist.

Unsere Beziehungen auf Regierungsebene ermöglichen es uns schon jetzt,

einzugreifen und von den Straforganen ein rigoroseres Vorgehen zu fordern. Mehr noch, man könnte in den Gruppen der Unzufriedenen selbst Provokationen stiften. Jetzt müssen wir uns in die leitenden Stellen der subversiven Kräfte einschleusen und ihre Pläne und Möglichkeiten klären, um einen entsprechenden Einfluß auszuüben und sie, falls wir sie für gefährlich halten, von innen her zu torpedieren. Für den Anfang haben wir Interesse daran, daß unsere Freunde, die sich in die Aktivistengruppen eingeschleust haben, Demonstranten in möglichst viele Zusammenstöße mit der Polizei verwickeln. Zerstörungen und möglichst viel Verwundete sind jetzt unsere besten Verbündeten."

Ich trat unter dem Namen Major Maedo auf (Maedo war seinerzeit ein Führer der "Lateinamerikanischen Avantgarde", einer von der CIA und der US-Spionage dafür aufgezogenen Organisation, ihre Agenten in die revolutionäre Bewegung Lateinamerikas einzuschleusen.) Sehr bald gewann ich bei den revolutionären Aktionskomitees Vertrauen, und sie übergaben mir die Leitung des Sanitätsdienstes im Bezirk des Odeon-Theaters. Das bot mir

ideale Möglichkeiten, immer auf dem laufenden zu sein und sogar bei Beschlüßfassungen im Odeon-Komitee mitzureden.

Das Quartier Latin bedeckte sich mit Barrikaden, Brandsatzflaschen explodierten, es wurde provoziert, und das alles entsprach dem Auftrag der CIA.

Am 29. Mai nahm de Gaulle sein Archiv aus dem Präsidentenschloß und verließ Paris. Graham und seine französischen Kumpane heizten die Atmosphäre weiter auf. Bald darauf marschierten die ersten Truppen in Paris ein (eine Fallschirmeinheit wurde im Dome des Invalides einquartiert), und die Leiter der Ordnungshüter (des Innen- und des Verteidigungsministeriums) wurden "aus zuverlässigen Quellen" in Kenntnis gesetzt, daß die CGT ihren Funktionären Waffen eingehändigt habe und daß eine bevorstehende Manifestation mit der Besetzung einiger öffentlicher Gebäude enden solle.

Durch diese von der CIA ausgehenden "Informationen" wurden die französischen Militärbehörden "gezwungen", die Armee in erhöhte Einsatzbereitschaft zu bringen. Pompidou, der auch unter der Wirkung dieser Informationen stand, dachte anfangs, wie er später eingestand, daran, die Nationalversammlung aufzulösen (da de Gaulle verschwunden war) und selbst für die Präsidentschaft zu kandidieren.

Inzwischen beriet de Gaulle mit mehreren Militärs, und sie riefen ihm zur Rückkehr und dazu, "die Kontrolle über das Land wiederherzustellen". Er kehrte zurück und hielt eine eindrucksvolle Rede über die Auflösung der Nationalversammlung und über ein Referendum. Seine Anhänger veranstalteten eine Riesenkundgebung. Allmählich normalisierte sich die Lage.

Hatten die CIA und der US-Spionagedienst die "Schlacht" also verloren? Hatten sie wirklich nichts erreicht? Ja, das war aber nur auf den ersten Blick der Fall.

De Gaulle hatte Pompidous Vertrauen endgültig eingebüßt. Bald darauf appellierten einige Politiker an die Wähler, beim Referendum mit Nein zu stimmen. Trotz der "triumphalen" Rückkehr de Gaulles wurde sein Verschwinden aus Paris in politischen Kreisen und bei der "schweigenden Mehrheit" sehr ungünstig beurteilt. Der Koloß hatte gezeigt, daß er auf tönernen Füßen steht und der Lage nicht gewachsen ist. So etwas wird nicht verziehen. Nach einigen Monaten dankte de Gaulle ab.

Räumung des Odeons

Die Polizei beschloß, das Sprengen der "revolutionären Zentren" beim Odeon

anzufangen. Am 14. Juni besetzten Polizeiaufgebote im Morgengrauen alle Zugänge zu diesem Theater, seine Terrassen und einige Nachbarhäuser. Der Sicherheitsdienst des Revolutionären Aktionskomitees "Odeon" wurde gewarnt, nahm eine Umgruppierung vor, rückte ab und ließ in dem Gebäude nur einige hundert Mann zurück, darunter etwa 30 Verwundete und solche einschließlich von Frauen und Jugendlichen, die täglich kamen, um "sich an der Revolution zu beteiligen".

Der Ordnungsdienst (in den sich ungefähr ein Dutzend CIA-Agenten eingeschlichen hatte) war bereit, das Odeon bis zum Schluß zu verteidigen. Gegen 9 Uhr morgens traf Polizei unter dem Präfekten Grimaud in der Gegend des Theaters ein. Sie rüstete zum Sturm auf das Gebäude... (In dem Buch "Im Mai tue, was auch immer" behauptet Grimaud, er sei allein vor der Ankunft der Polizeiaufgebote hingekommen. In Wirklichkeit waren alle Zugänge zum Odeon schon um 6 Uhr morgens abgeriegelt.) Ich blieb drinnen... Von da sah man deutlich, daß ein weiterer Widerstand und eine Verteidigung des Odeons, in dem keine linken Politiker mehr waren, nicht nur sinnlos war, sondern zu einem Blutvergießen geführt hätte. Vor dem Hauptportal lag eine dicke Kette, und ich benutzte einen Seitenausgang. Ich arbeitete mich zu Präfekt Grimaud durch und sagte ihm, daß sich im Theater nur Leute befanden, die "am Krieg nicht teilgenommen hatten", daß man folglich eine Räumung des Gebäudes vereinbaren müsse... Es wurde vereinbart, daß Unbewaffnete das Odeon verlassen dürfen und daß sie von der Polizei nicht angehalten oder auf ihre Personalien hin geprüft werden sollten. Allmählich, im Beisein ausländischer Journalisten wurde das Odeon geräumt.

Als letzter ging ich, und trotz der getroffenen Vereinbarung wurde ich zusammen mit anderen festgenommen.

Zum Schluß erteilen wir dem Präfekten das Wort, und er erzählt folgendes über die Geschehnisse vom Mai 1968:

"Ich verfügte, daß der Leitung der Leute im 'Odeon' mitgeteilt werden soll, daß alle ungehindert herauskommen dürfen, vorausgesetzt, daß das schnell und ohne Zwischenfälle vor sich gehe... Das habe ich kurz darauf auch einem wohlgezogenen, höflichen jungen Mann bestätigt, der sich als ein 'Verantwortlicher' der im Odeon befindlichen Personen vorstellte. Er half uns bereitwillig beim Räumen. Später schrieb er ein Buch, in dem er behauptete, er habe für die CIA gearbeitet. Nun, das mag schon sein."

(Fortsetzung folgt)



Das einstöckige Einfamilienhaus Avenue des Figuiers 12 in einer engen Sackgasse am Rande von Lausanne ist seit einigen Monaten eine Wallfahrtsstätte. Hier, in dem winzigen Garten, unter einer ausladenden Libanonzedern, sitzt auf einer weißen Bank Georges Simenon in einer lockeren cremefarbenen Bluse mit einer Kordel statt Schlips und nimmt Glückwünsche entgegen. Er ist 80 Jahre alt geworden und hat über 62 davon an der Schreibmaschine zugebracht. Das Ergebnis: 80 Romane über Polizeikommissar Maigret, 134 psychologische Romane, die in 500 Millionen Exemplaren vertrieben wurden, und nach diesen Werken wurden 58 Filme gedreht und über 300 TV-Programme arrangiert. Über Simenon sind in der UdSSR, den USA, Japan und anderen Ländern mehr als 50 Dissertationen und Abhandlungen geschrieben worden.

"Für das Leben eines Schriftstellers ist der Rhythmus bestimmend, den die Schreibmaschine angibt", scherzt er. "Sie hat mich die ganzen Jahre in Trab gehalten. Ich hatte den Lesern ja viel zu sagen. Ich bin ganz der Meinung Lew Tolstois, daß ein Mensch eigentlich gar nicht viel braucht. Jetzt, an meinem Lebensabend — nein, nein, ich sage das nicht traurig, sondern stelle es nur fest —, fühle ich irgendwie stärker die Verbundenheit mit den Urquellen. Noch im 17. Jahrhundert waren meine Verwandten Bauern in Belgien, in Limburg. Ich besitze ein Schriftstück, das bezeugt, daß ein Begründer unserer Familie im Jahre 1680 Tagelöhner war. Unter meinen Ahnen waren Hutmacher, Bergleute, Möbeltischler, auch Fachleute für Geldschrankschlösser, kurz — wie soll ich es nur genauer sagen — ich komme von der

GEORGES SIMENON:

„ICH HOFFE DENNOCH“

Scholle und vom Gewerbe her. Wer gepflügt und Werkzeug in der Hand gehabt hat, der geht unbeirrt durchs Leben, der sucht und findet Mittel und Wege, das Leben besser zu machen. Entschuldigen Sie die Binsenwahrheit, aber die Arbeit ist nun einmal die Grundlage eines jeden Erfolgs.“

„Bitte etwas über Ihre Kindheit! In einem Roman über Maigret schildern Sie, wie er schon als Junge die Schwere eines feuchtkalten Morgens verspürte, wie er um 6 Uhr aufstehen mußte, um rechtzeitig bei der Messe zu ministrieren.“

„Ja, so ist es mir auch ergangen. Ich denke jetzt oft an meine Kindheit und meine Mutter. Ihre Krankheit warf uns aus dem Gleise, der Rhythmus des Kampfs ums Dasein war dadurch gestört. Mutter vermietete Zimmer, davon hatten wir gelebt, deshalb war ihre Krankheit eine wahre Katastrophe. Ich denke viel über Ehescheidungen nach, die einem kleinen Menschen die Kindheit vergällen. Natürlich wäre es besser, wenn das nie geschähe, wenn sich aber Eltern auseinandergelebt haben, dann müssen sie an die Psyche des Kindes denken. Es tut weh, kleine Greise in einen Streit von Ehrgeiz und Egoismus verwickelt und als Scheidemünze in einer ausweglosen Lage zu sehen, aus der keiner als Sieger hervorgeht. Im Zusammenhang damit habe ich viel über das Schicksal unverheirateter Frauen nachgedacht.“

„Über alleinstehende Frauen?“

„Ich ziehe den Ausdruck 'unverheiratete' vor. So eine Frau ist nicht zu beneiden. Niemand sieht ihre Tränen, kennt ihre Gedanken. Ist sie fröhlich, dann wird sie beneidet und verurteilt. Ich habe Tausende solche Frauen beobachtet und zu verstehen versucht, und glauben Sie mir, viele verdienen ein besseres Los.“

Ich habe mich mein Leben lang bemüht, Menschen zu verstehen. Es begann mit gewöhnlicher Neugierde und mit der jugendlichen Verirrung, alles begreifen zu wollen. Ich reiste viel, sah und merkte mir viel. Ich finde, für einen Schriftsteller ist es nicht sehr wichtig, sich

Aufzeichnungen zu machen. Es kommt darauf an, unter und mit Menschen zu sein. Ich habe mir immer Mühe gegeben, jemandem zu helfen. Es gibt auf der Welt ja so viele Unglückliche, Enterbte und Irrende. Wie ich dastand, konnte ich nur mit Worten helfen. Wenn ich einen Roman über Maigret schrieb oder Tagebücher und Erinnerungen veröffentlichte, dann schilderte ich die Geschehnisse so, daß der Leser darin seelischen Halt fand und Hoffnung schöpfen konnte.“

„In dem Buch 'Ma dictée' schreiben Sie voll Schmerz über Kriegsgeschehnisse.“

„Ich hasse den Krieg. Zwei Weltkriege habe ich erlebt und kann nicht ruhig mit anhören, wenn kaltblütig über die Vernichtung von Menschen oder sogar der Menschheit gesprochen wird. Unlängst bekam ich einen Bericht des Internationalen Expertenausschusses der Weltgesundheitsorganisation, 'Die Folgen eines Kernkriegs für Volksgesundheit und Gesundheitswesen'. Das liest sich wie die Apokalypse aus dem Neuen Testament. Ein nuklearer Weltuntergang.“

Hören Sie zu.“ Er nimmt den gelb eingebundenen Bericht und liest: „Die Sprengkraft der nuklearen Arsenale der Welt ist jetzt etwa 5000mal so groß wie die sämtlicher im zweiten Weltkrieg benutzter.“ Und weiter: „Die Überlebenden müßten hungern und verhungern. Millionen werden in den ersten paar Jahren nach einem nuklearen Weltkrieg Hungers sterben.“ — „Das ist doch grauenhaft! Pläne für eine nukleare Vernichtung, selbst eine begrenzte, sind sittenwidrig. Die heutigen Franckensteins haben schon den kalten Zynismus eines Napoleon überboten, der an Josephine schrieb, im jüngsten Gefecht seien 30 000 Soldaten gefallen; das sei ein Nichts, verglichen mit dem Hochgefühl, bald in ihren — Josephines — Armen liegen zu können. Wir Schriftsteller müssen protestieren, wir müssen den Menschen ihre Verantwortung und die Tatsache bewußt machen, daß der einzige Ausweg die Verhütung von Kriegen ist. Dieses Menschheitsideal ist heutzutage ein Imperativ, ein tagtägliches Anliegen. Ich gebe

die Hoffnung und den Glauben an die menschliche Vernunft nicht auf. Ich hoffe auf die Jugend.“

„In dem Roman 'Touristes de Banane' schreiben Sie über die Achtung vor der Menschenwürde, besonders bei der Jugend, die sich noch nicht gefunden hat.“

„Ich hoffe auf eine Zeit, in der es die Norm des Verkehrs von Mensch zu Mensch sein wird, stolz zu sein und sich selbst und vor allem andere zu achten. Ich schrieb einmal, daß es noch angeht, einen Menschen zu bestehlen, daß es aber ein richtiges Verbrechen ist, ihm seine Achtung vor sich selbst zu nehmen. Das ist der größte Schimpf, den man der Menschenwürde antun kann.“

„Manches aus Ihren Romanen lebt auf, wenn man in Ihre Vaterstadt Lüttich kommt. Vor einigen Jahren war ich in Ihrem Geburtshaus.“

„Es steht in einem Viertel kleiner Leute, zu denen ich ja auch gehöre. Die Jagd nach Geld hat mich nie verlockt, ich bin gegen ein übermäßiges Eigentumsgefühl. Vielleicht deshalb habe ich in meinen 'Memoires Intimes' über meinen amerikanischen Lebensabschnitt geschrieben, Amerika sei ein großes Land, aber leider werde dort der Wert eines Menschen in Dollars bemessen.“

„In Lüttich war ich einmal in einer Versammlung anlässlich des Geburtstags von Lenin. Da wurde ein Stück aus einem Roman von Ihnen vorgelesen, wo Sie die Atmosphäre unter den russischen Emigranten in Lüttich und die Ankunft Lenins schildern.“

„Lenin war einmal einen Tag in Lüttich. Wie ich schon sagte, vermieteten wir Zimmer, u. zw. an russische Studenten. Ich erinnere mich an eine Studentin aus Odessa, die bei uns unter Polizeiaufsicht stand. Ich wurde sogar verhört, wer sie besucht und um welche Zeit sie nach Hause kommt. Ich wußte, daß sie sich in einem kleinen Geschäft in der Rue Casquette, das im Schaufenster russische Papiros ausgestellt hatte, mit Lenin traf. Ich erinnere mich noch recht genau an die Zeit. Unter dem Einfluß der Studenten fing ich damals an, russische Schriftsteller zu lesen, noch bevor ich die französischen Klassiker kannte. Gogol wirft mich einfach um. Seine Erzählungen habe ich zum ersten Mal mit 12 Jahren und später noch mehrmals mit Genuß gelesen. Ebenso stark beeindruckt mich Tschekow, er ist mir innerlich nahe. Er verstand es, in die geheimsten Winkel einer Seele hineinzuleuchten. Wunderbar sind seine winzigen Details, sie helfen Menschen und ihr Innenleben erkennen. Das habe ich immer selbst angestrebt.“

"Sie wollten doch auch Arzt werden, nicht wahr?"

"Ja. Ich habe Tschchow, seine Werke und seinen Lebenslauf sehr aufmerksam gelesen. Ebenso Dostojewskis. Ihre Briefe habe ich mehrmals durchstudiert. Sie sind wohl nicht weniger eindrucksvoll. Oder nehmen Sie Tolstoi. Ich liebe seine kleinen Novellen. 'Der Tod des Iwan Iljitsch' ist meiner Ansicht nach ein Meisterwerk."

"Kommen wir vielleicht auf Belgien zurück. Die Romane, in denen Sie über einfache Wallonen und Flamen schreiben, sprechen von tiefem persönlichen Empfinden."

"Unter meinen Vorfahren waren Flamen, Holländer und Wallonen. Ich liebe die Niederlande und besonders die dortigen Flußschiffer. Durch Gorki, durch seine packenden 'Universitäten' bin ich auf den Geschmack für Lebensbeschreibungen gekommen. Übrigens habe ich in meinem 'Brief an meine Mutter' geschrieben, daß mich Gorkis Bücher aus ihrer Bibliothek stark beeinflußt haben. Ach, entschuldigen Sie, reichen Sie mir bitte meine Pfeife rüber."

"Welche?"

"Irgendeine von denen da." Smenon wies auf ein Regal über dem Kamin, auf dem allerlei Pfeifen aufgereiht standen. "Danke. Ohne Rauchen komme ich nicht lange aus, besonders, wenn ich mich mit jemandem unterhalte."

"Maigrets Tabakspfeifen sind ja weltberühmt."

"Wissen Sie, ich möchte das Rauchen ja nicht loben, aber eine Pfeife gibt einem Sicherheit, vertreibt Nervosität, und Pfeiferaucher sind gewöhnlich ausgeglichene Leute. Einmal bekam ich aus der Sowjetunion ein Meisterwerk, eine Nachbildung der Pfeife Lew Tolstois, die er einmal seine kleine Abendpfeife nannte. Mir scheint, ein gewisser Fjodorow hat sie gemacht, der war ein großer Meister. Heute verstehen sich nicht viele darauf, gute Pfeifen herzustellen."

"Es gibt Leute, die werfen Simonen Sympathien für die Sowjetunion vor. Sie sagen, daß Sie es ablehnen, in Antisowjetismus zu machen."

"Stimmt. Das habe ich nie getan. Ich habe auch nie einer Partei oder Gruppierung angehört. Da ich aber antikapitalistisch eingestellt bin, gehört meine Sympathie den kleinen Leuten, den arbeitenden Menschen und folglich auch Ihrem Land. Ich bin viel gereist und habe überall den MENSCHEN gesucht, den, der durch das Schicksal ungeboren ist, der über

den Lebensumständen steht und Edelmüt besitzt. Solche Menschen habe ich bei Ihnen, auf meinen beiden Reisen durch den Süden der UdSSR, getroffen. Das erste Mal brachte ich 1932 einen Monat in Odessa zu, und später bereiste ich die Küste, war in Jalta, Noworossisk und dem schönen, heiteren Batumi, das ich besonders liebe und in dem sich die Wege von Jahrhunderten und Zivilisationen kreuzen, wo man sogar noch Frauen mit Schleier sieht..."

"Jetzt nicht mehr."

"Ja, auf meiner zweiten Reise sah ich keine mehr. Einige Jahre später, kurz vor dem zweiten Weltkrieg, war ich mit Familie dort. Der Kontrast war überwältigend. So eine rasche Entwicklung und Vervollkommen! Die Leute waren gebildet und gesammelter, kurz: Man spürte in jedem einzelnen Faktum das rasche Vorwärtkommen der Nation, den Wunsch, sich der Rückständigkeit zu entledigen und in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik Spitzenleistungen zu vollbringen. Besonders tief hat es mich berührt, daß in der UdSSR die Traditionen Gogols und Dostojewskis gewahrt werden. In Ihren literarischen Zeitschriften — jede Sowjetrepublik hat ihre eigene — veröffentlichen Sie z. B. wie zu Zeiten Dostojewskis erstmalig Erzählungen und Romane. Ich sah, wie an Bücherständen Zeitschriften mit Neuerscheinungen vergriffen wurden. Bei Ihnen hat man die Tradition zu erhalten vermocht, die Leserschaft mit Romanen bekannt zu machen, ehe sie in Buchform erscheinen. Im Westen macht man das jetzt nicht mehr. In Frankreich war es im vorigen Jahrhundert üblich. Ich staunte, wie schnell ich Kontakt zu den Leuten bekam. Ich spreche nicht russisch, wir verständigten uns in einem Sprachengemisch. Noch jetzt steht mir eine symbolische Szene auf der berühmten Treppe von Odessa vor Augen. Ein kleines Mädchen kam zu meinem Jungen gelaufen und reichte ihm eine Rose. Was wäre schöner und beständiger auf Erden als die natürlichen Seelenregungen der Freundschaft füreinander?"

Beim Abschied bat Smenon, den sowjetischen Lesern seine aufrichtige Sympathie und Freundschaft auszudrücken und ihnen seine besten Wünsche zu überbringen. Ich blicke zurück und sehe noch lange die große, etwas gebückte Gestalt auf der Schwelle des Hauses stehen. Das gelbe Licht einer Laterne leuchtet die etwa 250 Jahre alte Libanonzedar an, unter der er sich nach getaner Arbeit abends gern ausruht.

W. KU SNEZOW

Lausanne, im Mai



In den USA soll eine kommunistische Jugendliga geschaffen worden sein. Berichten Sie bitte darüber.

A. BUBNOW
Werchojansk, RSFSR

Der Gründungskongreß der Kommunistischen Jugendliga (KJL) fand vom 29. April bis 1. Mai in Cleveland (US-Staat Ohio) statt. Daran nahmen 375 Delegierte aus über 30 Bundesstaaten teil.

Der Kongreß verabschiedete ein Programm und wählte 16 Teilnehmer ins leitende Organ — den Nationalrat. Zum Vorsitzenden wurde James Steele gewählt, der die letzten 9 Jahre die fortschrittliche US-Jugendorganisation — den Bund der jungen Arbeiter für Befreiung —, auf dessen Basis die KJL geschaffen wurde, leitete.

Gegenwärtig bestehen die KJL-Grundorganisationen in 80 Städten. "Die Tätigkeit der neuen kommunistischen Jugendorganisation ist darauf gerichtet, die Einheit der jungen Generation im Kampf der Werktätigen und des unterdrückten Volkes für Weltfrieden, Vollbeschäftigung, absolute Gleichheit, demokratische und Gewerkschaftsrechte zu konsolidieren", lautet das vom Kongreß verabschiedete Dokument "Grundprinzipien und Struktur". "Die Organisation kämpft für die Festigung der Einheit der US-Jugend mit den Völkern und der Jugend aller Staaten".

Die Liga unterhält enge Kontakte zur Kommunistischen Partei der USA, deren führende Rolle im KJL-Programm anerkannt ist. Seit den ersten Tagen ihres Bestehens wurde die Liga von reaktionären Kräften und Behörden stark angegriffen. Während des Gründungskongresses rotteten sich am Hotel, in dem er stattfand, Antikommunisten und Neonazisten zusammen.

Die Schaffung einer neuen kommunistischen Jugendorganisation kann man als einen Meilenstein in der Geschichte nicht nur der fortschrittlichen Jugend, sondern auch der allgemeindemokratischen Bewegung in den USA betrachten.

Ich habe vom neuen sowjetischen Gesetzentwurf über Arbeitskollektive gelesen, der das Mitspracherecht der Arbeiter in der Produktion vorsieht. Dabei besteht ein solches Recht in den kapitalistischen Industriestaaten, soviel ich weiß, seit langem, beispielsweise in der BRD.

Vicente LOPEZ
Caracas, Venezuela



Es diskutiert

NZ-Korrespondent

Nikita

SHOLKWER

In unserem Land nehmen die Arbeiter, sehr geehrter Herr Lopez, seit der Oktoberrevolution an der Verwaltung der Betriebe teil. Der Begründer des Sowjetstaates, W.I. Lenin, sprach von der Notwendigkeit, die Werktätigen in die Leitung einzubeziehen und jedem Werktätigen das Gefühl zu geben, über die Produktion mitzuentcheiden.

Alle Arbeits- und Lohnfragen werden in der UdSSR vom Staat nur gemeinsam mit den Gewerkschaften gelöst. Die Gewerkschaften nehmen in der UdSSR direkt an der Leitung der Produktion teil. Über 70 Leitungsfunktionen können von der jeweiligen Betriebsleitung ohne Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung nicht ausgeübt werden, weitere 20 Funktionen fallen voll und ganz in die Kompetenz der Gewerkschaften.

Der Entwurf des Gesetzes über Arbeitskollektive erhöht noch mehr die Rolle der Arbeiter und Angestellten sowie der Gewerkschaften bei der Leitung der Produktion. Sie werden aufgefordert, aktiv bei der Ausarbeitung und Erörterung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungspläne des Betriebes mitzuwirken und alles, was die Produktionstätigkeit betrifft, unter Kontrolle zu halten. Der Entwurf sieht ferner vor, daß die Arbeitskollektive berechtigt sind, Berichte der Betriebsleitung entgegenzunehmen und eigene Empfehlungen zu geben.

Sie, Herr Lopez, berufen sich auf die kapitalistischen Länder, insbesondere auf die BRD, wo Gesetze über das Mitspracherecht der Arbeiter in der Produktion bestehen. Wie sind diese Gesetze aber beschaffen? Erstens wurden sie nicht deshalb verabschiedet, weil die westdeutschen Gesetzgeber die Allmacht der Monopole beschränken wollten, sondern deshalb, weil Bundesregierung und

Bundestag sich nicht mehr über die Forderungen der Arbeiter hinwegsetzen konnten. Zweitens: Analysiert man diese Akte, so sieht man, daß sie keine effektive Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Produktion vorsehen.

Ein wenig Geschichte. Die Forderung nach dem Mitspracherecht hat eine große Ähnlichkeit mit der Losung der Arbeiterkontrolle in der Produktion, die in Deutschland bereits in der Novemberrevolution 1918 aufgestellt wurde. Diese Losung ging nie in Erfüllung. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, als sich Deutschland dem Problem des Wiederaufbaus seiner zerstörten Wirtschaft gegenüber sah, wurde die Forderung des Mitspracherechts in die programmatischen Dokumente aller Arbeiterorganisationen aufgenommen. Doch stieß diese Forderung in den westlichen Zonen auf Widerstand der Besatzungsbehörden und des deutschen Großkapitals.

Unter Streikandrohung zwangen die Gewerkschaften 1951 den Bundestag doch zur Annahme eines "Mitbestimmungsgesetzes", worin die Teilnahme der IG Bergbau und der IG Metall an den Aufsichts- und Betriebsräten fixiert war. Laut Gesetz setzten sich die Aufsichtsräte nun paritätisch aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten einerseits und des Unternehmertums andererseits zusammen. Doch das Paritätsprinzip wurde dadurch grob verletzt, daß man in diese Räte "neutrale" Vertreter kooptierte, so daß die Werktätigen sich im Rat in der Minderheit sahen und keinen nennenswerten Einfluß auf produktionsbezogene Entscheidungen ausüben konnten.

1952 wurde das "Betriebsverfassungsgesetz" verabschiedet. Es beschnitt wesentlich die Rechte der Werktätigen und der Gewerkschaften und reduzierte die Tätigkeit der Arbeitervertretungen im Betrieb auf "Sozialpartnerschaft". Diesem Gesetz zufolge bestanden die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften, die nicht zum Bergbau bzw. Hüttenwesen gehörten, nur zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten.

In den späteren Jahren gelang es der westdeutschen Bourgeoisie, das deklarierte Mitbestimmungsrecht der Arbeiter noch mehr auszuhöhlen und die er-

wählten Gesetze so umzufunktionieren, daß sie mehr der Integration der Arbeiterklasse ins kapitalistische System dienen. Die Arbeiter durften ihr "Mitbestimmungsrecht" eigentlich nur "am Arbeitsplatz" ausüben.

Indessen reichten die Forderungen der Arbeiter viel weiter. Sie bestanden auf dem Mitspracherecht nicht nur in Fragen der Sozialfürsorge, des Arbeitsschutzes usw., sondern auch bei der Entwicklung oder Drosselung der Produktion, bei der Modernisierung des Betriebes und der Gewinnverteilung.

Die wachsende Streikbewegung und die immer kategorischeren Forderungen der Gewerkschaften nötigten der Bundesregierung 1972 ein neues "Betriebsverfassungsgesetz" ab. Darin wurden die Rechte der Betriebsräte etwas erweitert: auf die Information über die Betriebstätigkeit, auf die Beteiligung an der Beschlußfassung zu bestimmten Produktionsfragen usw. Nach wie vor jedoch wurde den Arbeitervertretern in den Aufsichtsräten nur ein Drittel der Sitze zugestanden. Die Arbeiter konnten faktisch nichts ausrichten, zudem waren die Gewerkschaften von der "Mitbestimmung" völlig ausgeschlossen. Die Betriebsleitung hatte es nur mit dem Betriebsrat zu tun, der von allen Arbeitern und Angestellten unabhängig von ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit gewählt wurde.

Die Regierungskoalition SPD/FDP unterbreitete den Entwurf eines neuen Gesetzes, und dieses wurde 1976 vom Bundestag angenommen. Was sehr wichtig war: Das Gesetz wurde demonstrierend von der damaligen CDU/CSU-Opposition unterstützt. Dieser Block billigte das Gesetz nicht zufällig, entsprach es doch eher den Interessen der Bourgeoisie als denen der Arbeiter. Die meisten Sitze in den Aufsichtsräten gehören nach wie vor Vertretern des Kapitals. Wenn bei der Wahl des Ratvorsitzenden niemand von den Kandidaten die Zweidrittelmehrheit erhält, wird er bei abermaliger Abstimmung in Abwesenheit von Arbeitervertretern gewählt. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat zwei Stimmen und kann außerdem gegen einen vom Rat schon gefaßten Beschluß Einspruch erheben.

Von den Werktätigen wird dem Rat ein Vertreter der "leitenden Angestellten" beigegeben, der im Betrieb Verwaltungsfunktionen ausübt. Das erhöht noch mehr das faktische Übergewicht der Vertreter des Kapitals.

Das Gesetz von 1976 zielt, ebenso wie die früheren Arbeitsgesetze der BRD, darauf ab, die Kluft zwischen Arbeit und Kapital noch tiefer zu machen. Die "Sozialpartnerschaft" kann das nicht kaschieren, sehr geehrter Herr Lopez.

Krankenhausreif

Vor dem Sportpalast in Rom tobte unlängst einen ganzen Abend lang eine regelrechte Schlacht zwischen den Ordnungshütern und einer riesigen Menge von Teppisti (Rowdys), die mit Pflastersteinen, Eisenstangen, Brandsatzflaschen und sogar Feuerwaffen ausgerüstet waren. Den Anstoß dazu gab ungewollt der im Westen beliebte gastierende Sänger und Gitarrist Eric Clapton. Die Veranstalter seiner Darbietung hatten bekanntgegeben, daß sie die einzige sei, und die Preise für die Eintrittspreise in schwindelerregende Höhe hinaufgeschraubt. So kam es, daß sich einige tausend Besucher einfanden, die keinen Eintritt finden konnten. Der von den Teppisti angezettelte Aufruhr führte zu dem Gefecht mit der Polizei, nach dem einige Dutzend Beteiligte in Krankenhäuser eingeliefert werden mußten.

Tagebücher aus Elefantenmagen



Der "Sunday Telegraph" (London) veröffentlichte "Tagebücher der Eva Braun". Das war als Parodie auf die falschen Hitler Tagebücher gedacht. Die Zeitung spann den Scherz weiter aus, sie schrieb, "Evas Tagebücher" seien folgendermaßen in die Redaktion gelangt: Während der

Schlußtage des dritten Reiches sei Hitlers Gespielin im Zoo gewesen, und dort habe ihr ein hungriger Elefant mit dem Rüssel die Handtasche entrissen und sie verschlungen. Nach dem Zusammenbruch des "ewigen Reiches" sei der Elefant geschlachtet worden, und die in der Handtasche befindlichen Tagebücher seien nach Jahren einem Journalisten in die Hände gekommen. Diese Geschichte sei nicht minder glaubhaft als diejenige, die die Urheber der Veröffentlichung der "Hitlertagebücher" im "Stern" den Lesern auftrichteten.

Telefonfolter



Der Fiskus von St. Louis und Chicago hat sich ein probates Mittel gegen Steuerschuldner einfallen lassen. Bei solchen wird rund um die Uhr jede halbe Stunde angerufen und gemahnt, bis sie es nicht mehr aushalten können und hinlaufen, um sich ehrlich zu machen. Dafür hat der Fiskus einen speziellen Computer eingesetzt.

Schweinerei

Die Ministerin für Bundesangelegenheiten von Baden-Württemberg, Frau Annemarie Griesinger, brachte den

saudischen Botschafter in Bonn, Scheich Rashad Mussalam Nowlaty, in eine sehr peinliche Lage. Bei der Besichtigung einer Bonner Porzellan- und Glasausstellung beobachtete er interessiert die Arbeit eines Glasbläfers. Frau Griesinger nahm ein soeben dem Blasrohr entsprungenes Glücksschweinchen und überreichte es als Angebinde dem Botschafter und seiner Gattin. Sie hatte wahrscheinlich vergessen, daß das Schwein bei den Moslems als unrein gilt.

Rassistischer Knockdown

Der Boxer Davey Moore, ein Neger, Juniorenweltmeister im Mittelgewicht, kam nach Johannesburg, um dort gegen Roberto Duran anzutreten. Bis zu dem Boxkampf blieben ihm noch einige Tage, und er wollte sie benutzen, um sich zu amüsieren. Einmal ging er in einen Nachtclub. Dort paßte seine Nachbarschaft einem weißen Stammgast nicht, und der versetzte ihm eins mit einem Schlagring ins Gesicht. Wie der "Guardian" (London) mitteilt, spaltete er dem Boxer eine Lippe.

Straffreie

Verkehrssünder



New-Yorker Verkehrspolizisten haben es öfter mit vierfüßigen und sogar gefiederten Verkehrssündern zu tun. In den letzten Monaten allein waren das ein Krokodil, ein Bär, ein Gorilla, ein Wildschwein, ein Löwenjunges, eine Kobra, mehrere Pferde, ein Pinguin usw. Wie "Diario" (Portugal) be-

richtet, handelte es sich um "Lieblinge", die von ihren Herrchen oder Frauchen hinausgesetzt worden waren. Ein Fahrer sah in Brooklyn ein Wildschwein gemächlich über den Fahrdamm spazieren. Er öffnete den Schlag, um sich den "Passanten" genauer zu begucken, und wupp war dieser in seinem Wagen und streckte sich auf dem Hintersitz aus. Ohne Hilfe der Polizei war er nicht wieder loszuwerden.

Blütenpracht



Letztthin nehmen die Franzosen 200-Franc-Scheine höchst ungern an. Wie die Zeitschrift "Le nouvel homme" berichtet, ist jeder dritte solche Schein gefälscht. Die betreffenden Banknoten wurden im Juli v. J. aufgelegt, u. zw. für 20 Mio Franc. Inzwischen sind schätzungsweise für 10 Mio Franc gefälschte hinzugekommen, so daß jeder Angst hat, so eine Blüte zu erwischen.

Rekorde, Rekorde...

Der DPA zufolge fand am 5. Mai in Saint Aignan-sur-Cher (Frankreich) ein internationaler Wettbewerb von Schnurrbärtigen statt, an dem sich Mitglieder einschlägiger Klubs aus Frankreich, Italien, Holland und Belgien beteiligten. Einen Rekord stellte der 73jährige Schotte John Roy mit seinem etwa 1,5 m langen Schnurrbart auf. Vor einigen Jahren war dieser noch ganze 2 m lang gewesen, was im Rekordbuch von Guinness vermerkt wurde.

Zeichnungen: W. Tschakiridis

DOKUMENTE DER VII. GIPFELKONFERENZ DER NICHTPAKTGEBUNDENEN LÄNDER

Die VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder vom 7. bis zum 12. März in Delhi fand starkes internationales Echo. Die "Neue Zeit" brachte bereits einige Beiträge zum gegenwärtigen Stand der Nichtpaktgebundenenbewegung und zu der Konferenz. Heft 12/83 enthielt die Eröffnungsansprachen des Vorsitzenden der VI. Gipfelkonferenz, Fidel Castro, sowie Indira Gandhis, die von ihm gemäß den bestehenden Regeln den Vorsitz der VII. Gipfelkonferenz und der Nichtpaktgebundenenbewegung für drei Jahre übernahm.

Die Resultate der Konferenz von Delhi finden weiterhin in aller Welt Beachtung. In Leserbriefen wurde an die NZ die Bitte nach ausführlicherer Darlegung der wichtigsten Konferenzdokumente — Politische Deklaration, Botschaft aus Delhi sowie Wirtschaftsdeklaration — herangetragen, die wir hiermit erfüllen.

POLITISCHE DEKLARATION

Die Politische Deklaration enthält in einem Vorspann die Namen der Teilnehmer, Beobachter und Gäste der Konferenz. Es folgt der Abschnitt über die Rolle der Nichtpaktgebundenheit in der Welt von heute.

Darin heißt es, die Nichtpaktgebundenenbewegung kämpfe konsequent für die vollständige Befreiung der Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und anderer Weltregionen. Trotz vielerlei Hindernisse konnten die Bewegung und die Politik der Nichtpaktgebundenheit mit der Zeit bedeutende Erfolge in ihrem Bemühen um eine neue, auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden basierende Weltordnung erzielen. Die Entwicklung der internationalen Lage in der jüngsten Zeit bestätigt voll und ganz die Politik der Nichtpaktgebundenheit sowie ihre Prinzipien und Ziele als einen positiven, an keinerlei Blöcke gebundenen, unabhängigen globalen Faktor in den internationalen Beziehungen. Diese Politik fördert weiterhin die Bemühungen um Festigung des Friedens, um Abrüstung, Minderung der internationalen Spannungen, gerechte und friedliche Lösungen internationaler Probleme und um wirtschaftliche Entwicklung. Die Nichtpaktgebundenenbewegung war ein unausbleibliches Ergebnis des Bedürfnisses der neuen unabhängigen Länder in allen Weltregionen, ihre nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und zu stärken. Diese Länder erkannten in der Nichtpaktgebundenheit ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der vollen politischen und wirtschaftlichen Souveränität.

Weiter heißt es in dem Papier, die Stärkung der Nichtpaktgebundenheit als weitreichende internationale Bewegung sei ein unbedingtes Element der tiefgreifenden Wandlungen in der Struktur der heutigen internationalen Beziehungen. Die nichtpaktgebundenen Länder repräsentieren heute den größten Teil der Menschheit, den gemeinsame Ansichten zum Frieden und zu seinen Perspektiven verbinden und über den Rahmen ihrer unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Systeme hinausgehen. Ihr gemeinsames Streben nach

Weltfrieden, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit, Beseitigung von Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, Ausmerzung von Apartheid und Rassismus, einschließlich Zionismus, sowie aller Formen von Fremdherrschaft, Aggression, Intervention, Okkupation und Druck, die Beschleunigung des Aufbauprozesses der unter kolonialer und Fremdherrschaft befindlichen Völker und die Konsolidierung der nationalen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Staaten und ferner die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Völker bilden einen unwiderruflichen Faktor in der Weltgeschichte.

Die nichtpaktgebundenen Länder unternehmen konsequent und unermüdet alle Anstrengungen, um eine Minderung der Spannungen und eine Festigung der internationalen Verständigung zu erreichen. In diesem Zusammenhang wies die Konferenz darauf hin, daß die Tendenzen in der heutigen Weltpolitik ersten Anlaß zur Besorgnis geben, da die Kräfte, die der Befreiung der Völker feindselig gegenüberstehen, fortfahren, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Länder anzutasten und das Recht der unter kolonialer und Fremdherrschaft stehenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Der Versuch, den Kampf der Völker für Unabhängigkeit und menschliche Würde als Element der Ost-West-Konfrontation zu interpretieren, soll diesen Völkern das Recht absprechen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und ihre legitimen Wünsche zu realisieren.

Der mangelnde ernsthafte Verhandlungswille verschiedener führender Industrieländer, um einen befriedigenden Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise zu finden, verstärkt noch die Elemente der Ungleichheit und Ungerechtigkeit in den Weltwirtschaftsbeziehungen, heißt es in der Deklaration. Die Staats- und Regierungschefs hoben hervor, es sei für diese Industrieländer an der Zeit, ihren politischen Willen zu demonstrieren und die wirtschaftlichen Kalamitäten in der Welt

in corpore zu betrachten. Die einflußreiche Lobby und andere interessierte Kreise der Rüstungsindustrie kultivieren die Aufrüstung, insbesondere die nukleare. Der überall spürbare Einfluß dieser Tendenzen verweigert alte Konflikte und läßt neue entstehen, wobei die Entwicklung gesunder nationaler Gesellschaften in einer friedlichen Weltsituation behindert wird. In einer Welt nichtunbegrenzter Ressourcen bilden die riesigen Ausgaben zur Entwicklung und Herstellung von Waffen einen scharfen Kontrast zu Armut, Entbehrungen und Verelendung, die zwei Drittel der Erdbevölkerung betreffen. Die ökonomischen und sozialen Folgen des Wettrüstens verhindern die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Ein dauerhafter Frieden kann nur durch die Umstrukturierung der Weltwirtschaft gesichert werden, wobei auf die neue Weltwirtschaftsordnung und die Überwindung der wirtschaftlichen Kluft zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern Nachdruck zu legen ist.

Angesichts dieser alarmierenden Tendenzen äußerten die Staats- und Regierungschefs erneut die Gewißheit, nur eine grundsätzliche Umstrukturierung der Weltordnung könne dauerhaften Frieden, Sicherheit und Gedeihen für alle Völker gewährleisten. Sie weisen die Doktrinen des strategischen Gleichgewichts und der Abschreckung, die Konzeption eines begrenzten Nuklearkriegs, die Anhäufung von Kernwaffen sowie die Politik der Einmischung, der Intervention, des Drucks, der Destabilisierung und Okkupation als in erster Linie gegen die nichtpaktgebundenen Länder gerichtet zurück und vertreten die Ansicht, auf all das müsse zugunsten der Politik der friedlichen Koexistenz und der auf Gleichheit basierenden Zusammenarbeit verzichtet werden.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten die Ansicht, die internationalen Beziehungen seien in ein Stadium getreten, da die Entscheidung über für alle Länder der Welt lebenswichtige Probleme nicht mehr Prärogativ einer kleinen Gruppe von Ländern sein dürfe, wie mächtig sie auch immer seien. Die Demokratisierung der internationalen Beziehungen sei in unserer Zeit absolut unabdingbar. Sie führt zu einer unbehinderten Entwicklung und zur echten Unabhängigkeit aller Staaten. Die Völker der Welt erkennen immer deutlicher die Sinnlosigkeit der Versuche, die nationale Sicherheit mit Theorien und Doktrinen zu untermauern, deren Umsetzung zur Vernichtung der Menschheit führt.

Weiter vermerkt die Deklaration die Bedeutung der Einheit und Solidarität der nichtpaktgebundenen Länder angesichts der gegenwärtigen Krise in den internationalen Beziehungen. Sie sei eine unerläßliche Voraussetzung für die Unabhängigkeit und die Kraft der Nichtpaktgebundenenbewegung sowie für die Durchsetzung ihrer Ziele.

Bereits mehr als zwei Jahrzehnte vereint die Nichtpaktgebundenenbewegung einen zunehmenden Kreis von Staaten und nationalen Befreiungsbewegungen, die bestimmte grundsätzliche Prinzipien einengen. Diese Länder haben ihre Fähigkeit demonstriert, ihre Differenzen durch demokratische Unterhandlungen zu überwinden und eine einheitliche Plattform für ihr Vorgehen zu finden. Gleichzeitig lehnen sie jegliche Versuche und alle Formen der Druckausübung äußerer Kräfte ab, die die Einheit der Bewegung schwächen und sie von ihren ursprünglichen Prinzipien und Zielen abbringen wollen. Der Wunsch der Völker und Länder nach vollständiger politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und echter Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen stößt auf den Widerstand von Kräften, die ungleiche Beziehungen und Privilegien verewigen wollen.

Die Staats- und Regierungschefs glauben, daß die Probleme Frieden, Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, Freiheit und Unabhängigkeit von der gesamten Weltgemeinschaft gelöst werden müssen. Die Politik der Nichtpaktgebundenheit und die Bemühungen der Nichtpaktgebundenenbewegung um gerechte Lösungen dieser Probleme erlangen zunehmende Bedeutung. Die nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländer, die nationalen Befreiungsbewegungen sowie die demokratischen Friedens- und Freiheitskräfte spielen eine

aktive Rolle im Kampf für Frieden, allgemeine Entspannung und allgemeinen Fortschritt.

Die Staats- und Regierungschefs betonten, besondere Aufmerksamkeit müsse Anstrengungen zur friedlichen Beilegung von Differenzen und Streitfällen zwischen den Mitgliedstaaten der Nichtpaktgebundenenbewegung gelten, wobei entsprechende Beharrlichkeit an den Tag gelegt werden müsse. Sie sind sich darüber im klaren, daß viele dieser Differenzen und Streitfälle durch die ehemaligen Kolonialmächte oder von außen aufgezwungene ungleiche Bedingungen vertieft wurden. Diese Bedingungen zu beseitigen und gerechte zwischenstaatliche Beziehungen herzustellen, ist eines der Hauptmotive der Nichtpaktgebundenenbewegung.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten, einheitliche Entwicklungsmöglichkeiten seien in gleichem Maße das Prärogativ der Nationen und das Prärogativ der Individuen, die sie ausmachen. Das Recht der unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden sowie okkupierten Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und das Recht aller Völker auf die eigene Wahl ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems sowie ihr Recht auf immerwährende Souveränität über die eigenen Naturressourcen muß skrupulös eingehalten werden. Die Konferenz appellierte an die UNO, sich auch weiterhin für die Menschenrechte der Individuen und Völker in ebendieser umfassenden Hinsicht einzusetzen. Weiter forderte sie dazu auf, die Rechte nationaler, ethnischer und religiöser Minderheiten sowie derer zu achten, die auf der Suche nach Arbeit emigrierten.

Der nächste Abschnitt der Politischen Deklaration ist betitelt: **Abrüstung, Überleben und Koexistenz im Kernwaffenzeitalter.** Hier weisen die Staats- und Regierungschefs darauf hin, die gegenwärtig größte Gefahr für die Welt sei der drohende Untergang der Menschheit infolge eines Kernkriegs. In der Deklaration heißt es, die Abrüstung, insbesondere die nukleare, habe aufgehört, ein moralisches Problem zu sein und sei zum Problem des Überlebens der Menschheit geworden. Die erneute Eskalation des nuklearen Wettrüstens — in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht — sowie die Doktrinen der nuklearen Abschreckung haben die Gefahr des Aufflammens eines Kernkriegs erhöht und zu weiterer Unsicherheit und Instabilität in den internationalen Beziehungen geführt. Kernwaffen sind nicht einfach Kriegswaffen. Es sind Massenvernichtungswaffen. Deshalb halten es die Staats- und Regierungschefs für unannehmbar, daß die Sicherheit aller Staaten und die Existenz der Menschheit selbst in Abhängigkeit von den militärstrategischen Interessen der kernwaffenbesitzenden Staaten gebracht wird. Die Maßnahmen zur Verhütung eines Kernkriegs und zur nuklearen Abrüstung müssen in gleichem Maße die militärstrategischen Interessen der Nuklear- wie der Nichtnuklearstaaten berücksichtigen und die Bedrohung der menschlichen Existenz ausschließen.

Die qualitative Weiterentwicklung der Nichtnuklearwaffen, betont die Deklaration, insbesondere zwischen den Staaten mit den größten Rüstungsarsenalen, verleihe dem Wettrüsten neue Dimensionen. Neue Generationen von Nuklear- und C-Waffen mit immer größerer Vernichtungskraft und größerer Präzision werden entwickelt, und es entsteht die zunehmende Gefahr der Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum. All das hat die Bedrohung für die menschliche Zivilisation wesentlich verstärkt.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten erneut ihre Gewißheit, daß Weltfrieden und Sicherheit nur durch allgemeine und vollständige Abrüstung, insbesondere nukleare Abrüstung, unter wirksamer internationaler Kontrolle gewährleistet werden kann. Zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen durch Staaten, die diese besitzen, müssen Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um das nukleare Wettrüsten zu stoppen. In Erwartung der nuklearen Abrüstung forderten die Staats- und Regierungschefs namens der ganzen Menschheit das sofortige Verbot des Einsatzes und der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen durch alle diese Waffen besitzenden Staaten. Ferner forderten sie das Einfrieren der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Stationierung von Kernwaffen und den beschleunigten endgültigen Abschluß

eines umfassenden Vertrages über das Verbot von Kernwaffentests. Sie bekräftigten erneut: Kernwaffenbesitzende Staaten müßten garantieren, daß Länder ohne Kernwaffen nicht zu Objekten von Androhungen oder Angriffen unter Einsatz dieser Waffen werden. Die Staats- und Regierungschefs empfahlen sofortige Verhandlungen über die Verabschiedung eines koordinierten internationalen Dokuments über wirksame internationale Maßnahmen, die ausnahmslos allen nichtkernwaffenbesitzenden Staaten garantieren würden, daß diese Waffe nicht gegen sie eingesetzt oder mit ihren Einsatz gedroht wird.

Die Staats- und Regierungschefs betonten, kernwaffenfreie Zonen auf der Basis freiwilliger Übereinkünfte zwischen den Staaten der entsprechenden Region bedeuteten eine wichtige Maßnahme zur Abrüstung. Sie forderten zur Schaffung solcher Zonen in unterschiedlichen Weltregionen auf, wobei sie die vollständige Befreiung der Welt von Kernwaffen als Endziel setzten.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten ernste Besorgnis darüber, daß einige kernwaffenbesitzende Staaten Kernwaffen in verschiedenen Weltregionen stationieren oder stationieren wollen.

Die Konferenz unterstrich, trotz der vorrangigen Bedeutung der nuklearen Abrüstung müßten Anstrengungen zum sofortigen Abschluß eines Vertrags über das Verbot von C-Waffen unternommen werden. Außerdem, heißt es in der Deklaration, müsse der Kampf um allgemeine und vollständige Abrüstung auch auf die nichtnukleare Abrüstung abzielen. Die Staats- und Regierungschefs erklärten erneut, der Weltraum dürfe nur für friedliche Zwecke genutzt werden.

Die Staats- und Regierungschefs zeigten sich tief enttäuscht darüber, daß die zweite Abrüstungs Sondertagung der UNO keine nennenswerten Resultate gezeitigt hat. Die Versuche, ein umfassendes Abrüstungsprogramm und andere Maßnahmen der Abrüstung, insbesondere der nuklearen, zu billigen, seien an der unflexiblen Haltung einiger Mächte gescheitert. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten erneut, die Prinzipien und die Reihenfolge der im Schlußdokument der ersten Abrüstungs Sondertagung der UNO enthaltenen Aufgaben seien unverändert, und die dort formulierten Aufgaben und Maßnahmen seien nach wie vor das anzustrebende Ziel, dessen Durchsetzung die Paktfreien unermüdlich anstreben werden. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die weltumspannende Abrüstungskampagne während der zweiten Abrüstungs Sondertagung der UNO und sprachen ihr völlige Unterstützung zu. Außerdem forderten sie zur baldigsten Ausarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms auf, um dessen Annahme auf der 38. UNO-Vollversammlung zu sichern.

Um eine weitere Verschlechterung der Situation zu vermeiden, appellierten die Staats- und Regierungschefs an die Weltgemeinschaft, unverzüglich die Vorschläge der nichtpaktgebundenen Länder zu prüfen. Sie unterstrichen die zentrale Rolle und hohe Verantwortung der UNO im Bereich der Abrüstung und forderten den Abrüstungsausschuß als einziges multilaterales Organ für Abrüstungsverhandlungen auf, sein Mandat zu erfüllen und konkrete Maßnahmen zur Abrüstung, insbesondere der nuklearen, zu treffen.

Die Konferenzteilnehmer appellierten an die führenden Kernmächte, die Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung engagierter zu führen. Unter Hinweis auf das unmittelbare Interesse aller Länder an der Abrüstung, forderten sie diese Staaten auf, die UNO ständig über die erwähnten Verhandlungen zu informieren.

In ihrer Analyse der Weltlage äußerten die Staats- und Regierungschefs ernsthafte Besorgnis darüber, daß die Aggressions- und Spannungsherde in verschiedenen Regionen weiterbestehen und immer gefährlicher werden.

Bezüglich der Lage im **südlichen Afrika** konstatierten die Konferenzteilnehmer, der Kampf um Selbstbestimmung der Völker im Süden Afrikas bilde einen untrennbaren Bestandteil des ausgedehnten Kampfes der Völker der Welt gegen alle Formen von Unterdrückung, Ausbeutung, Fremdherrschaft,

Ungleichheit und Diskriminierung. Die Staats- und Regierungschefs betonten die Entschlossenheit der nichtpaktgebundenen Länder, die gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung dieses Kampfes zu aktivieren.

Namibia. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten erneut das unwiderrufliche Recht des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit eines vereinten Namibia, einschließlich der Walvis Bay, der Penguin Islands und anderer Küsteninseln, gemäß den Resolutionen der UNO, der Konferenzen der Nichtpaktgebundenen und der OAU. Sie äußerten tiefe Besorgnis über die andauernde widerrechtliche Besetzung Namibias durch die rassistische Regierung der RSA, was eine himmelschreiende Verletzung der UNO-Resolution darstelle. Die durch die Repressivmaßnahmen der Regierung von Pretoria gegen das Volk Namibias sowie durch deren Politik der Einschüchterung und des Terrors gegenüber den Nachbarländern geschaffene Situation verstärkt die Gefahr für Weltfrieden und Sicherheit.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten erneut ihre Solidarität mit dem Volk Namibias und seinem heldenhaften Kampf unter Führung der SWAPO, seines einzigen wahren und legitimen Vertreters, für die Befreiung dieses Territoriums und die Gründung eines unabhängigen Staates Namibia auf den Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Sie bekundeten ihre Achtung vor der SWAPO, und namentlich vor der Volksbefreiungsarmee Namibias — dem militärischen Flügel der SWAPO —, die gegen die widerrechtlichen Behörden in Namibia und die koloniale Besatzungsarmee sowie gegen andere paramilitärische Kräfte der rassistischen RSA kämpft.

Die Konferenz verurteilte entschieden die widerrechtliche Ausbeutung der Naturressourcen Namibias und betonte, ihre Ausplünderung durch ausländische Gesellschaften unter dem Schutz der Besatzungsbehörden bedeute eine ernsthafte Verletzung der UNO-Charta und behindere die Durchsetzung der politischen Unabhängigkeit Namibias. Die Staats- und Regierungschefs appellierten an alle Länder, transnationalen Konzerne und anderen Organisationen, die diese Ressourcen, einschließlich der in den namibischen Hoheitsgewässern vorhandenen, erkunden und ausbeuten, die entsprechenden UNO-Resolutionen und die Punkte der 1981 auf Grund des Dekrets Nr. 1 des UNO-Rats für Namibia gebilligten Deklaration von Algier, gemäß der eben vom Rat für Namibia unterzeichneten Seerechtskonvention einzuhalten und ab sofort ihre Aktivitäten auf dem Territorium Namibias, einschließlich Walvis Bay, Penguin Islands und anderer Küsteninseln, einzustellen.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr Versprechen zunehmender materieller, finanzieller, militärischer, politischer, humanitärer, diplomatischer und moralischer Unterstützung der SWAPO für die Aktivierung des Kampfes an allen Fronten, insbesondere des bewaffneten Kampfes, um die vollständige Befreiung Namibias zu gewährleisten. Dabei äußerten sie ihre Anerkennung für die Beiträge an den Namibia-Solidaritätsfonds der nichtpaktgebundenen Länder und forderten alle Nichtpaktgebundenen zu noch größeren Beiträgen auf.

Die Konferenz verurteilte die Inhaftierung von Freiheitskämpfern der SWAPO auf Grund des sogenannten Terroristengesetzes und forderte die sofortige und bedingungslose Freilassung von Toivo Herman Ya Toivo und aller anderen namibischen politischen Gefangenen aus den Haftanstalten und Konzentrationslagern der RSA.

Die Konferenz forderte erneut, allen inhaftierten Freiheitskämpfern laut der Genfer Konvention von 1949 und ihren Zusatzprotokollen den Status von Kriegsgefangenen zu verleihen.

Die Staats- und Regierungschefs erinnerten daran, daß die UNO 1982 zum Internationalen Jahr der Sanktionen gegen die RSA erklärt hat, woraus sich die klare Verpflichtung der Weltgemeinschaft ergibt, das Rassistenregime zu bekämpfen. Diese Verpflichtung müsse auch in den kommenden Jahren erneuert und untermauert werden, insbesondere im Zusam-

menhang mit der Namibia-Frage. Die Konferenz begrüßte den Beschluß der UNO-Vollversammlung, im April 1983 in Paris eine internationale Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes abzuhalten. Sie appellierte an alle Staaten, sich an dieser Konferenz konstruktiv zu beteiligen, um positive Resultate zu erzielen und praktische Möglichkeiten für eine verstärkte Unterstützung des Kampfes des namibischen Volkes zu prüfen, und so die Erlangung seiner Freiheit und Unabhängigkeit zu beschleunigen.

Die Konferenz äußerte tiefe Besorgnis darüber, daß die westliche "Kontaktgruppe" nicht dem imaginären Problem ausgewichen sei, die Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola zu verknüpfen. Darauf besteht lediglich ein Mitglied der "Kontaktgruppe". Die Konferenz betonte, diese Verknüpfung sei unvereinbar mit Buchstaben und Geist der Sicherheitsratsresolution 435(1978) und behindere die Realisierung des UNO-Plans für die Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten tiefe Besorgnis darüber, daß die Unzugänglichkeit und hartnäckige Weigerung der rassistischen RSA-Regierung, die UNO-Resolutionen und -beschlüsse zu Namibia, darunter die Resolution 435 (1978), einzuhalten, Namibia nach wie vor die Unabhängigkeit vorenthalten. Erneut bekräftigten sie die feste Ansicht der Paktfreien, daß diese Resolution die einzige Grundlage für die friedliche Beilegung der Namibia-Frage bleibe. Die Konferenz wies kategorisch die von der US-Regierung zwischen der Unabhängigkeit Namibias und dem Abzug der kubanischen Streitkräfte aus Angola gezogenen Verknüpfungen oder Parallelen zurück. Diese unveränderte Forderung bedeute eine wissentliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VR Angola. Die Konferenz unterstützte entschlossen die diesbezügliche Haltung der "Frontstaaten", wie sie im Kommuniqué von Lusaka vom 4. September 1982 sowie im Kommuniqué von Harare vom 20. Februar 1983 dargelegt ist.

Die Staats- und Regierungschefs forderten den UNO-Sicherheitsrat auf, so schnell wie möglich zusammenzutreten, um weitere Maßnahmen zur Realisierung seines Unabhängigkeitsplans für Namibia zu diskutieren und damit die Hauptverantwortung für die Erfüllung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978) zu übernehmen.

Die Konferenz verurteilte alle sogenannten konstitutionellen und politischen Pläne, mit denen die RSA auf betrügerische Weise versucht, ihre Kolonialherrschaft in Namibia aufrechtzuerhalten. Sie appellierte an alle Staaten, keinerlei Institutionen anzuerkennen, die in Namibia auf Grund einer "inneren" Regelung gebildet werden, ebenso keinerlei andere Form der Direktverwaltung, die den UNO-Resolutionen, darunter den Sicherheitsratsresolutionen 435(1978) und 439(1978), zuwiderläuft.

Die Staats- und Regierungschefs bekundeten dem UNO-Rat für Namibia und seiner Rolle als einzigem legitimen Verwaltungsorgan Namibias bis zur Erlangung seiner Unabhängigkeit volle Unterstützung. Sie verlangten eine effektivere Arbeit des Rates bei Ausübung seines Mandats und bei Schaffung der wichtigsten Infrastruktur im Rahmen des Programms zur Gewährung des Unabhängigkeitsstatus an Namibia.

Republik Südafrika. Die Konferenz verurteilte entschieden das Rassenregime in Pretoria wegen seiner systematischen barbarischen Unterdrückungs- und Diskriminierungsakte gegen die Mehrheit der RSA-Bevölkerung. Sie verwies auf die Pläne zur Verewigung des Kolonialismus unter der Maske der Bantustan-Bildung, die dem Volk der RSA seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte und Freiheiten nehmen und es in ständiger Abhängigkeit von der weißen Minderheit halten wollen.

Die beharrlichen Versuche des Apartheid-Regimes, ein Kernwaffenarsenal zu erwerben, seien noch ein Zeichen für

seine Entschlossenheit, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, heißt es in der Deklaration. Die in diesem Bereich andauernde Zusammenarbeit einiger westlicher Länder und Israels mit der RSA-Regierung sowie ihre Investitionen und Wirtschaftshilfe machen diese Regierung nur unzugänglicher. Die Konferenz äußerte tiefes Bedauern darüber, daß der Sicherheitsrat mehrmals der Möglichkeit beraubt war, umfassende und zwingende Sanktionen auf der Basis des Kapitels 7 der UNO-Charta zu verhängen. Die Konferenz appellierte an alle Regierungen und internationalen Organisationen, die Kontakte zur rassistischen RSA-Regierung abbrechen. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich für die Einstellung jeglicher Hilfe des Internationalen Währungsfonds und anderer UNO-Sonderorgane an die Republik Südafrika aus, da derartige Hilfe und Kredite von der Regierung in Pretoria zur Deckung der steigenden Ausgaben für militärische und gegen die Bevölkerungsmehrheit gerichtete repressive Zwecke verwendet werden.

Die Staats- und Regierungschefs forderten die bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Häftlinge, von denen sechs das 20. Jahr einer lebenslänglichen Haft verbringen, sowie den Status von Kriegsgefangenen für alle inhaftierten Freiheitskämpfer. Sie verurteilten entschieden die kürzliche Bestätigung des über sechs Freiheitskämpfer verhängten Todesurteils der Apartheidregierung und verlangten die Aktivierung der weltweiten Kampagne zu ihrer Rettung.

Empört konstatierte die Konferenz die sogenannten Verfassungsreformen der RSA-Regierung, die sie grundsätzlich als eine weitere Methode zur Spaltung des unterdrückten Volkes der RSA und zur Konsolidierung und Verewigung der Apartheid und der Herrschaft der weißen Minderheit verurteilte. Sie befürwortete die kategorische Ablehnung von "Verfassungsreformen" durch Vertreter der sogenannten Farbigen und indischstämmigen Völker und warnte die Mitglieder der Labour Party und des Südafrikanischen Indischen Rats der RSA vor der Beteiligung an diesen Maßnahmen, die nichts anderes als Betrug seien.

Die Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder bekundeten ihre Solidarität und entschlossene Unterstützung für den Kampf des unterdrückten Volkes der RSA unter ihren wahren Vertretern, den nationalen Befreiungsbewegungen, die alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ausnutzen. Gleichzeitig verurteilten sie die grausame Niederschlagung und Unterdrückung der afrikanischen Nationalisten in der RSA durch das rassistische Regime von Pretoria. Sie beglückwünschten die heldenhaften Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses zu ihren hervorragenden Siegen und appellierten an die Mitgliedstaaten der Nichtpaktgebundenenbewegung und an die Weltgemeinschaft, die Hilfe für die von der OAU anerkannten Befreiungsbewegungen in der RSA zu verstärken, damit diese ihren Kampf weiter aktivieren können.

Die Konferenz verurteilte die US-Politik der "konstruktiven Beteiligung", die darauf abzielt, der internationalen Kampagne für die völlige Isolierung des Apartheid-Regimes in der RSA zuwiderzuhandeln. Die öffentliche Bezeichnung der Rassenregierung von Pretoria als Freund und Verbündeten, heißt es in der Deklaration, bestärke diese in ihren Repressionen gegen das Volk der RSA und in der Ausweitung der Aggression gegen die Nachbarn sowie in der Unzugänglichkeit hinsichtlich der Unabhängigkeit Namibias.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten tiefe Besorgnis bezüglich der ständigen Meldungen über Versuche einiger lateinamerikanischer Länder, gemeinsam mit der Rassenregierung der RSA einen sogenannten Südatlantikpakt (SA TO) zu bilden. Sie warnten, ein derartiges militärisches Bündnis mit der RSA werde die Sicherheit Afrikas, den Weltfrieden und die Sicherheit in der Welt gefährden und die Versuche der Weltgemeinschaft, die Unabhängigkeit Namibias und die

Befreiung der RSA zu gewährleisten, untergraben, und riefen die entsprechenden lateinamerikanischen Länder auf, sich aller Versuche zu enthalten, gemeinsam mit der RSA diesen Pakt zu bilden.

Destabilisierung. Die Konferenz konstatierte mit tiefer Besorgnis die sich häufenden Akte militärischer, politischer und wirtschaftlicher Destabilisierung der südafrikanischen Rassistengovernment gegen die unabhängigen Nachbarstaaten Angola, Mocambique, Sambia, Simbabwe, Botswana, Lesotho, Swasiland und Seychellen. Sie verurteilte die RSA-Regierung wegen der Aufstellung, Bewaffnung, Finanzierung und dem Einsatz konterrevolutionärer Banden und Söldnergruppen zur Verstärkung der RSA-Armee, um Instabilität in dieser Region auszulösen. Die Konferenz bekräftigte erneut, daß die Politik und die Methoden der RSA-Regierung eine ernsthafte Gefahr nicht nur für die Stabilität in der Region, sondern auch für Weltfrieden und Sicherheit heraufbeschwören.

Die Konferenz begrüßte die Einsetzung der Konferenz zur Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung des südlichen Afrika (SADCC), die die dortigen Länder von der wirtschaftlichen Hegemonie der RSA und der Ausbeutung durch sie befreien soll. Sie verurteilte die auf die Vereitelung dieser Bemühungen abzielenden Aktivitäten der RSA.

Die Konferenz verurteilte, entschieden die anhaltende Okkupation eines Teiles Angolas durch rassistische RSA-Truppen in Verletzung der nationalen Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der **Volksrepublik Angola**. Die Okkupation angolanischen Territoriums wurde als Aggressionsakt gegen die Nichtpaktgebundenenbewegung gewertet. Die Staats- und Regierungschefs forderten den sofortigen und bedingungslosen Abzug der RSA-Truppen aus Angola und beschlossen die verstärkte Unterstützung und Solidarität für Volk und Regierung Angolas, um seine nationale Unabhängigkeit zu festigen und seine Souveränität und territoriale Integrität zu garantieren.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten tiefe Besorgnis über die Truppenkonzentration an der Grenze zur **Volksrepublik Mocambique** sowie über die gegen sie gerichtete Aggression. Sie verurteilten entschieden den Aggressionskrieg gegen die Volksrepublik Mocambique, den die rassistische RSA-Regierung außer mit ihrer regulären Armee auch mit bewaffneten Banden und Söldnern führt, und unterstrichen, daß diese unausgesetzten Akte der Invasion, der Aggression und der Untergrabung der ökonomischen und sozialen Infrastruktur der Volksrepublik Mocambique durch das südafrikanische Regime den Zweck verfolgen, die Bemühungen des Volkes von Mocambique um eine nationale Erneuerung in Frieden und Sicherheit zu torpedieren. Ausgehend davon sprachen sie Volk und Regierung Mocambiques ihre völlige Unterstützung in deren Kampf für die Bewahrung der Unabhängigkeit und Souveränität aus. Die Konferenz appellierte an alle Mitgliedstaaten der Nichtpaktgebundenenbewegung sowie an andere friedliebende Länder, der Volksrepublik Mocambique maximal diplomatische, politische und materielle Unterstützung zu leisten, um ihr die Stärkung ihres Verteidigungspotentials zu ermöglichen.

Die Staats- und Regierungschefs konstatierten anhaltende Akte der Sabotage und Destabilisierung der rassistischen Minderheitsregierung der RSA gegen das **Königreich Lesotho** und verurteilten entschieden den Überfall des Rassenregimes auf Maseru. Sie äußerten ihre tiefe Bestürzung über den Mord an völlig unschuldigen Menschen und verurteilten die vorgefaßte Vernichtung materieller Werte bei diesem barbarischen Aggressionsakt. Besondere Besorgnis äußerten sie über die wachsende Bedrohung der Sicherheit Lesothos sowie über die Untergrabung und Zerstörung der ökonomischen Infrastruktur, einschließlich der Wasserversorgungsanlagen und der Brennstofflager, aber auch über die gefährliche militärische Situation, die die Regierung von Pretoria im südöstlichen Sektor der Grenze zwischen Lesotho und der RSA im Raum von Matatiele geschaffen hat.

Die Konferenz bekundete Regierung und Volk Lesothos ihre Hochachtung vor deren standhafter Opposition gegen die

Apartheid und die Bantustan-Politik der Regierung von Pretoria. Sie sprach dem **Königreich Lesotho** angesichts der vorgefaßten Akte von Aggression, Sabotage und Destabilisierung der rassistischen Minderheitsregierung der RSA ihre Unterstützung und Solidarität aus. Die Staats- und Regierungschefs warnten die Rassenregierung dringend vor jeglichem Angriff auf das **Königreich Lesotho** — sei es nun direkt oder mit Marionetten. Die Konferenz erinnerte ferner an die Sicherheitsratsresolution 527(1982) und registrierte befriedigt die vom UNO-Generalsekretär bereits zur Durchsetzung dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen. Dabei forderte sie die Weltgemeinschaft und insbesondere die Mitglieder der Nichtpaktgebundenenbewegung auf, dem **Königreich Lesotho** unverzüglich die erforderliche Hilfe zu leisten, um seine Möglichkeiten zu stärken, sich dem unerhörten Druck und den Drohungen der Rassenregierung zu widersetzen und seinen internationalen Verpflichtungen gegenüber den Flüchtlingen aus der RSA nachzukommen.

Die Staats- und Regierungschefs der Nichtpaktgebundenen zeigten sich empört über die nichtprovokierten Diversionen, Invasions- und Aggressionsakte der rassistischen RSA-Regierung gegen die **Republik Simbabwe**. Sie verurteilten entschieden die auf Initiative der RSA unternommenen Diversionen gegen die sozialökonomische und militärische Infrastruktur Simbawwes. Sie verurteilten die rassistische RSA-Regierung auch wegen der Vorbereitung eines Krieges gegen Simbabwe, wozu sie Diversionsgruppen ausbildet und finanziert und sie in dieses Land einschleust. Die Konferenz bekundete Simbabwe ihre Hochachtung davor, daß es mehrere Versuche südafrikanischer Agenten und bewaffneter Banditen, die in dieses Land eingedrungen waren, den dortigen Frieden zu destabilisieren, wirksam zurückgeschlagen und vereitelt hat. Die Konferenz appellierte an alle Mitgliedstaaten der Nichtpaktgebundenenbewegung sowie an andere friedliebende Länder, der Republik Simbabwe maximal diplomatische, politische und materielle Hilfe zu leisten, um ihr die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und die Stärkung ihres Verteidigungspotentials zu ermöglichen.

Die Konferenz verurteilte den Söldnerangriff, der den Sturz der Regierung der **Seychellen** zum Ziel hatte. Sie forderte, alle Länder sollten wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Eintritt ihrer Bürger in Söldnertruppen zu verhindern und diesen die Basis für irgendwelche gesetzwidrigen Aktivitäten zu entziehen.

Die Staats- und Regierungschefs bekundeten den "Frontstaaten" und anderen Nachbarstaaten ihre Hochachtung für deren Mut und Entschlossenheit angesichts der unverschnittenen Einschüchterungsversuche der RSA und forderten die Weltgemeinschaft auf, diesen Ländern jede nur mögliche Hilfe und Unterstützung bei der Stärkung ihrer Verteidigung zu leisten, um so eine Situation zu schaffen, die es gestattet, das Blutvergießen im ganzen Süden Afrikas zu beenden.

Die Staats- und Regierungschefs behandelten den **Konflikt in der Westsahara** und riefen die an diesem Konflikt beteiligten Seiten dazu auf, unverzüglich unter Schirmherrschaft des Exekutivkomitees der OAU Verhandlungen aufzunehmen, um eine gerechte und dauerhafte Beilegung des Konflikts gemäß der UNO-Charta, der Resolution 1514(XV) der UNO-Vollversammlung sowie den Prinzipien der Nichtpaktgebundenenbewegung und den Beschlüssen der UNO und der OAU zu erreichen.

Zur Frage der noch immer von Frankreich besetzten Komoren-Insel **Mayotte** bekräftigten die Staats- und Regierungschefs erneut, sie sei untrennbarer Bestandteil des souveränen Territoriums der Islamischen Bundesrepublik Komoren. Außerdem bekundeten sie ihre aktive Solidarität mit dem Volk der Komoren bei dessen legitimen Bemühungen, diese Insel zurückzugewinnen sowie Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität der Komoren zu wahren.

Betreffs der **Malagassen** - Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India — im Indischen Ozean, forderten die Staats- und Regierungschefs, eingedenk der verschiedenen

Beschlüsse der Organisation für Afrikanische Einheit und der Nichtpaktgebundenenbewegung zu dieser Frage, die französische Regierung auf, Verhandlungen mit der Regierung der Malegassen über die Regelung dieser Frage gemäß den Zielen und Prinzipien der UNO-Charta aufzunehmen.

Der Indische Ozean als Zone des Friedens. Seit die Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Lusaka zum erstenmal alle Staaten aufrief, den Indischen Ozean als Zone des Friedens zu betrachten und zu achten, unterstützen die nichtpaktgebundenen Länder einhellig die Deklaration über den Indischen Ozean als Friedenszone, die die UNO-Vollversammlung in der Resolution 2832(XXVI) vom 16. Dezember 1971 gebilligt hatte, und die dazu dienen soll, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Staaten dieser Region zu schützen, die Beseitigung ausländischer Stützpunkte, militärischer Objekte und Nachschubbasen im Indik sowie in seinen Anliegerregionen durchzusetzen und die dortige Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen zu verbieten.

Die Konferenz bekräftigte erneut die Entschlossenheit der Nichtpaktgebundenen, die Bemühungen um die Durchsetzung der Ziele fortzuführen, die in der Deklaration über den Indischen Ozean als Friedenszone enthalten sind und auf der Konferenz der Anrainerstaaten des Indik im Juli 1979 sowie auf den folgenden Konferenzen des UNO-Sonderausschusses für den Indik behandelt wurden.

Die Staats- und Regierungschefs konstatieren besorgt die anhaltende Eskalation der militärischen Präsenz der Großmächte im Indik, einschließlich des Ausbaus bestehender Stützpunkte, der Suche nach neuen Stützpunkten und der Bildung neuer militärischer Kommandostrukturen der Großmächte, entgegen dem klaren Willen der Küsten- und Anliegerstaaten des Indik und anderer nichtpaktgebundener Länder. Diese Aktivitäten bilden eine Bedrohung der Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und friedlichen Entwicklung der Staaten dieser Region.

Weiter konstatierten und verurteilten sie die Ausarbeitung strategischer Konzeptionen, denen zufolge der rassistischen RSA-Regierung eine wichtige Rolle in der Region eingeräumt wird, die sie als Vorwand zur gewaltsamen Aufrechterhaltung des Apartheid-Systems, zur gesetzwidrigen Okkupation des Territoriums Namibias sowie zur Destabilisierung benachbarter unabhängiger Staaten benutzt.

Die Nichtpaktgebundenen sind entschlossen, für den Erfolg der Indik-Konferenz 1984 in Sri Lanka zu kämpfen. Sie forderten den UNO-Sonderausschuß auf, die Vorbereitung dieser Konferenz in striktem Einklang mit seinem Mandat abzuschließen. Sie begrüßen und unterstützen die Bemühungen der nichtpaktgebundenen Mitgliedsländer des Sonderausschusses, die Vorbereitung dieser Konferenz abzuschließen, trotz der ungerechtfertigten Verzögerungen infolge der Haltung einiger Großmächte, die den Abschluß der Konferenzvorbereitung bislang verhinderten. Weiter riefen die Staats- und Regierungschefs alle Großmächte und andere führende Seemächte auf, sich konstruktiv an der Konferenz zu beteiligen und mit dem Abbau ihrer militärischen Präsenz im Indikraum zu beginnen.

Die Konferenz rief zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf, die zur Herabsetzung und letztlich zur Beseitigung der militärischen Präsenz der interessierten Mächte führen und damit zur Durchsetzung der Resolution 2832(XXVI) über den Indischen Ozean als Friedenszone beitragen sollen.

Die Konferenz erklärte erneut ihre Befriedigung über die Initiative des Präsidenten der Demokratischen Republik Madagaskar, der die Einberufung einer Gipfelkonferenz zum Indik in Antananarivo angeregt hatte. Die Konferenz forderte die Nichtpaktgebundenen dieser Region zu Konsultationen bezüglich der Ausarbeitung einer internationalen Indik-Konvention auf, wie Madagaskar sie angeregt hatte.

Die Staats- und Regierungschefs bekundeten ihre volle Unterstützung für die Souveränität von Mauritius über die

Inselgruppe Chagos, einschließlich **Diego Garcias**, die 1965 entgegen den UNO-Resolutionen 1514(XV) und 2066(XX) durch die ehemalige Kolonialmacht vom Territorium Mauritius abgetrennt worden war. Der Auf- und Ausbau des Militärstützpunkts auf Diego Garcia bedroht die Souveränität, territoriale Integrität und friedliche Entwicklung von Mauritius und anderen Staaten. Sie verlangten die baldigste Rückgabe Diego Garcias an Mauritius.

Die Palästina-Frage. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten erneut, daß die gesamte Nichtpaktgebundenenbewegung sich verpflichtet hat, das palästinensische Volk bei der Befreiung seiner Heimat und der Rückgewinnung seiner unbenehmbaren nationalen Rechte zu unterstützen.

Die Konferenz bestätigte erneut, Ursache des arabisch-israelischen Konflikts seien die zionistische Okkupation Palästinas und die Usurpierung der unbenehmbaren Rechte des palästinensischen Volkes. Ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten lasse sich ohne den vollständigen und bedingungslosen Abzug Israels von allen 1967 okkupierten palästinensischen und anderen arabischen Territorien, einschließlich Jerusalems, nicht errichten, ebenso wenig wie ohne eine gerechte Lösung des Palästina-Problems auf der Basis der Gewährleistung und Einhaltung der unbenehmbaren Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Rückkehr in die Heimat, auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen sowie des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität, darunter des Rechts auf die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates in seiner Heimat Palästina.

Die Konferenz bekräftigte erneut, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes ist und daß sie aufgrund der UNO-Resolutionen zu Palästina das Recht besitzt, auf unabhängiger und gleichberechtigter Basis an allen Maßnahmen, internationalen Konferenzen, internationalen Organisationen und Organen beteiligt zu sein, um die Gewährleistung und Einhaltung der unbenehmbaren Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina garantieren zu können. Daher weist die Konferenz alle Pläne, Übereinkünfte und Abkommen zurück, die den genannten Prinzipien nicht entsprechen.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Resolutionen der 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis zum 22. Februar 1983 in Algier und bekräftigten ihre volle Solidarität mit der PLO, die tapfer gegen die zionistische Aggression kämpft, gestählt aus diesen Prüfungen hervorgeht und noch entschlossener ist, den Kampf bis zur Durchsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes fortzuführen.

Die Konferenz betonte die Dringlichkeit von Maßnahmen für einen gerechten und umfassenden Frieden auf der Basis der in dieser Deklaration vorstehend verkündeten Prinzipien. Sie betonte, es dürfe nichts unternommen werden, was mit diesen Prinzipien unvereinbar sei oder sich negativ auf den Kampf der arabischen Länder für die Befreiung ihrer Gebiete und auf den Kampf des palästinensischen Volkes für die Befreiung seiner Heimat Palästina sowie auf die Durchsetzung seiner unbenehmbaren Rechte auswirken könne.

Die Konferenz verurteilte Israel entschieden wegen seiner anhaltenden Besetzung Palästinas und anderer arabischer Gebiete und forderte den UNO-Sicherheitsrat auf, seine Befugnisse zu nutzen und die von der UNO-Charta verfügbaren Sanktionen so lange über Israel zu verhängen, bis es alle okkupierten palästinensischen und arabischen Gebiete verläßt, alle auf diesen Gebieten errichteten Siedlungen auflöst und sich voll und ganz an die entsprechenden Sicherheitsratsbeschlüsse hält.

Die Konferenz verurteilte Israel insbesondere für die Akte des Völkermords am palästinensischen Volk in den Lagern Sabra und Shatila auf dem von israelischen Streitkräften okkupierten libanesischen Territorium.

Die Konferenz beschloß ferner, die Weltgemeinschaft um Einsetzung eines Gerichtshofs zur Untersuchung der Kriegsverbrechen zu bitten, um Israel wegen der gegen das palästinensische Volk in allen seit 1948 okkupierten Gebieten

begangenen Verbrechen auf der Grundlage des Völkerrechts zu verurteilen.

Die Konferenz erwähnte die Verantwortung der US-Regierung für die Verletzung ihrer Verpflichtungen zur Gewährleistung der Sicherheit der palästinensischen Flüchtlinge.

Die Konferenz bekräftigte erneut ihre entschiedene Ablehnung und scharfe Verurteilung der Politik und der Methoden Israels in den okkupierten arabischen und palästinensischen Gebieten, einschließlich Jerusalems. Insbesondere verurteilte sie die Errichtung israelischer Siedlungen in diesen Gebieten als gesetzwidrig, da dies ein ernstliches Hindernis für eine gerechte und umfassende Lösung der Palästina-Frage und der Nahostkrise insgesamt darstellt.

Die Konferenz bekräftigte in diesem Zusammenhang erneut die völlige Ablehnung aller Aspekte der israelischen Politik zur Veränderung der geographischen Situation, der demographischen Zusammensetzung und des Rechtsstatus der von Israel 1967 okkupierten arabischen und palästinensischen Gebiete. Die Konferenz beschloß, keinerlei der von Israel in den genannten Gebieten vorgenommenen Veränderungen anzuerkennen, und forderte alle Staaten auf, ebenfalls die Anerkennung derartiger Veränderungen abzulehnen und sich jeglicher Zusammenarbeit mit Israel zu enthalten, die es zur Fortsetzung seiner bisherigen Politik und Methoden in den okkupierten arabischen und palästinensischen Gebieten veranlassen könnte.

Die Staats- und Regierungschefs bestätigten erneut die Resolution der Außenministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen 1981 in Delhi, die die feindselige Haltung der USA bezüglich der unbenehmbaren Rechte des palästinensischen Volkes, bezüglich der PLO und des vollständigen und bedingungslosen Abzugs Israels aus allen okkupierten arabischen und palästinensischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, verurteilt hatte. Sie erklärten, diese Haltung bedeute eine Verletzung der Ziele und Prinzipien der UNO-Charta sowie der Palästina- und Nahost-Resolutionen der Vollversammlung und sei ein Hindernis für einen gerechten Frieden in dieser Region.

Die Konferenz verurteilte die Politik, die die USA dieser Region aufzwingen wollen, und die die Befreiung der okkupierten arabischen und palästinensischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, sowie die Durchsetzung der unbenehmbaren nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verhindert.

Die Staats- und Regierungschefs konstatierten mit Genugtuung die Anstrengungen des UNO-Ausschusses zur Durchsetzung der unbenehmbaren Rechte des palästinensischen Volkes bei der Suche nach einer gerechten Lösung der Palästina-Frage. Die Konferenz begrüßte die Maßnahmen des Ausschusses gemäß der Resolution 37/86 der Vollversammlung im Hinblick auf die Abhaltung einer internationalen Palästina-Konferenz im August 1983 in Paris. Sie äußerte ferner die Gewißheit, diese Konferenz werde einen positiven Beitrag zur Durchsetzung der unbenehmbaren nationalen Rechte des palästinensischen Volkes leisten. Alle Mitglieder der Nichtpaktgebundenenbewegung sind aufgerufen, sich aktiv an dieser internationalen Konferenz sowie an den regionalen Vorbereitungskonferenzen zu beteiligen und hohe Repräsentanten dorthin zu entsenden, um zu ihrem Erfolg beizutragen.

Die Konferenz rief den Sicherheitsrat auf, die Palästina-Resolutionen der UNO-Vollversammlung zu verwirklichen, besonders die Resolution 37/86(D und E). Sie appellierte ferner an den UNO-Generalsekretär, die Punkte der Resolution 37/120(I und J) in kürzester Frist zu realisieren.

Die Konferenz beschloß die Bildung eines Ausschusses auf Ebene der Staatschefs zur Zusammenarbeit mit dem arabischen Ausschuß zum Schutz der Rechte des arabischen Volkes von Palästina im Einklang mit dem Völkerrecht und dem Willen der nichtpaktgebundenen Länder und Völker. Dieser Ausschuß solle gemeinsam mit den Kräften, die auf den Nahost-Konflikt Einfluß nehmen, einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden im Nahen Osten anstreben, der es dem palästinensischen Volk gestattet, seine Rechte in Freiheit und

Souveränität in einer unabhängigen Heimat zu verwirklichen. Die Konferenz beschloß für den Ausschuß folgende Mitglieder: Algerien, Bangladesch, Indien (Vorsitzender), Jugoslawien, Kuba, PLO, Sambia und Senegal.

Behandelt wurde ferner die **Lage in Libanon**, die eine Bedrohung für den Weltfrieden und die Sicherheit in dieser Region und in der Welt schafft. Die Konferenz, heißt es in der Deklaration, erklärt sich solidarisch mit Volk und Regierung Libanons, bekräftigt ihre Unterstützung für die Sicherheit Libanons, seine territoriale Integrität und Unabhängigkeit sowie sein Recht auf Souveränität über sein Territorium innerhalb der allgemein anerkannten Grenzen; sie appelliert an alle Staaten, Libanon bei der Erfüllung der Sicherheitsratsresolutionen zu unterstützen, um den Abzug der israelischen Truppen vom gesamten libanesischen Territorium zu gewährleisten; sie bekräftigt die Unterstützung Libanons in dessen Bemühungen um die Wiedererrichtung der Wirtschaft und die Festigung der staatlichen Institutionen, damit es seine nationalen Bestrebungen verwirklichen könne.

Die Lage im Nahen Osten. Die Staats- und Regierungschefs zeigten sich besorgt über die Verschlechterung der Nahostsituation infolge der aggressiven und expansionistischen Politik Israels in dieser Region. Einhellig vertraten sie die Ansicht, diese Situation berge die Gefahr einer neuen israelischen Aggression und schaffe eine ernsthafte Bedrohung für Weltfrieden und Sicherheit. Sie bekundeten die Solidarität der Nichtpaktgebundenenbewegung mit dem Kampf für die Befreiung der okkupierten arabischen Gebiete und die Wiederherstellung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Die Konferenz bekräftigte erneut alle früher, insbesondere seit der israelischen Aggression 1967, von der Nichtpaktgebundenenbewegung zur Palästina-Frage und zur Nahostsituation gebilligten Prinzipien und Resolutionen. Sie erklärte, diese Frage könne nur unter Anerkennung folgender Prinzipien gelöst werden:

- a) Die Palästina-Frage liegt dem Nahost-Problem zugrunde und ist die Hauptursache für den arabisch-israelischen Konflikt.
- b) Die Palästina-Frage und das Nahost-Problem bilden ein unteilbares Ganzes und können weder einzeln betrachtet noch einzeln gelöst werden. Deshalb sind Teillösungen oder Lösungen, die sich zum Schaden anderer auf nur einige Aspekte dieses Konflikts beschränken, unmöglich. Genauso unmöglich ist ein teilweiser Frieden. Der Frieden muß gerecht und umfassend sein.
- c) Ein gerechter Frieden in dieser Region ist nur unter der Voraussetzung des vollständigen und bedingungslosen Abzugs Israels aus allen besetzten palästinensischen und arabischen Gebieten, der Wiederherstellung aller unbenehmbaren Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Rückkehr in die Heimat, auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen und auf Schaffung eines eigenen unabhängigen und souveränen Staates auf nationalem Territorium aufgrund der Resolution 3236(XXIX) der Vollversammlung vom 22. November 1974 möglich.

d) Ostjerusalem ist Bestandteil des okkupierten palästinensischen Territoriums, muß von Israel vollständig und bedingungslos verlassen und die arabische Souveränität über Ostjerusalem muß wiederhergestellt werden.

e) Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist der einzige legitime Vertreter des palästinensischen Volkes, und nur sie hat das volle Recht, dieses Volk zu vertreten und an allen internationalen Konferenzen, Maßnahmen und Vorgängen im Zusammenhang mit der Palästina-Frage und dem arabisch-israelischen Konflikt teilzunehmen, um die unbenehmbaren nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu gewährleisten und das Nahostproblem zu lösen. Keine Lösung kann ohne die Teilnahme der PLO an ihrer Ausarbeitung als umfassend, gerecht oder annehmbar gelten.

f) Alles, was Israel in den arabischen palästinensischen Gebieten seit ihrer Okkupation unternommen hat, einschließlich des Baus von Anlagen, der Verletzung politischer, kultureller, religiöser, demographischer,

physischer, geographischer und anderer Traditionen, ist ungültig und widerrechtlich.

g) Alle von Israel in den besetzten Gebieten errichteten oder geplanten Siedlungen besitzen kein Existenzrecht, sind gesetzwidrig und verhindern die Herstellung des Friedens. Deshalb müssen sie unverzüglich aufgelöst und keinerlei neue Siedlungen dürfen geschaffen werden. Auch die Erweiterung bereits bestehender ist unzulässig.

Die Konferenz begrüßte und billigte den auf der 12. arabischen Gipfelkonferenz in Fes (Marokko) verkündeten arabischen Friedensplan. Es wurde unterstrichen, dieser auf dem Völkerrecht und den Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit basierende Plan ergebe eine Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Nahostfrieden.

Ferner wurde bekräftigt, daß die Nichtpaktgebundenenbewegung die Palästina-Frage und die Frage der von Israel seit 1967 okkupierten Gebiete als gemeinsame Sorge aller nichtpaktgebundenen Länder ansieht. Es wurde darauf hingewiesen, daß jegliche Abweichung von den Resolutionen der Nichtpaktgebundenen-Konferenzen bezüglich des Nahost-Problems und der Palästina-Frage die Einheit der Nichtpaktgebundenenbewegung in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, ausländische Okkupation, Rassismus und Zionismus antastet. Ein Abweichen von den Resolutionen wird als Abrücken von der Entschlossenheit der nichtpaktgebundenen Länder betrachtet, der Okkupation der arabisch-palästinensischen Gebiete durch Israel ein Ende zu setzen und dem palästinensischen Volk bei der Durchsetzung seiner souveränen nationalen Rechte zu helfen.

Die Konferenz verurteilte alle Abkommen und Verträge, die die Rechte der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes verletzen oder beeinträchtigen (in der Form, in der diese Rechte durch die Nichtpaktgebundenenbewegung, das Völkerrecht, die UNO-Charta und die entsprechenden Resolutionen dieser Organisation anerkannt sind), da sie die Befreiung Jerusalems und der okkupierten arabischen und palästinensischen Gebiete sowie die vollständige Durchsetzung der souveränen Rechte des palästinensischen Volkes behindern.

Verurteilt wurden der israelische Einmarsch auf libanesisches Territorium sowie die Verbrechen, die Morde und Zerstörungen der Okkupanten in diesem nichtpaktgebundenen Land.

In diesem Zusammenhang wies die Konferenz kategorisch die auf die Veränderung der territorialen Grenzen, der demographischen Situation und des Rechtsstatus der okkupierten arabischen und palästinensischen Gebiete abzielende israelische Politik zurück. Die von Israel in den genannten Gebieten vorgenommenen Veränderungen sollen nicht anerkannt werden. Die Konferenz rief alle Staaten dazu auf, sich jeglicher Zusammenarbeit mit Israel zu enthalten, die es zur Fortsetzung seiner bisherigen Politik und Verhaltensweise in den okkupierten arabischen und palästinensischen Gebieten veranlassen könnte.

Die Teilnehmer verurteilten Israels Weigerung, die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats und der Vollversammlung bezüglich der okkupierten Golan-Höhen in Syrien zu befolgen. Der Beschluß Israels, diese Höhen zu annektieren, und die in dieser Richtung unternommenen Maßnahmen werden als ungültig und jeglicher gesetzlicher Grundlage entbehrend betrachtet; sie besitzen keine Rechtskraft.

Die Konferenz appellierte an alle UNO-Mitgliedstaaten, die noch keine Maßnahmen zur Erfüllung der Resolutionen ES-1/9 der Vollversammlung vom 5. Februar 1982 ergriffen haben, dies zu tun und sich dem gerechten Kampf der syrischen Bürger auf den okkupierten Golan-Höhen Syriens anzuschließen. Die Konferenz ersuchte den Sicherheitsrat, die notwendigen Schritte einzuleiten, um Israel zur Befolgung der Resolution 497(1981) zu zwingen.

Die Konferenz äußerte die volle Unterstützung und Solidarität der Nichtpaktgebundenen mit dem gerechten Kampf der arabischen Nation gegen israelische Okkupation, Aggression und Drohungen, für die Verwirklichung der unbenehmbaren nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina und

die Befreiung der okkupierten palästinensischen und arabischen Gebiete. Verurteilt wurden die Anschläge Israels und der USA auf das Recht Syriens, Verteidigungsmittel zu erwerben. Die Konferenz konstatierte, ein derartiges Vorgehen könne als Vorspiel zu einem bereits geplanten Angriff auf Syrien und andere arabische Staaten betrachtet werden.

Die Ausbeutung der Naturressourcen und Reichtümer Palästinas und der okkupierten arabischen Länder durch Israel in Verletzung der Haager und der Genfer Konvention wurde verurteilt. Die Konferenzteilnehmer riefen alle Staaten auf, sich jeglicher Zusammenarbeit zu enthalten, die es Israel gestatten würde, diese Reichtümer weiterhin gesetzwidrig auszubeuten.

Die Konferenz verurteilte Israels Plan, einen Kanal zwischen dem Toten und dem Mittelmeer anzulegen. Sie machte darauf aufmerksam, daß dieses Projekt ein gefährliches Element aggressiver Aktivitäten bedeute, die gegen die legitimen Rechte und Lebensinteressen des palästinensischen Volkes und des Haschemitischen Königreichs Jordanien aber auch zur Bedrohung von Weltfrieden und Sicherheit unternommen werden. Alle Länder sind aufgerufen, dieses Projekt zu verurteilen und sich jeglicher Unterstützung oder Hilfe zu enthalten, die Israel die Verwirklichung des Plans ermöglichen würden.

Auf der Konferenz wurde erklärt, die Genfer Konventionen von 1949, insbesondere die Konvention Nr. 4 bezüglich des Schutzes von Zivilpersonen in Kriegszeiten, und die 1977 genehmigten Anlageprotokolle 1 und 2 müßten auf alle okkupierten arabischen Gebiete und auf Palästina, einschließlich Jerusalems, Anwendung finden. Israel wurde wegen der ständigen Verletzung dieser Konventionen aber auch wegen Verletzung der Grundrechte und -freiheiten der Bürger der genannten Gebiete verurteilt, die ausgesiedelt, deren Häuser vernichtet und deren Besitztum beschlagnahmt wurden. Die Weigerung Israels, eine dreiseitige, gemäß der Sicherheitsratsresolution 446(1979) eingesetzte Kommission zu empfangen, die die Bedingungen in den Siedlungen der okkupierten arabischen Gebiete untersuchen sollte, sowie seine Weigerung, die Sicherheitsratsresolution 452(1979) zu befolgen, wurden verurteilt.

Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, die Israel dabei unterstützt, die Okkupation der arabischen und palästinensischen Gebiete fortzusetzen, und die Durchsetzung der unbenehmbaren Rechte des palästinensischen Volkes bedroht, wurde ebenfalls verurteilt.

Die Konferenz konstatierte ferner, daß die USA ihr Vetorecht im Sicherheitsrat zum Schaden der Ziele und Prinzipien der UNO-Charta anwenden. Die Vereinigten Staaten verhindern im Sicherheitsrat Maßnahmen, um das Prinzip der Unzulässigkeit der gewaltsamen Eroberung von Gebieten durchzusetzen und damit dem palästinensischen Volk die Möglichkeit zu bieten, seine legitimen Rechte wiederzuerlangen. Angesichts dessen forderte die Konferenz die USA auf, den Mißbrauch des Vetorechts einzustellen.

Sie äußerte sich zutiefst besorgt über das "strategische Bündnis" zwischen den USA und Israel, das Israel noch aggressiver gemacht und eine Bedrohung für die Stabilität der Nahostländer, für Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt geschaffen hat. Das gestatte Israel, seine Politik der Annexion, Aggression und Rassendiskriminierung fortzusetzen.

Die Deklaration enthält die tiefe Besorgnis über die Aufstockung von nichtnuklearen und Nuklearwaffen in Israel, womit die Lage Israels als Stützpunkt von Kolonialismus und Rassismus in der dritten Welt überhaupt und in Afrika und Asien insbesondere gestärkt werden soll. Die Konferenz forderte zur Verwirklichung der UNO-Resolution 33/71 vom 14. Dezember 1978 bezüglich der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit Israel und der Resolution 37/82 vom 9. Dezember 1982 über die nukleare Aufrüstung Israels auf.

Israels Aggressions- und Annexionspolitik gegenüber den arabischen Ländern und dem palästinensischen Volk wurde verurteilt. Die Konferenz appellierte an alle Länder, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, unverzüglich die militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe an

Israel einzustellen, sich Hilfeleistungen und der Schaffung von Voraussetzungen zur Durchsetzung der zionistischen Pläne der Judenimmigration aus aller Welt nach Palästina und in die okkupierten arabischen Gebiete zu enthalten. Sie verurteilte alle imperialistischen und kolonialistischen Kräfte wegen der militärischen Intervention, die nach wie vor die Sicherheit und Unabhängigkeit der arabischen Länder bedroht und eine Einmischung in deren innere Angelegenheiten bedeutet.

Zum Ausdruck kam ferner die tiefe Besorgnis über die Aktivierung der Zusammenarbeit zwischen Israel und der rassistischen (RSA) Regierung, insbesondere im militärischen und nuklearen Bereich. Diese Zusammenarbeit wurde entschieden verurteilt. Die Konferenz forderte alle Mitgliedsländer der Nichtpaktgebundenenbewegung auf, die Beziehungen zu den beiden genannten Regimes abzubrechen.

Die Konferenz ersuchte den Sicherheitsrat um Anerkennung der unbenehmbaren nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung und Gründung eines eigenen unabhängigen Staates in Palästina, sowie um die Förderung der Durchsetzung dieser Rechte. Außerdem solle der Sicherheitsrat das Prinzip der Unzulässigkeit der gewaltsamen Eroberung von Territorien realisieren und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Abzug Israels aus allen von ihm seit 1967 okkupierten palästinensischen und arabischen Gebieten zu erreichen. Die Konferenz forderte die Mitglieder des Sicherheitsrats auf, ihrer Rolle und ihrer Pflicht nachzukommen, damit der Sicherheitsrat gemäß der UNO-Charta entsprechende Maßnahmen zur Herstellung und Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im Nahen Osten ergreifen könne.

Die Konferenz untersuchte die Geschichte des Nahen Ostens seit Gründung Israels in Palästina 1948 und kam dabei zu dem Schluß, daß die aggressive expansionistische und neokolonialistische Politik Israels und seine gegen die arabische Nation insgesamt und das arabische Volk von Palästina im einzelnen gerichteten Praktiken in den besetzten arabischen Gebieten, die anhaltende Verletzung der UNO-Charta und der Prinzipien des Völkerrechts, internationaler Abkommen und Verträge sowie Israels beharrliche Weigerung, die Nahostresolutionen der UNO zu befolgen, gezeigt hätten, daß Israel nicht als friedliebendes Land gelten könne und daß es die Forderungen der UNO-Charta und der Resolutionen internationaler Organisationen nicht befolge. Deshalb sei es für die UNO längst an der Zeit, aufgrund des Kapitels VII der Charta entsprechende Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen. Der Sicherheitsrat sei verpflichtet wegen der Nichtbefolgung der Resolutionen des Sicherheitsrats und der durch Israels Aktivitäten geschaffenen Bedrohung für Weltfrieden und Sicherheit, die erwähnten Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen.

Alle Staaten, die für den Schutz der okkupierten Länder und die Sache der Palästinenser eintreten, müßten entsprechende Maßnahmen gegen Staaten ergreifen, die Israel ermuntern, insbesondere gegen die USA.

Die Konferenz erinnerte an den Beschluß der Staats- und Regierungschefs der Nichtpaktgebundenen in Algier, in dem sie die Teilnehmer der Nichtpaktgebundenenbewegung aufgefordert hatten, gemäß den Punkten des Kapitels VII der UNO-Charta den diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen sowie den Schiffs- und Luftfahrtsboykott gegen Israel durchzusetzen. In Anbetracht der Gründe, die zur Verabschiedung dieser Resolution führten, betonte die Konferenz die Notwendigkeit ihrer weiteren Befolgung und rief die Mitgliedsländer der Bewegung zur strikten Einhaltung ihrer Punkte auf.

Sie bekräftigte die Verpflichtungen der Mitgliedsländer der Nichtpaktgebundenenbewegung, die Unterstützung für die kämpfenden arabischen Staaten und die Palästinensische Befreiungsorganisation als einzigen legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes zu verstärken, um ihnen die Verteidigung ihrer Gebiete und ihrer Unabhängigkeit gegen die israelische Aggression und Drohungen zu ermöglichen.

Hoher Wert wurde der Solidarität aller Staaten und Mächte beigemessen, die den Kampf des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation unterstützen.

Israels Angriff auf irakische Nuklearobjekte. Die Konferenz verurteilte kategorisch den empörenden Angriff auf friedlichen Zwecken dienende Nuklearobjekte Iraks. Dies wurde als Akt staatlichen Terrors und beispiellose Aggression gewertet. Zum erstenmal in der Geschichte wurde ein Kernreaktor einem bewaffneten Angriff ausgesetzt.

Die Konferenz appellierte an den Sicherheitsrat und an alle Länder ebenso wie an internationale Organisationen und Agenturen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Israel an der Wiederholung derartiger Aggressionsakte zu hindern, die Weltfrieden und Sicherheit ernstlich bedrohen.

Die Konferenz konstatierte, bewaffnete Aggressionen unter Einsatz konventioneller Waffen gegen Nuklearobjekte seien genauso folgenschwer wie der Einsatz von Kernwaffen selbst, und forderte zur baldigsten Erwägung eines internationalen Abkommens über das Verbot von bewaffneten Angriffen auf Nuklearobjekte auf.

Die Teilnehmer bekundeten ihre Solidarität mit Irak und allen Entwicklungsländern bei der Durchsetzung ihres Rechts auf Erwerb und Auswertung der Nukleartechnik zu friedlichen Zwecken, zur Durchsetzung ihrer Entwicklungsprogramme.

Weiter befaßte sich die Konferenz mit der **Lage in Südostasien**. Unter anderem wurde das Recht des Volkes von Kampuchea bekräftigt, sein Schicksal selbst, ohne Einmischung von außen, zu bestimmen, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch Verhandlungen und Verständigungsbereitschaft ein Klima geschaffen werde, das die Durchsetzung dieses Rechts fördere. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich ferner einhellig dahingehend aus, daß die infolge der Konflikte in der genannten Region entstandenen humanitären Probleme Sofortmaßnahmen auf Basis der Zusammenarbeit aller interessierten Seiten erfordern. Sie riefen alle Staaten dieser Region dazu auf, den Dialog zu fördern, der zu einer Beilegung der Differenzen zwischen ihnen und zu dauerhaftem Frieden und Stabilität in dieser Region ebenso wie zur Beseitigung der Einmischung und der Androhung von Einmischung seitens ausländischer Mächte führen würde. In diesem Zusammenhang wurden die Anstrengungen hervorgehoben, die zur baldigsten Schaffung einer Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität in der Region unternommen werden, was von allen Staaten allseitig zu unterstützen sei.

Bezüglich der **Lage in Südwestasien** anerkannten die Staats- und Regierungschefs die aufrichtigen Bemühungen zur Suche nach einer politischen Regelung der Situation um Afghanistan und sprachen den in diesem Zusammenhang vom UNO-Generalsekretär eingeleiteten konstruktiven Maßnahmen ihre Unterstützung aus. Sie werteten die unter Vermittlung seines Vertreters geführten Verhandlungen als Schritt in die richtige Richtung und forderten zu ihrer Fortsetzung auf, um zu einer baldigsten politischen Regelung dieses Problems im Einklang mit den Idealen und Prinzipien der Nichtpaktgebundenenbewegung zu gelangen. An alle Staaten richtet sich der Aufruf, Zurückhaltung zu üben, um keine weitere Verstärkung der Gefahr für Frieden und Sicherheit in dieser Region zu dulden, und Maßnahmen für die Herstellung von Bedingungen zu ergreifen, die stabile und harmonische Beziehungen zwischen den Staaten dieser Region auf der Grundlage solcher Prinzipien der Nichtpaktgebundenenbewegung fördern würden wie friedliche Koexistenz, Achtung der Souveränität, der nationalen Unabhängigkeit und territorialen Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Die Konferenzteilnehmer äußerten auch ihre Überlegungen zur Festigung der Sicherheit in der **Mittelmeer-Region**. Die Staats- und Regierungschefs, heißt es in der Deklaration, müßten besorgt zunehmende Spannungen in der Mittelmeerregion registrieren, hauptsächlich infolge der israelischen Aggressionspolitik und der fortgesetzten Anhäufung von Waffen in dieser Region. Sie bekräftigten erneut die Position der Nichtpaktgebundenenbewegung und unterstützten die UNO-Resolution, die darauf abzielt, das Mittelmeer in eine von

Konfrontation und Konflikten freie Zone des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit zu verwandeln.

Begrüßt wurde der Beitrag **Malta**s zur Schaffung einer Zone von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion. Der Status **Malta**s als neutraler Staat auf Grundlage der Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit sei ein wirksamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in dieser Region.

Die Konferenz bekräftigte ihre volle Solidarität mit Volk und Regierung der **Republik Zypern** und ihre Achtung vor deren Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität sowie der Politik der Einheit und Nichtpaktgebundenheit. Sie äußerte ferner ernstliche Beunruhigung über die Tatsache, daß ein Teil der Republik Zypern nach wie vor unter ausländischer Besetzung steht, und forderte den sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen als unerläßliche Voraussetzung für die Lösung des Zypern-Problems. Billigung fand der Vorschlag des Präsidenten der Republik Zypern bezüglich der vollständigen Entmilitarisierung des Landes. Die Konferenz begrüßte die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs zur Beschleunigung der Verhandlungen zwischen den Gemeinden und konstatierte besorgt die fehlenden Fortschritte bei diesen Verhandlungen, wobei sie die Hoffnung äußerte, diese würden zweckdienlich geführt.

Weiter wird in der Deklaration die Haltung der Konferenz zu den Problemen **Lateinamerikas und der Karibik** dargelegt.

Die Staats- und Regierungschefs verwiesen auf den langwierigen Kampf der Völker Lateinamerikas für Unabhängigkeit und Souveränität und konstatierten befriedigt deren Entschlossenheit, der Politik der Nichtpaktgebundenheit zu folgen und gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und alle Formen von Fremdherrschaft sowie gegen Hegemonie und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten zu kämpfen. In diesem Zusammenhang registrierten sie mit Genugtuung, daß seit der VI. Gipfelkonferenz 10 Länder Lateinamerikas und der Karibik der Nichtpaktgebundenbewegung beigetreten sind. Sie äußerten sich ferner befriedigt über die Bemühungen der Staaten dieser Region um die Festigung der Einheit, Solidarität und Zusammenarbeit mittels einer vielfältigen regionalen Integration und bekundeten ihre Unterstützung für deren Streben nach einer regionalen Organisation, die die Interessen aller Länder dieser Region vertreten würde.

Ernste Besorgnis lösen die anhaltenden Spannungen in Mittelamerika, in der Karibik und im Südatlantik aus. Bei einer Analyse der Situation in dieser Region kamen die Konferenzteilnehmer zu dem Schluß, Mittelamerika habe mit einer ernstlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise zu tun, die sich wesentlich aus der traditionellen repressiven Wirtschafts- und Herrschaftsstruktur einzelner Länder ergäbe. All das ruft Armut, Ungleichheit und Mangel hervor und wird durch Einmischung von außen und Interventionen vertieft, denen diese Länder seit Ende des vorigen Jahrhunderts ausgesetzt sind.

Die Konferenz verurteilte die neuen Drohungen und Einschüchterungsakte sowie die verstärkten und sich häufenden Aggressionsakte gegen **Nikaragua**, insbesondere die Verletzung seines Luftraums und seiner Hoheitsgewässer, die Benutzung des Territoriums anderer Staaten in dieser Region und außerhalb seiner Grenzen als Stützpunkte für Aggressionen und die Ausbildung konterrevolutionärer Kräfte; verurteilt wurden die Terror- und Sabotageakte, insbesondere das Eindringen bewaffneter Gruppierungen der ehemaligen Somoza-Garde über die Nordgrenze des Landes, was bedeutende Menschenverluste und ernstlichen materiellen Schaden zur Folge hat, ebenso wie wirtschaftliche Druckausübung auf internationaler Ebene. Dies wird als Plan zur Einschüchterung und Destabilisierung dieses Landes gewertet.

Bei Analyse der gespannten Lage in dem größten Teil Mittelamerikas begrüßte die Konferenz die Friedensinitiativen Mexikos, Frankreichs, Venezuelas, Kolumbiens und Panamas sowie die positive Reaktion **Nikaraguas** und forderte alle Staaten zu einer analogen Haltung auf.

Das Koordinierungsbüro wurde beauftragt, aufmerksam die Entwicklung der Ereignisse zu verfolgen. Die Konferenz verlangte die Einstellung aller feindseligen Akte gegen **Nikaragua**. Sie forderte die Regierung der Vereinigten Staaten und Honduras' auf, eine konstruktive Haltung zur Unterstützung des Friedens und des Dialogs gemäß den Prinzipien des Völkerrechts einzunehmen, und ersuchte alle Staaten, sich jeglicher Aktivitäten oder Politik zu enthalten, die zu einer Zunahme der Spannungen in dieser Region führen könnten.

Die Konferenz äußerte die Ansicht, eine Einstellung der Militärmanöver und Kräftedemonstrationen führe zu einer Minderung der Spannungen und erleichtere den Dialog, der zur politischen Regelung der Probleme der Region durch Verhandlungen erforderlich sei. Die Konferenz ist der Meinung, das Recht jedes Staates, seine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung selbst zu wählen, sei in diesem Zusammenhang von außerordentlich wichtiger Bedeutung.

Ferner ist die Konferenz der Ansicht, alle Staaten der Region müßten ein Maximum an Anstrengungen zur Lösung dieser Probleme ohne Einmischung von außen unternehmen und damit zu einem Klima des Friedens und der Ruhe beitragen.

Gestützt auf die Resolution der VI. Gipfelkonferenz, konstatierten die Staats- und Regierungschefs besorgt, in dieser Region bestehe ein weiterer Spannungsherd, und zwar **Guatemala**, dessen Regime eine repressive und expansionistische Politik betreibt, erhärtet durch seine besonderen militärischen Kontakte zu dem zionistischen Regime **Israels** sowie zum Imperialismus, und eine Gefahr für die anderen Staaten dieser Region, insbesondere für **Belize**, darstellt.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten Beunruhigung über die anhaltende Verschlechterung der Situation in **El Salvador** infolge der ungelösten sozialen und ökonomischen Probleme und der ständigen Repressionen und imperialistischen Einmischung, was eine Gefahr für Frieden und Sicherheit in dieser Region bedeute. Deshalb riefen sie zur sofortigen und bedingungslosen Beendigung dieser Einmischung auf. Ferner zeigten sie sich beunruhigt über die immer stärkere Einbeziehung der honduranischen Armee in den Konflikt, was zu dessen Eskalation beitrage. Die Staats- und Regierungschefs appellierten ferner an die Regierung der USA, eine konstruktive Haltung einzunehmen, die zur friedlichen Lösung dieses Problems beitragen würde. In diesem Zusammenhang erkannten sie die Notwendigkeit, zur Regelung durch Verhandlungen beizutragen, unter Beteiligung aller nichtstaatlichen politischen Kräfte, von denen eine, die **FDR-FMLN**, einen akzeptablen Vorschlag für einen Dialog ohne jegliche Vorbedingungen gemacht hat. Sie begrüßten ferner die Friedensinitiativen Mexikos und Venezuelas, Frankreichs und Mexikos ebenso wie alle anderen, den gleichen Zweck verfolgenden Initiativen. Sie wiesen alle Versuche zurück, diese Verhandlungen zu stören oder zu blockieren.

Die Staats- und Regierungschefs registrierten die kürzlichen Vorgänge in **Suriname** sowie die Gegenmaßnahmen der Regierungen einiger Länder auf diese Vorgänge. Die Staats- und Regierungschefs bekundeten der Souveränität und Unabhängigkeit **Surinames** ihre Unterstützung. Sie hoffen ferner, die weitere Entwicklung in **Suriname** werde sich gemäß den Interessen und dem Wohlergehen seines Volkes, ohne jegliche Einmischung oder äußere Druckausübung vollziehen.

Die Konferenz verwies auf die Solidarität der Nichtpaktgebundenbewegung für **Kuba** seit ihrer Gründung und bekräftigte erneut ihren Aufruf an die US-Regierung zur sofortigen und bedingungslosen Einstellung aller Aggressionsakte und Drohungen sowie zur Aufhebung der vor 22 Jahren über **Kuba** verhängten Wirtschaftsblockade, die sich kürzlich nach Verabschiedung des Symms-Zusatzes und infolge neuer Restriktionsmaßnahmen zur Untergrabung der Finanz-, Kredit- und Währungs- und Handelskontakte Kubas verstärkt hat. Die Konferenz forderte ferner dazu auf, die Verletzung des Luftraums und der Hoheitsgewässer Kubas zu beenden, und bekräftigte ihre allseitige Unterstützung für die gerechte

Forderung, die USA sollten das widerrechtlich besetzte Territorium des Marinestützpunkts Guantanamo zurückgeben und den wesentlichen materiellen Verlust kompensieren, den das kubanische Volk durch die Blockade und andere aggressive Maßnahmen erlitten hat.

Die Staats- und Regierungschefs appellierten an alle Staaten, sich jeglicher Aggressionsakte, der Gewaltanwendung oder -androhung, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und der Intervention sowie anderer Formen der Druckausübung, einschließlich wirtschaftlicher und militärischer Blockaden, zu enthalten. Sie bekräftigten das Recht aller Völker der Region auf nationale Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität sowie deren Recht, selbständig ihre politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung zu wählen und sich ohne Einmischung oder Druck von außen wirtschaftlich zu entwickeln.

Die Staats- und Regierungschefs registrierten mit Genugtuung, daß **Belize, St. Lucia sowie Antigua und Barbuda** seit der VI. Gipfelkonferenz die Unabhängigkeit erlangt haben und Mitglieder oder Beobachter der Nichtpaktgebundenenbewegung geworden sind. Sie bekräftigten ferner ihre Überzeugung, daß der Kolonialismus in dieser Region beseitigt werden müsse; sie forderten alle Staaten, insbesondere die nichtpaktgebundenen Länder, auf, die legitimen Forderungen nach Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit jener Völker Lateinamerikas und der Karibik zu unterstützen, die noch unter Kolonialherrschaft und Abhängigkeit stehen, und verlangten die baldigste Befolgung der diese Territorien betreffenden UNO-Resolution 1514 (XV).

Unter Beachtung früherer Beschlüsse der Bewegung bekräftigte die Konferenz ihre Unterstützung für das unbenehbare Recht des Volkes von **Puerto Rico** auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Resolution 1514 (XV).

Die Staats- und Regierungschefs erinnerten an die Beschlüsse der Nichtpaktgebundenenbewegung seit ihrer Gründung, die besagen, daß die Schaffung ausländischer Stützpunkte gegen den Willen der Länder, auf deren Territorium sie eingerichtet werden, eine Verletzung ihrer nationalen Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität darstellt. Dabei betonten sie die Gefahr, die die Existenz von Militärstützpunkten und die Durchführung von Manövern, die sich gegen die Länder dieser Region richten, heraufbeschwören.

Die Konferenz konstatierte befriedigt das Inkrafttreten der **Verträge über den Panamakanal** von 1977 am 10. Oktober 1979, bekannt als Torrijos-Carter-Verträge, zwischen der Republik Panama und den Vereinigten Staaten, äußerten jedoch Besorgnis darüber, daß die USA in der Kanalzone hartnäckig eine Politik und Maßnahmen fortsetzen, die die strikte Einhaltung der Panamakanalverträge hindern...

Die Staats- und Regierungschefs äußerten Besorgnis über die unausgesetzte Kolonialpolitik und die Verstärkung des wirtschaftlichen Drucks, der Drohungen und der Aggression in der **Karibik**. Diese Fakten bedeuten eine reale Gefahr für Frieden, Sicherheit und Entwicklung in dieser Region.

Die Staats- und Regierungschefs erörterten die geheimen und offenen Aktivitäten sowie den politischen und wirtschaftlichen Druck imperialistischer Kräfte auf **Grenada**, äußerten ihre Unterstützung für Regierung und Volk Grenadas und forderten alle Länder zur Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität Grenadas auf.

Unter Hinweis auf vielerlei Initiativen der Länder dieser Region zur Erreichung von Frieden, Unabhängigkeit und beschleunigter Entwicklung unterstützte die Konferenz die Bemühungen, Mittelamerika und die Karibik zu einer Friedenszone zu erklären.

Die Konferenz erkannte die **Malwinen, die Inseln South Georgia sowie die Süd-Sandwich-Inseln** als untrennbaren Bestandteil Lateinamerikas und äußerte dementsprechend ihre Befriedigung über die Solidarität und die entschiedene Unterstützung der Länder Lateinamerikas und anderer nichtpaktgebundener Länder für die Republik Argentinien und deren Bemühungen, den Konflikt um die Souveränität der Inseln beizulegen und eine Verankerung der auf diesen Inseln bestehenden kolonialen Situation abzuwenden.

Gleichzeitig kam die Konferenz zu dem Schluß, daß die bedeutende Heeres- und Marinepräsenz sowie die Handlungen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland im Raum der Malwinen Anlaß zu ernster Beunruhigung der Länder dieser Region geben und die dortige Stabilität beeinträchtigen.

Die Konferenz registrierte die Bemühungen der Regierung **Guayanas** um die Stärkung seiner Unabhängigkeit und Souveränität.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihre Unterstützung für die von dem verstorbenen Präsidenten Salvador Allende eingeleiteten sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen und forderten die Einhaltung der auf der 37. Tagung verabschiedeten UNO-Resolution zu **Chile**. Ferner bekräftigten sie ihre Unterstützung für die legitimen Hoffnungen des chilenischen Volkes auf Wiederherstellung seiner Grundfreiheiten und Menschenrechte sowie auf Nichtpaktgebundenheit, die Salvador Allende anstrebte.

Die Staats- und Regierungschefs konstatierten die Existenz einer Region in Lateinamerika, in der die Stationierung von Kernwaffen laut dem von 22 lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Vertrag von Tlatelolco untersagt ist, kamen jedoch zu dem Schluß, der Vertrag könne so lange nicht realisiert werden, bis Bedingungen dafür geschaffen sind, die allen Staaten Lateinamerikas die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Vertrags und allen Kernmächten seine Einhaltung gestatten.

Der Schlußabschnitt der Politischen Deklaration gilt u.a. der **Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken, der friedlichen Beilegung von Konflikten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, der neuen Weltordnung im Bereich von Information und Nachrichtenwesen, der Organisation der Vereinten Nationen**. Im letzten Abschnitt "**Schlußfolgerungen und Empfehlungen**" sind in gedrängter Form die Hauptpunkte der Politischen Deklaration dargelegt. In die Deklaration aufgenommen wurde auch die Erklärung der Vorsitzenden (Indira Gandhi) zum iranisch-irakischen Konflikt, in der das "tiefe Bedauern über den Krieg zwischen Iran und Irak" zum Ausdruck kommt und beide Staaten zur "sofortigen Beendigung des Krieges" aufgefordert werden. Weiter erklärte die Vorsitzende: "Die Nichtpaktgebundenenbewegung muß alles daransetzen, um die baldigste und friedliche Beendigung dieses tragischen Konflikts zu sichern. Das beunruhigt mich außerordentlich, und als Vorsitzende werde ich die Konsultationen fortsetzen und alle möglichen und nötigen Maßnahmen zur Durchsetzung dieses Ziels ergreifen."

BOTSCHAFT AUS DELHI

Unsere Welt wird immer unruhiger und unsicherer. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind weiterhin von Ungleichheit, Herrschaftsstreben und Ausbeutung gekennzeichnet. Der Ernst der Situation wird an der Intensivierung des Wettrennens deutlich. Deswegen heben die Staats-

und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder hervor, daß Frieden und friedliche Koexistenz, Unabhängigkeit, Abrüstung und Entwicklung die zentralen Probleme unserer Zeit sind. Doch Frieden muß sich auf Gerechtigkeit und Gleichheit gründen, weil die unzulässige Ungleichheit und

Ausbeutung, hervorgerufen durch Kolonialismus und Imperialismus, die wichtigsten Ursachen für Spannungen, Konflikte und Gewalt in der Welt bleiben.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder, appellieren an die Großmächte, das Wetttrüben einzustellen, das im ständig wachsenden Maße die knappen materiellen Ressourcen verschlingt, das ökologische Gleichgewicht zerstört und viele unserer besten wissenschaftlichen Talente für unnütze und destruktive Zwecke vergeudet. Diese Ressourcen sollten für die Wiederbelebung und Umstrukturierung der Weltwirtschaft eingesetzt werden. Die durch Abrüstungsmaßnahmen freigesetzten Ressourcen sollten für die Förderung der Entwicklung in den Entwicklungsländern verwendet werden.

Die nichtpaktgebundenen Länder, die für die Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft sprechen, verlangen eine unverzügliche Beendigung des Abgleitens in einen nuklearen Konflikt, der nicht nur das Wohl der Menschheit in unserer Zeit, sondern auch künftige Generationen bedroht. Die Kernwaffenmächte müssen diese Stimme der Völker der Welt beachten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß 1983 ein entscheidendes Jahr für die nukleare Abrüstung sein könnte. Wir fordern die Kernwaffenmächte auf, dringende und praktische Maßnahmen zur Verhinderung eines Nuklearkrieges zu ergreifen. Sie sollten sich auf eine internationale Konvention einigen, die den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen unter allen Umständen verbietet, und die weitere Produktion und Stationierung von Kernwaffen stoppen. Wichtig ist auch, daß sie bestehende Abkommen über die Rüstungsbegrenzung einhalten und sich zugleich darum bemühen, umfassendere und wirksamere Programme auszuhandeln, die zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, besonders zur nuklearen Abrüstung, unter internationaler Kontrolle führen.

Die Weltwirtschaftskrise in einigen großen Industrieländern hervorgerufen, hat jetzt wirklich globalen Charakter und ein weltweites Ausmaß angenommen. In den entwickelten Ländern hat sie zu wirtschaftlicher Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit geführt, worauf sie mit der Einführung einer protektionistischen und nach innen gekehrten Politik reagiert haben. In den Entwicklungsländern, deren Wirtschaft besonders verwundbar ist, hat sie enorme Zahlungsbilanzdefizite, steigende Schuldenlasten und die Verschlechterung der Handelsbedingungen mit sich gebracht, was auf den steilen Abfall der Rohstoffpreise und den drastischen Anstieg der Preise für jene Industrieerzeugnisse, die sie importieren müssen, zurückzuführen ist. Das alles hat viele dieser Länder an den Rand der Katastrophe gebracht.

Nie zuvor waren die wirtschaftlichen Geschehnisse der entwickelten Staaten und der Entwicklungsländer so eng miteinander verbunden. Doch viele reiche Nationen der Welt wenden sich inmitten dieser allgemeinen Krise mehr dem katastrophalen Bilateralismus der 20er und 30er Jahre als einem klugen Multilateralismus zu. Sie weigern sich immer noch einzusehen, daß die wirtschaftliche Wiederbelebung des Nordens ohne das wirtschaftliche Überleben des Südens einfach nicht möglich ist. Lösungen für die Probleme müssen unbedingt globaler Natur sein.

Die gegenwärtige Krise hat die Unzulänglichkeit der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung demonstriert, die Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Eine gründliche Umstrukturierung dieser Ordnung durch einen Prozeß globaler Verhandlungen ist notwendig. Alle Hindernisse müssen jetzt überwunden werden, damit diese Verhandlungen ohne Verzögerung beginnen können. Die nichtpaktgebundenen Länder setzen sich für Bemühungen um die Schaffung der neuen internationa-

len Wirtschaftsordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Gleichheit ein.

Gleichzeitig müssen unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um einen Prozeß der Wiederbelebung einzuleiten und der Weltwirtschaft wieder zu anhaltendem Wachstum zu verhelfen. Die Aktivierung und Stimulierung des Wachstumsprozesses in den Entwicklungsländern müssen ein Hauptziel dieser Bemühungen sein. In mehreren Gebieten sind sofortige Maßnahmen notwendig. Besonders Gewicht muß darauf gelegt werden, die Entwicklungsländer, besonders die am wenigsten entwickelten unter ihnen, in die Lage zu versetzen, ihre akuten Zahlungsbilanzprobleme zu lösen, ohne daß ihr Entwicklungsprozeß gestört wird. Gleichzeitig müssen die Deckung ihres Grundbedarfs an Nahrungsgütern und Energie, erweiterter Zugang zu anderen Märkten und gerechte Rohstoffpreise gewährleistet werden. Die protektionistischen Tendenzen müssen umgekehrt und unverzügliche Maßnahmen zum Abbau der Handelsschranken verwirklicht werden. Es ist notwendig, dem ungleichen Austausch zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern ein Ende zu bereiten. Außerdem sind viele Entwicklungsländer wegen ihrer Unfähigkeit zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen in einer tragischen Situation. Dieses ernste Problem sollte eilig in Angriff genommen werden.

Wir schlagen die unverzügliche Einberufung einer internationalen Währungs- und Finanzkonferenz für Entwicklung unter universeller Beteiligung und eine umfassende Umstrukturierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems vor.

Wir sind tief besorgt über die Spannungen und Konfrontationen zwischen den Großmächten und ihre beunruhigenden Auswirkungen auf die nichtpaktgebundenen Länder. Wir sind entschlossen, dem wirtschaftlichen und politischen Druck standzuhalten, der von einer Großmacht gegen kleine und verwundbare Staaten ausgeübt werden könnte.

Drängende politische Probleme wie die dringende Notwendigkeit, das unveräußerliche Recht des tapferen palästinensischen Volkes, das einen heldenhaften Kampf gegen die israelischen Kräfte führt, auf einen eigenen nationalen souveränen Staat im Einklang mit UNO-Resolutionen anzuerkennen, wie der Abzug Israels aus Jerusalem, Palästina, den besetzten arabischen Territorien und aus Libanon, wie die Herbeiführung der Unabhängigkeit Namibias durch die rasche Verwirklichung der Resolution 435 des Sicherheitsrates, wie die Notwendigkeit, in Mittelamerika durch politische Verhandlungen zwischen den betroffenen Seiten Frieden zu erreichen, sowie die Probleme in Südostasien, Südwestasien, dem Indischen Ozean, im Mittelmeerraum sowie in anderen Gebieten der Welt erfordern aufrichtige Anstrengungen aller Länder der Welt, sie im Einklang mit den Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit, der Unabhängigkeit und Gleichheit zu lösen. Nicht weniger dringlich ist die gemeinsame Verantwortung, die wir alle haben, um zu sichern, daß unsere Mitmenschen überall ein würdevolles Leben führen können. Auf dem afrikanischen Kontinent und an seinen seit langem leidenden Völkern wurde viel Unrecht begangen. Das Volk Südafrikas kämpft tapfer gegen das verhaßte Unterdrückungssystem des Rassismus und der Apartheid. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit den afrikanischen Völkern und ihrer edlen Sache. Es gibt einige Großmächte, die in der Lage sind, dazu beizutragen, dieses Ziel schneller und — so hoffen wir — mit weniger Leid zu erreichen. Wir fordern sie ernstlich dazu auf.

Wir haben uns verpflichtet, auf der 38. Tagung der UNO-Vollversammlung auf die Behandlung dieser und anderer entscheidender Probleme zu drängen. Wir fordern die Staats- und Regierungschefs aller Länder der Welt auf, sich uns anzuschließen. Wir sind bereit, bei der Suche nach fairen,

schnellen und gerechten Lösungen für diese Probleme mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wir haben ein gemeinsames Schicksal.

Die Krise, mit der unsere Zivilisation heute konfrontiert wird, ist beispiellos in der Geschichte. Große Aufgaben erfordern kluge Entscheidungen. Wir appellieren an die Großmächte, das Mißtrauen aufzugeben, aufrichtige und vorwärtsweisende Verhandlungen aufzunehmen, um im Geiste gemeinsamen

guten Willens Einigung über verschiedene Abrüstungsmaßnahmen zu erzielen und einen Ausweg aus der sich vertiefenden Wirtschaftskrise zu finden, die uns alle bedroht. Vereint sind die Mitglieder der nichtpaktgebundenen Bewegung bereit, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diesen Prozeß zu fördern. Die Erde gehört uns allen — hegen und pflegen wir sie in Frieden und wahrer Brüderlichkeit auf der Grundlage der Würde und Gleichheit des Menschen.

WIRTSCHAFTSDEKLARATION

In der Einführung zu dieser Deklaration konstatierten die Staats- und Regierungschefs die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Welt seit der VI. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenenbewegung. Weiter heißt es darin:

Die Krise der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die zunehmende Kluft zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern sind die ernsthaftesten Probleme und eine Quelle der Instabilität, die Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt bedroht. Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg ist in vielen Entwicklungsländern eine Verringerung des Pro-Kopf-Brutto sozialprodukts zu verzeichnen. Die inflationsbereinigten Preise für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe sind in realen Einheiten die niedrigsten der vergangenen 50 Jahre. Der Zugang ihrer Industriewaren zu den Märkten der Industrieländer wird immer mehr eingeschränkt. Die Einnahmen der Entwicklungsländer haben bedrohlich abgenommen, während die Zinssätze für die Auslandsanleihen stark gestiegen sind. Der Umfang der mittel- und langfristigen Kreditierung an die Entwicklungsländer ist zurückgegangen. Die Passivsaldo ihrer Zahlungsbilanzen und ihre Schulden haben ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Die Maßnahmen, die erarbeitet und vorgeschlagen wurden, reichten offenbar nicht aus, um diese Probleme zu lösen.

Die Konferenz erklärte erneut, daß die internationale Wirtschaftskrise nicht nur eine zyklische Erscheinung ist, sondern eher ein Symptom struktureller Disproportionen, die insbesondere durch die Zunahme des Ungleichgewichts und der Ungleichheit zum Schaden der Wirtschaftsperspektiven der Entwicklungsländer gekennzeichnet sind.

Bei dem jetzt bestehenden ungerechten internationalen Wirtschaftssystem befinden sich die Hebel fest in den Händen weniger Industrieländer und werden oft zum Schaden der Entwicklungsländer eingesetzt. Die Industrieländer wenden weiterhin regressive Methoden an, die den Zielen und Aufgaben der neuen Weltwirtschaftsordnung und der internationalen Entwicklungsstrategie für das Dritte Jahrzehnt der Entwicklung der UNO entgegenwirken. Hoffen kann man höchstens auf eine kurzzeitige Belebung der Weltwirtschaft. Ein gerechtes und lebensfähiges System der wirtschaftlichen Zusammenarbeit kann es ohne grundlegende und fundamentale Änderungen in der Haltung und Politik der Industrieländer gegenüber der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung nicht geben.

Die Staats- und Regierungschefs betonten die gegenseitige Abhängigkeit der internationalen Lage — die wachsende Interdependenz der Probleme, den wechselseitigen Zusammenhang ihrer Lösungen und die wachsende gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Ländern — als Motiv und Ansporn für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Die Entwicklungsländer werden mit äußerst düsteren Perspektiven konfrontiert. Besonders verzweifelt ist die Lage der ärmsten Entwicklungsländer, und ihre Entwicklungsaussichten sind noch

düsterer. Die Industrieländer werden gleichfalls mit dem Problem einer nie dagewesenen Nichtauslastung der Produktionskapazitäten und mit wachsender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Neben der Notwendigkeit größerer Gleichheit in den internationalen Beziehungen gibt es die überzeugendsten Gründe für die Herstellung von Interdependenz auf der Grundlage der Gleichheit, der Gerechtigkeit, der Gemeinsamkeit der Interessen und Vorteile. Während einige Industrieländer für die Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eintreten, widersetzen sich andere dieser Zusammenarbeit. Oberdies bremsen einige wirtschaftlich einflußreiche Länder einen Fortschritt bei der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Frieden und wirtschaftliche Entwicklung sind miteinander verbunden, und die Weltgemeinschaft kann sich eines dauerhaften Friedens nicht gewiß sein, solange sich die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Ländern vergrößert. Eine stabile Entwicklung in der ganzen Welt und eine lebensfähige internationale Ordnung verlangen die Einstellung des Wettrüstens und dann unverzügliche Abrüstungsmaßnahmen, die die dringend erforderlichen Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung freisetzen. Geregelter Entwicklung und Fortschritt kann es nur in einer Atmosphäre des Friedens, der Harmonie und der Zusammenarbeit geben. Politische Freiheit und wirtschaftlicher Fortschritt sind voneinander untrennbar.

Die nichtpaktgebundenen Länder sind durch die Verpflichtung gebunden, zu einer wichtigen Umgestaltung der Weltwirtschaft durch Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung beizutragen. Die Staats- und Regierungschefs betrachten ihre Anstrengungen in dieser Richtung als untrennbaren Teil des gemeinsamen Kampfes ihrer Völker für politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Befreiung. Sie betonten, daß Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Expansionismus, Apartheid, Rassismus, Zionismus, Ausbeutung und verschiedene Erscheinungen der Politik der Stärke bis heute Übel hervorbrachten, deren Folgen sich weiterhin in vielen Entwicklungsländern bemerkbar machen und deren heutigen Kampf für wirtschaftliche Entwicklung stören. Sie sind davon überzeugt, daß die Beseitigung dieser Faktoren eine unerläßliche Voraussetzung für die Entwicklung ihrer Wirtschaft und für eine effektive internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ist. Sie betonten, daß das herrschende internationale System den Hauptinteressen der Entwicklungsländer zuwiderläuft, und warnten, daß, wenn es nicht gelingen werde, eine neue Weltwirtschaftsordnung, fußend auf Gleichheit und Gerechtigkeit, zu schaffen, das ernsthafte negative wirtschaftliche und politische Folgen für alle haben werde.

Die Nichtpaktgebundenenbewegung spielte und spielt eine wichtige Rolle im Kampf für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit aller Entwicklungsländer und ihrer Völker, für die Erringung der vollen und immerwährenden Souveränität und Kontrolle über alle Arten der nationalen Ressourcen und

der Wirtschaftstätigkeit sowie für die grundlegende Umgestaltung durch die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Die Wirtschaftslage in der Welt. Die Wirtschaftskrise hat besonders ernste Folgen für die Entwicklungsländer. Die Weltindustrieproduktion ging 1981 um 1,2% zurück, und 1982 wurde ein weiterer Rückgang beobachtet. Die Rezession in den Industrieländern hat zu einer Arbeitslosigkeit von über 10% der Erwerbsfähigen geführt — ein präzedenzloser Anteil seit der Großen Depression. Im Welthandel ist bereits zwei Jahre hintereinander eine Stagnation zu beobachten, und sie wird durch die protektionistischen Schutzmaßnahmen sowie die kurzfristige Kredit- und Geldpolitik der Industrieländer, die die Inflation zügeln soll, verstärkt. Oberdies waren in einigen Industrieländern unangenehme Tendenzen eines wirtschaftlichen Nationalismus zu konstatieren, die eine alarmierende Verschlechterung der internationalen Beziehungen bewirkten und die Schwierigkeiten bei der Überwindung der Wirtschaftskrise vergrößerten.

Diese Entwicklungen, heißt es in der Deklaration, haben besonders negative Folgen für die Entwicklungsländer insgesamt. In der Deklaration werden Angaben über die Devisenverluste der Entwicklungsländer in den letzten beiden Jahren angeführt:

- (I) die Exporteinnahmen gingen um 150 Md. Dollar zurück — teilweise als Folge des katastrophalen Preissturzes für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe. Jetzt sind die inflationsbereinigten Preise für die meisten Agrarerzeugnisse und Rohstoffe fast ebenso niedrig wie während der Großen Depression;
- (II) die Zahlungen zur Tilgung der Schulden stiegen um 37 Md. Dollar — teilweise im Ergebnis der hohen Zinsen;
- (III) die Gesamtsumme der privaten Bankkredite an die Entwicklungsländer nahm um 25 Md. Dollar jährlich ab.

Wenn man die Kompensationsfaktoren berücksichtigt, dann werden die reinen Devisenverluste der Entwicklungsländer in diesem Zeitraum auf ca. 200 Md. Dollar geschätzt. Dieser enorme Rückgang der Devisenreserven führt zu einem entsprechenden Abbau des Importpotentials der Entwicklungsländer, was die Einschränkung des Exports der Industrieländer bedeutet und einen ernsthaften summarischen Rückgang der Weltwirtschaftsaktivität bedeutet. Dieser alarmierende Prozeß hat bereits begonnen — zu diesem Schluß kamen die Konferenzteilnehmer.

Die verhängnisvolle Wirkung und die schmerzhaften Krisenfolgen für die Wirtschaft der Entwicklungsländer im allgemeinen und für die ärmsten Entwicklungsländer im besonderen verstärkten deren Verwundbarkeit. Der Produktionszuwachs all dieser Länder betrug 1980 nur 2,9% und 1981 — 0,6%. Die Prokopf-Einnahmen vieler von ihnen, besonders der ärmsten Entwicklungsländer, nahmen ab. Ende 1981 betrugen die Devisenreserven der Entwicklungsländer nur etwas mehr als 100 Md. Dollar. Das reicht kaum, um den Import etwa zweieinhalb Monate lang bezahlen zu können. Die Schulden der Entwicklungsländer stiegen auf 540 Md. Dollar, und für die Tilgung der Schulden waren 106 Md. Dollar jährlich nötig. 1982 erreichte das Passivsaldo der Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer 62 Md. Dollar, und es wird erwartet, daß es 1983 erneut steigen wird. All das zwang eine Reihe von Entwicklungsländern, die Tilgung der Anleihen zu verschieben und eine Stundung der Schulden anzustreben. Diese Stundung ist durch die gestellten Bedingungen und Beschränkungen zusätzlich erschwert.

Danach zählten die Staats- und Regierungschefs in ihrer Deklaration die folgenden ihrer Meinung nach besonders wichtigen Faktoren auf, die die Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise, besonders in den Entwicklungsländern, bewirkten: die Vergeudung riesiger Menschenkraft- und

Materialressourcen für das unproduktive und verschwenderische Wettrüsten; die egozentrische Politik der führenden Industrieländer; die Finanz- und Währungskrise, mit der die Entwicklungsländer konfrontiert werden, die charakterisiert wird durch: a) die Verringerung der Weltliquidität wegen der Verringerung der Reserven, b) die wachsende Schuldenlast, bei der es wegen der hohen Zinssätze immer schwerer wird, den Verpflichtungen nachzukommen, c) die bedeutende Einschränkung der Vorzugskredite für Entwicklungszwecke, d) die Einführung härterer Bedingungen für die Gewährung der Finanzhilfe, e) die Zunahme der von den Industrieländern aufgebauten Hindernisse für den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten.

Ferner werden andere ungünstige Faktoren genannt: a) protektionistische Barrieren, die Industrieländer gegen den Import aus Entwicklungsländern errichtet haben, und infolgedessen der Rückgang ihres Exports, b) die ständige Verschlechterung der Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer, besonders für die ärmsten von ihnen und für die Erdöl nichtexportierenden Staaten, c) die Einengung der Absatzmärkte für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe und die fallenden Agrarpreise; die Unzuverlässigkeit und der unbefriedigende Charakter der Nahrungsmittelversorgung. Andere Faktoren mit zunehmender negativer Wirkung werden aufgezählt, darunter: a) Hindernisse und Beschränkungen der Industrieländer für den Zugang zur Technik neben harten und ungünstigen Bedingungen für den Technologietransfer, b) der Gesamteffekt der anhaltenden Abwanderung von Spezialisten.

Die Staats- und Regierungschefs nahmen sehr besorgt das überaus langsame Wachstumstempo und in einigen Fällen sogar das Sinken des Produktionsvolumens in vielen Entwicklungsländern, besonders in den meisten afrikanischen, zur Kenntnis, was in den ersten beiden Jahren des Dritten Entwicklungsjahrzehnts der UNO beobachtet wurde, während die internationale Entwicklungsstrategie ein Wachstum von 7% voraussetzte. Alle 36 Länder, die zu den ärmsten Entwicklungsländern gehören, darunter 26 afrikanische, registrierten seit 1980 überhaupt kein Wachstum. Die Lage in der Sahel-Region ist einfach verzweifelt. Die anderen Entwicklungsländer, besonders die mit niedrigen Einnahmen, werden mit einer rauen und sogar feindseligen außenpolitischen Atmosphäre bei ihren Versuchen konfrontiert, die äußerste Not zu beseitigen und ein gebührendes Lebensniveau für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten. Die Lage der meisten afrikanischen Länder ist so ernst, daß dringende gemeinsame Maßnahmen erforderlich sind, und das ist bei allen weiteren multilateralen Verhandlungen zu berücksichtigen.

Die Staats- und Regierungschefs betonten, daß einige Industriestaaten positiv auf den Aufruf zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung reagierten. Sie erhofften mehr politisches Verständnis seitens der Industrieländer für den Zusammenhang zwischen den Problemen der ökonomischen Entwicklung in den Entwicklungsländern sowie der Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Sie konstatierten, daß die heutige internationale Wirtschaftskrise, die ernste politische Folgen hat, das Ergebnis verschiedener miteinander verbundener politischer und wirtschaftlicher Faktoren ist, und äußerten ihr Bedauern darüber, daß die Suche nach Maßnahmen für die gegenseitige Konsolidierung der Lage in den verschiedenen Bereichen noch nicht ernstlich begonnen hat.

Doch die Staats- und Regierungschefs bekundeten Genug-tuung über die dynamische gegenseitige Ergänzung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer, besonders bei den Rohstoffen und der Energie, den technischen und finanziellen Ressourcen, sowie über die vielen Möglichkeiten, die sich

im Ergebnis für deren autonomes wirtschaftliches Wachstum aufzutaufen, u.a. durch die Stärkung der Handelsbeziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen in gemeinsamen Bereichen.

Sie sind überzeugt, daß die heutige Weltwirtschaftslage mehr denn je von den Entwicklungsländern eine vernünftige Nationalpolitik, eine restlose Nutzung des Potentials ihrer Zusammenarbeit und eine wesentliche Intensivierung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erfordert.

In der Deklaration ist die **Strategie für die bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen festgelegt.**

Die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder muß, so erklärt die Konferenz, ihre Strategie für die bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen auf einer sorgfältigen Analyse der Weltwirtschaftslage, auf einer Beurteilung des Jetzstandes der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie auf einer Beurteilung des ganz unwesentlichen Fortschritts basieren, der bisher bei der Ausführung des Aktionsprogramms für die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung erzielt worden ist. In der Deklaration heißt es, daß man bei den künftigen Gesprächen von der neuen Konzeption der internationalen Sicherheit ausgehen muß, bei der das Recht aller Länder und Völker auf das Leben und ihr Streben nach wirtschaftlicher Entwicklung anerkannt wird. Eine effektive Zusammenarbeit und Entwicklung muß das Leitmotiv dieser Gespräche sein.

Eine Milderung der Spannungen und eine Einstellung des Wettrüstens, durch die Ressourcen für die Entwicklung freigestellt werden würden, stellen lebenswichtige Aufgaben der Entwicklungsländer und zugleich unumgängliche Faktoren des globalen Fortschritts dar.

Die Staats- und Regierungschefs haben die Wichtigkeit konstruktiver zusammenwirkender Maßnahmen hervorgehoben, die zu einem internationalen Wirtschaftsaufschwung und zur Umgestaltung der jetzigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Sie haben zu gleichzeitigen einschlägigen Maßnahmen aufgefordert und betont, daß ein steter Aufschwung der Weltwirtschaft nur bei einem Aufbau der Wirtschaft der Entwicklungsländer und bei deren beschleunigter Entwicklung eintreten wird. Deshalb ist es ihrer Meinung nach die erstrangige Aufgabe der Weltgemeinschaft, Sofortmaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer zu treffen, um eine beschleunigte Entwicklung ihrer Wirtschaft herbeizuführen.

Weiter heißt es in der Deklaration:

Die Weltgemeinschaft ist in ihrer Gesamtheit daran interessiert, daß der Prozeß der internationalen Wirtschaftsverhandlungen stimuliert wird, und sie trägt dafür die gemeinschaftliche Verantwortung. Die Entwicklungsländer müssen ihrerseits eine einhellige und realistische Strategie für die internationalen Wirtschaftsverhandlungen im Rahmen des UNO-Systems formulieren. Bei einer solchen Strategie sind die mannigfaltigen Interessen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen, und sie muß dazu beitragen, daß sie ihre vereinbarten politischen Ziele erreichen.

Die Staats- und Regierungschefs haben die Prinzipien und Ziele der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die von den nichtpaktgebundenen Ländern schon gutgeheißen worden sind, nochmals bestätigt und in diesem Zusammenhang erneut ihre Verpflichtung bekräftigt, den Prozeß der Verhandlungen über die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu stimulieren.

Die Staats- und Regierungschefs haben betont, daß die Probleme der Industriestaaten, besonders was Handel, Valuta und Finanzen betrifft, nicht zum Nachteil der Entwicklungsländer gelöst werden dürfen. Sie warnen, daß jeder Versuch

von Industriestaaten, so zu handeln, dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Welt nicht förderlich sein und die internationale Wirtschaftszusammenarbeit ernstlich erschüttern wird. Die Entwicklungsländer müssen dieses Moment genau erwägen und sich eingehender mit Fragen der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten beschäftigen. Der fortdauernde Prozeß der Konsultationen und des Dialogs zwischen den beiden Ländergruppen kann zu einem tieferen Verständnis der Industriestaaten für die Interessen und Sorgen der Entwicklungsländer und zum Erfolg der Verhandlungen über Entwicklungsprobleme beitragen.

Die Staats- und Regierungschefs haben erklärt, daß alle auf die Lösung der bestehenden Probleme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausgerichteten Verhandlungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern weltumspannend sein und im Rahmen des UNO-Systems abgehalten werden müssen. Sie erinnerten an die äußerst wichtige Initiative, die sie auf der VI. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna zur Organisation einer neuen Runde globaler Verhandlungen über die internationale Wirtschaftszusammenarbeit zum Zweck der Entwicklung ergriffen und die später in der Resolution der UNO-Vollversammlung Nr. 34/138 ihren Niederschlag fand. Sie sprachen die feste Gewißheit aus, daß diese globalen Verhandlungen nach wie vor die wichtigste und allumfassende Aufgabe der Weltgemeinschaft sind und den Zweck haben, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen umzustrukturieren, die Wirtschaft der Entwicklungsländer beschleunigt voranzubringen und die multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil zu festigen.

Die Staats- und Regierungschefs haben das Ausbleiben eines Fortschritts auf dem Weg zur Organisation globaler Verhandlungen konstatiert und festgestellt, daß sich die Entwicklungsländer konsequent und konstruktiv bemühen, eine Vereinbarung über die baldigste Aufnahme dieser Verhandlungen zu erzielen. Sie haben die Tatsache vermerkt, daß die führenden Industrieländer auf ihrem Versailler Gipfel globale Verhandlungen als wichtiges politisches Ziel anerkannt haben.

Die Staats- und Regierungschefs haben ein Fazit aus der 37. UNO-Vollversammlung, namentlich aus den ausführlichen Konsultationen in der Vollversammlung, gezogen und vermerkt, daß auch diese Konsultationen unersprißlich waren. Die Tatsache, daß die globalen Verhandlungen nicht begonnen haben, ist auf die Weigerung einiger Industrieländer, besonders eines führenden Industrielandes, zurückzuführen, sich positiv zu den konstruktiven Vorschlägen der 77er-Gruppe vom Juni 1982 zu stellen.

Die Staats- und Regierungschefs haben bestätigt, daß sie sich an die Verpflichtungen zur baldigsten Eröffnung der globalen Verhandlungen halten, und haben nochmals zum Ausdruck gebracht, daß sie im großen und ganzen mit der Einstellung zu diesen Verhandlungen einverstanden sind, die in der gleichzeitigen, konsequenten und integrierten Erörterung der Kardinalfragen zutage trat, denen sich die Weltwirtschaft gegenübersteht. Sie sind nach wie vor der Ansicht, daß ein erfolgreicher Abschluß der globalen Verhandlungen viel dazu beitragen würde, den Zielen und Aufgaben der internationalen Entwicklungsstrategie für das dritte Jahrzehnt der UNO gerecht zu werden und ein wichtiger Schritt zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wäre. Die jetzige Weltwirtschaftskrise, die die größten Schwächen des internationalen Wirtschaftssystems und der internationalen Wirtschaftsinstitute an den Tag gebracht hat, macht es unstreitig notwendig, im Rahmen globaler Verhandlungen die weltwirtschaftlichen Kardinalfragen umgehend im Zusammenhang zu erörtern. Deshalb haben

sie die Industrieländer aufgefordert, auf die Bemühungen der Entwicklungsländer um einen möglichst baldigen Beginn der globalen Verhandlungen positiv und konstruktiv zu reagieren.

Um ihre Entschlossenheit zu manifestieren, einen neuen politischen Anreiz für die globalen Verhandlungen zu schaffen, haben die Staats- und Regierungschefs beschlossen, eine Konferenz im Rahmen der UNO vorzuschlagen, damit die globalen Verhandlungen Anfang des Jahres 1984 beginnen und in der ersten Phase die Probleme erörtern, über deren Formulierung und Bedeutung man sich einigen wird.

Im Schlußteil der Wirtschaftsdeklaration ist ein Programm von Sofortmaßnahmen für die Entwicklungsländer dargelegt. Es betrifft Kredit-, Geld- und Finanzprobleme und die Überleitung von Ressourcen; die Schulden; den Internationalen Währungsfonds; die Weltbank. Weiter wird auf Fragen des Handels und auf solche wie den Zugang zu Rohstoffen, Maßnahmen zur Umstrukturierung zwecks Steigerung des Imports aus den Entwicklungsländern; den Abschluß von Abkommen über Rohstoffe; auf Energie, Nahrungsmittel und auf die Landwirtschaft eingegangen. Die Deklaration enthält eine gründliche Analyse der oben aufgezählten Wirtschaftsprobleme und Vorschläge zu ihrer Lösung. Hinzu kommen noch Probleme wie Wissenschaft und Technik, Industrialisierung, Seerecht, die transnationalen Konzerne, das Vorrücken der Wüste, die Hilfe an Opfer der Dürre; die Umwelt.

In dem Teil über die friedliche Nutzung des Weltraums heißt es:

Die Staats- und Regierungschefs haben betont, daß der Weltraum nur zu friedlichen Zwecken benutzt werden darf. Sie haben ernste Besorgnis über die forcierte Militarisierung des

Weltraums geäußert und zu Sofortmaßnahmen für eine Einstellung des Wettrüstens im Kosmos aufgerufen. Sie haben festgestellt, daß in der kosmischen Wissenschaft und Technik und in ihrer Anwendung merkwürdige Erfolge zu verzeichnen sind. Eine effektive und friedliche Auswertung dieser Erfolge wird der Menschheit ganz gewiß große Vorteile bieten. Die Vorteile von der Nutzung des Kosmos waren bisher ungleich unter die Länder verteilt. Jeder neue Regelungsmechanismus muß auf dem Prinzip eines garantierten und gerechten Zugangs beruhen und muß den besonderen Bedürfnissen der Entwicklungsländer einschließlich der Äquatorialländer Rechnung tragen. Die Zusammenarbeit zwischen den nichtpaktgebundenen und den anderen Entwicklungsländern kann die heutige Sachlage verändern, und die Staats- und Regierungschefs sind fest entschlossen, diese Zusammenarbeit zu fördern. Die Industrieländer müssen ihrerseits ebenfalls in jeder Hinsicht zusammenarbeiten, damit die Vorteile von der friedlichen Nutzung des Weltraums zum Wohl der ganzen Menschheit gleichmäßig verteilt werden.

Die Wirtschaftsdeklaration umfaßt einen Überblick über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Entwicklungsländer, eine Deklaration über ein kollektives Hinwirken auf eine globale Prosperität, eine Deklaration über kollektive Selbstversorgung der nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländer und noch einige wirtschaftliche Dokumente.

* * *

Die Konferenz in Delhi hat eine Botschaft des Beistands und der Solidarität für die nationalen Befreiungsbewegungen sowie eine Botschaft der Solidarität mit dem palästinensischen Volk angenommen. Der Wortlaut dieser Dokumente folgt nachstehend.

BOTSCHAFT DES BEISTANDS UND DER SOLIDARITÄT FÜR DIE NATIONALEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Zu dem Zeitpunkt der Eröffnung der VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen, da der Frieden ernsthaft gefährdet ist oder für viele um ihr geheiligtes Recht auf Unabhängigkeit und eine bessere Zukunft kämpfende Menschen überhaupt nicht existiert, würdigen die in Delhi (Indien) versammelten Staats- und Regierungschefs von ganzem Herzen die Palästinensische Befreiungsorganisation, die Südwestafrikanische Volksorganisation und die Freiheitsbewegung der RSA für den unermüdlichen und heroischen Kampf, den ihre Führer und Mitglieder seit drei Jahren, seit der VI. Gipfelkonferenz, ausgetragen haben, und begrüßen die ansehnlichen Siege, die diese Freiheitskämpfer davongetragen haben.

Die Staats- und Regierungschefs bestätigen feierlich, daß sie

deren Kampf unentwegt unterstützen und sich mit ihm solidarisieren und daß sich die nichtpaktgebundenen Länder für die Unabhängigkeit Namibias, die Aufhebung des schändlichen Apartheidregimes in der RSA und dafür einsetzen, daß das palästinensische Volk seine unveräußerlichen nationalen Rechte einschließlich des Rechts auf Gründung eines eigenen souveränen Staates ausüben kann.

Die Staats- und Regierungschefs danken diesen nationalen Freiheitsbewegungen für die wertvolle Beisteuer, die sie dazu geleistet haben, daß die nichtpaktgebundenen Länder ihre gemeinsamen Ziele erreichen, vor allem und hauptsächlich Unabhängigkeit, Frieden, Sicherheit und das Recht aller Völker auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

BOTSCHAFT DER SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN VOLK

Die in Delhi (Indien) versammelten Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder verurteilen Israel entschieden für seine ununterbrochenen Repressalien, die zur Zeit sogar verstärkt werden, um den berechtigten Widerstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten abzuwürgen.

Diese grausamen und widerrechtlichen Akte der Besatzungsmacht im Rahmen ihrer Politik zur Anlegung neuer Wehrdörfer stellen nach wie vor eine ernste Bedrohung dar und legen einer friedlichen Regelung große Hindernisse in den Weg.

Die Staats- und Regierungschefs appellieren an die Weltgemeinschaft, dieser Politik sofort ein Ende zu bereiten. Sie fordern den Sicherheitsrat auf, von seinen Befugnissen Gebrauch zu machen und der Politik Israels zur Schaffung von Wehrdörfern sowie der Aggression und Okkupation ein Ende zu setzen.

Die Staats- und Regierungschefs drücken dem palästinensischen Volk ihr Mitgefühl und ihre Solidarität mit seinem gerechten Kampfe aus und versichern es ihrer unentwegten Unterstützung.